

ANALYSE

ZUR FRAGE, OB DEUTSCHLAND EINEN SYSTEMWECHSEL IN DER POLITIK UND DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND BRAUCHT

**DIE LÄNDER, DIE IN EUROPA AM STÄRKSTEN WACHSEN, SIND DIE,
DIE AM WENIGSTEN KOMPETENZEN AN BRÜSSEL ABGEGEBEN HABEN,
INDEM SIE AUßERHALB DER EU GEBLIEBEN SIND.**

VINCENZO GALASSO

DIREKTOR, CENTER FOR ECONOMIC AND POLITICAL RESEARCH ON AGING, UNIVERSITÄT LUGANO, MAI 2013

**DIE GESCHICHTE LEHRT, DASS SICH POLITIKER,
MENSCHEN UND NATIONEN ERST DANN KLUG VERHALTEN,
WENN ALLE ANDEREN MÖGLICHKEITEN ERSCHÖPFT SIND.**

ABBA EBAN

ISRAELISCHER POLITIKER UND SCHRIFTSTELLER (1915 – 2002)



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Was unsere Politiker zukünftig besser machen können	11
3. Die Ursprünge der verfehlten EU-Rettungspolitik.....	13
3.1. Die EU-Beitrittskriterien.....	13
3.2. Die Unterschiede vor Einführung des Euro in der EU	13
3.3. Die Folgen der Euro-Einführung.....	13
3.4. Die Schuldenkrise isoliert Deutschland in Europa	14
3.5. Wenn Spannungen nicht mehr ausgeglichen werden können.....	14
3.6. Was den Frieden in Europa wiederherstellen kann	15
3.6.1. Flexibilität ist Trumpf	17
3.6.2. Auswirkungen auf die deutschen Exporte	17
3.6.3. Sparen an der falschen Stelle	17
3.6.4. Die Wettbewerbsfähigkeit der Südländer.....	18
3.6.5. Gutes Geld dem schlechten Geld nicht hinterher werfen!	18
3.6.6. Der Euro im internationalen Vergleich.....	18
3.6.7. Das Schweizer Modell	18
3.6.8. Aufstieg und Fall des Goldpreises.....	19
3.6.9. Wie man sich von der Finanzkrise ohne die EU-Retter besser befreien kann	19
4. Politische Fehler führten zur Deindustrialisierung in Ostdeutschland. Aus Fehlern kann man lernen, insbesondere bei der derzeitigen EU-Politik.	21
5. Am Anfang das Ende sehen. Die Konsequenzen, die aus der Politik der Alternative für Deutschland entstehen können.	27
5.1. Ende des schuldenfinanzierten Systems	27
5.2. Werden wir die Euro-Rettungsgelder jemals wiedersehen?	27
5.3. Warum werfen wir gutes Geld dem schlechten Geld hinterher?.....	28
5.4. Sicherung der Staats- und Schuldenfinanzierung	28
5.5. Wie sicher sind Bankkonten?.....	28
5.6. Wie kann man den deutschen Staatsbankrott vermeiden?	28
5.6.1. Zu welchen Bedingungen ließe sich eine deutsche Staatspleite vermeiden?	29
5.6.2. Das deutsche Privatvermögen wird zur Tilgung der Staatsschulden dienen	29
5.7. Welche Konsequenzen hätte eine deutsche Staatspleite?.....	29
5.8. Die Politik der Illusionen	31
5.9. Ausblick in die Zukunft.....	31

6.	Wie wir soziale Spannungen - nicht nur in Europa - abbauen können	33
6.1.	Die Exporte auf Kosten anderer Nationen nach oben treiben	33
6.2.	Nährboden für neue und alte Feindbilder	33
6.3.	Ungleiche Gewinnverteilung	33
6.4.	Auf Kosten der Sparquote.....	34
6.5.	Sinkende Einkommensquote der Mittelschicht.....	34
6.6.	Falsche Anreize für die Politik.....	34
6.7.	Soziale Unruhen	35
6.8.	Abgehobene Managergehälter.....	35
6.9.	Besteuerung - Wohlstand verpflichtet	35
6.10.	Exzesse in der Finanzindustrie	36
6.11.	Breite Bevölkerungsschichten haben ihr Limit erreicht.....	36
6.12.	Die Grenzen des Wachstums in den Schwellenländern.....	37
6.13.	Wir wissen jetzt, was schiefgelaufen ist. Was ist die Folge daraus?	37
6.14.	Wie können wir der Entwicklung eine neue, bessere Richtung geben?	38
6.14.1.	Höhere Grenzsteuersätze für die wirklich Reichen.....	38
6.14.2.	Abbau sozialer Spannungen	38
6.14.3.	Beachtung ökonomischer Grundregeln.....	38
6.14.4.	Können Mindestlöhne Arbeitsplätze schaffen?.....	39
6.14.5.	Anreize für Investoren für den Arbeitsplätzeausbau.....	41
6.14.6.	Rolle rückwärts bei der Energiewende.....	41
6.14.7.	Niedrigste Geburtenraten in Deutschland bedrohen unsere Zukunft nachhaltig	43
6.14.8.	Warum wir unsere bisherige Einwanderungspolitik dringend ändern müssen	44
6.14.9.	Überfällige Investitionen in die marode Infrastruktur	44
6.14.10.	Senkung der Pro-Kopf-Ausgaben für die medizinische Versorgung.....	46
6.14.11.	Bürokratieabbau	46
6.14.12.	Änderungen in der Steuergesetzgebung	47
6.15.	Was sich in der Politik grundlegend ändern muss	47
6.15.1.	Die Entscheidungsgewalt in Brüssel zurückdrehen	48
6.15.2.	Volkswirte und Ökonomen in zentraler Verantwortung.....	48
6.15.3.	Politikerhaftung	48
6.15.4.	Veröffentlichung der Kosten- und Nutzenrechnung für Wahlgeschenke, Reformen und Gesetzesänderungen	48
6.15.5.	Risikoanalyse.....	48
6.15.6.	Haftungspegel	49
6.15.7.	Volksentscheide	49
6.15.8.	Stimmrecht für Kinder	49

7. Was lernen wir aus der Zypern-Rettung?	51
7.1. Der Anfang - Ausstieg aus dem Bretton-Woods-Währungssystem	51
7.2. Kontoinhaber haften für ihre Bank	51
7.2.1. Rangliste der Staaten mit Bank-Risiken	52
7.2.2. Neue Eigenkapitalrichtlinien.....	53
7.2.3. Risiko Zentralbanken	53
7.3. Enteignung durch Inflation	54
7.4. Verhinderung von Bankpleiten auf Kosten der Steuerzahler	54
7.5. Alternativen zum Bank- bzw. Tages- und Festgeldkonto	55
8. Wie der Staat die amtlich ausgewiesene Inflationsrate manipuliert.....	57
8.1. Was ist eigentlich Inflation?	57
8.2. Massive Schummelei bei der Datenerfassung und Verarbeitung	57
8.3. Permanent niedrige Inflationsraten durch willkürliche Anpassungen	58
8.4. Die Vorgabe: Es gibt keine Inflation!	58
8.5. Größte Enteignung aller Zeiten	59
9. Alternative für Deutschland.....	61
9.1. Die Alternative zur politisch verkommenen Knetmasse	61
9.2. Bankenunion und Eurobonds	61
9.3. Die Alternative für Deutschland wird unterstützt von:	61
9.4. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (Stand: 21. März 2013).....	63
9.4.1. Währungspolitik	63
9.4.2. Europapolitik	63
9.4.3. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie	64
9.4.4. Staatsfinanzen und Steuern.....	64
9.4.5. Alterssicherung und Familie	64
9.4.6. Bildung	64
9.4.7. Energiepolitik	65
9.4.8. Integrationspolitik.....	65
10. Stiftungen und Deutsches Stiftungsrecht – Ethische Vorbildwirkung für unsere Politiker	67



1. Einleitung

Nach der Lissabon-Strategie, den die europäischen Staats- und Regierungschefs 2000 verabschiedeten, sollte die EU schon seit drei Jahren der "wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensgestützte Wirtschaftsraum der Welt" sein. „Nachdem wir das Ziel endgültig aus den Augen verloren hatten, verdoppelten wir unsere Anstrengungen.“ (Mark Twain, 1884)

Vor mehr als 15 Jahren musste ich meine Diplomarbeit mit dem Thema „Staatsverschuldung in Deutschland“ abgeben. Seitdem suche ich vergeblich nach Gründen, die die seit über 40 Jahren andauernde Verschuldungspolitik rechtfertigen würden. Mit der neu gegründeten Partei, der Alternative für Deutschland, ist erstmals eine Partei entstanden, die den nötigen Sachverstand und den Willen zur Schuldenbegrenzung und Schuldentilgung in ihren Reihen vereint. In der Partei befinden sich keine Berufspolitiker. Die Partei zeichnet sich durch ihre Mitglieder aus, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen - insbesondere für ihre Kinder. Die Altparteien betreiben seit 40 Jahren viel zu regelmäßig eine Politik auf Kosten unserer Kinder, auf Kosten zukünftiger Generationen. Da Sie nun auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, habe ich für Sie die wesentlichen Zukunftsfragen zusammengestellt, die unseren Wohlstand in Deutschland entscheidend beeinflussen.

Die Ihnen vorliegende Analyse beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Frage, wo wir heute Änderungen und Reformen in Gang bringen müssen, um auch morgen und übermorgen gut leben zu können. In diesem Zusammenhang beschäftigen wir uns auch mit der Frage, ob die Alternative für Deutschland tatsächlich eine oder gar die Alternative für die Lösung unserer drängendsten volkswirtschaftlichen Probleme ist. Die Ursachen für die EU- und Euro-Krise sind ein zentrales Thema. Ebenso thematisieren wir Lösungsvorschläge zur nachhaltigen Bewältigung der Krise und die sich ergebenden Konsequenzen, wenn sich in der Politik kein Richtungswechsel durchsetzt. Auch die Krise um die sogenannte Energiewende, die absehbare Krise in unseren Alterssicherungssystemen und weitere Problemfelder unterziehen wir einer Analyse.

Wer die Gegenwart verstehen will, muss die Geschichte kennen. Alle Revolutionäre, gleich ob von links oder von rechts, erhielten ihren Zulauf durch das Versprechen von irgendeiner fernen, aber herrlichen Endzeit. Sie träumten vom Land, in dem Milch und Honig flossen und versprachen ihren Anhängern großzügig, sie eben dorthin zu führen. Bäume wachsen, aber sie können nicht in den Himmel wachsen. Keiner von ihnen hat sein Versprechen gehalten. Im Gegenteil, die größten Verführer haben die größten Katastrophen verursacht. Beispiele dafür gibt es genug und keineswegs nur in der deutschen Geschichte. Unsere Kritiker behaupten, dass es den Deutschen heute gut geht und wir deshalb keinen Politikwechsel brauchen. Ähnliche Äußerungen gab Ludwig XVI. von sich, kurz bevor die Französische Revolution ausbrach und in dessen Folge er geköpft wurde. Auch als die NSDAP aufkam, wurde sie mit ihrem Stimmenanteil von unter 3 Prozent belächelt und nicht ernst genommen. Schon wenige Jahre später infizierte die Partei fast 50 Prozent der deutschen Wähler. Der Erfolg der NSDAP kostete letztendlich 55 Mio. Menschenleben. Politische Extremisten finden auch heute wieder wachsenden Zulauf. Die Neonazi-Partei Goldene Morgenröte ist in Umfragen mit 11 Prozent bereits die drittstärkste Kraft in Griechenland. Die Ressentiments, die Deutschland heute in den Südländern entgegengebracht werden, sollten wir deshalb sehr ernst nehmen. Teile der Geschichte dürfen sich einfach nicht wiederholen!

Die soeben erschienene europaweite Studie des Pew Research Center ergab ein erschreckendes Ergebnis: Die Schuldenkrise isoliert Deutschland in Europa zunehmend. Demnach empfinden die Bürger in sechs der acht untersuchten Staaten die Deutschen als das wenigste mitfühlende Volk, in fünf als das arroganteste Volk. Besonders in Griechenland haben die Bürger keine gute Meinung von Deutschland: Sie halten es sogar für das am wenigsten vertrauenswürdige Land. 90 Prozent der Franzosen meinen, sie hätten wirtschaftlich schlechte

Bedingungen und nur noch 41 Prozent der Franzosen geben der Europäischen Union eine Chance. 77 Prozent der Befragten meinen das wirtschaftliche System in der EU begünstigt die Reichen. Der klassische Nährboden für linke und rechte Extremisten. Viele Menschen in Südeuropa haben ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld inzwischen aufgebraucht. Zudem haben immer mehr Staaten von Konjunktur- auf Sparprogramme umgestellt. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Sozialsysteme und der Frieden in diesen Ländern in Zukunft noch stärker unter Druck geraten werden.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts waren 2010 15,8 Prozent der Bevölkerung in Deutschland armutsgefährdet, das sind rund 12,8 Mio. Menschen. 2010 hielten dagegen nach einer Studie der Bundesbank die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland fast 60 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die Weltbank berichtete, dass 2008 insgesamt 43 Prozent der Weltbevölkerung in Armut lebte und weniger als zwei US-Dollar pro Tag und Kopf zu Verfügung hatte. Die Vertiefung der sozialen und ökonomischen Unterschiede wird durch die Verknappung von natürlichen und ökonomischen Ressourcen verstärkt. Der Kampf um die Ressourcen wird teilweise kriegerisch ausgetragen, führt zur Armutswanderung in die reicheren Länder und in diesen zu neuen Spannungen. Dies zeigen auch aktuelle Diskussionen in Deutschland über neue Wohnungsknappheit und steigende Mieten in Ballungszentren, die Rückabwicklung der Hartz IV-Reformen oder die Integration von Migranten. Aus den sozialen Unterschieden entwickeln sich politische und weltanschauliche Spannungen, die von ideologischen und religiösen Eifer zugespitzt in Terror münden. Eine Studie des Instituts for Economics and Peace hat ergeben, dass sich die Zahl der weltweit registrierten Terrorangriffe in den Jahren zwischen 2002 und 2011 mehr als vervierfacht hat.

Die deutsche Wiedervereinigung kostet Jahr für Jahr um die 80 Mrd. Euro. Die Annäherung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf auf mittlerweile 66 Prozent des Westniveaus ist allein der Verringerung der Zahl der Köpfe im Osten zu verdanken. Die neuen Bundesländer zeigen, was mit einem Gebiet passiert, das ohne Berücksichtigung ökonomischer Grundlagen mittels Transfers aus anderen Regionen gestützt werden soll. Die Transfers führen zu künstlichen Lohnerhöhungen, schwächen die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft, verhindern das Entstehen von Arbeitsplätzen und unterminieren die wirtschaftliche Entwicklung. Die jungen und besser Qualifizierten, die für sich in einem stagnierenden Umfeld keine Chance mehr sehen, wandern ab, und die Rentner bleiben. Ökonomische Dynamik entsteht so nicht. Eine Transferunion in der EU würde Deutschland weit mehr als 100 Mrd. Euro jährlich kosten, mit steigender Tendenz. Aus den Fehlern, die man bei der deutschen Wiedervereinigung beging, kann man heute lernen. Deshalb befasst sich diese Ausarbeitung auch intensiv mit den Gründen, die zur Deindustrialisierung in Ostdeutschland führten.

Die deutschen Eventualverbindlichkeiten in Verbindung mit der Euro-Krise liegen bereits jetzt bei 688 Mrd. Euro (Quelle: Hans-Werner Sinn „Verspielt nicht eure Zukunft“). Für die meisten von uns ist das eine unvorstellbare Zahl, die ich Ihnen aber mit folgenden Beispielen näher bringen möchte. Allein mit 88 Mrd. Euro könnte man zehn Jahre 150.000 neue Lehrer einstellen und bezahlen oder den Rentnern für die nächsten sieben Jahre fünf Prozent mehr Rente auszahlen oder die nächsten drei Jahre alle Arzneimittelausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung abdecken (Quelle: ARD-Sendung Hart aber fair, September 2011). Während wir unvorstellbare Geldmengen für die Euro-Rettung verpulvern, sparen wir beim Bildungsniveau, dem Infrastrukturausbau, der Kinderförderung und vielem mehr. Wir sparen zu Gunsten der Vermögenden, die sich mit südeuropäischen Staatsanleihen verspekuliert haben. Diesem Treiben müssen wir ein Ende setzen! Dafür steht die neue Partei Alternative für Deutschland.

Wie kann man sich von der Finanzkrise auch ohne die EU-Rettungsgelder befreien? Am Beispiel Islands kann man sich durchaus orientieren. Das Land wurde von der globalen Finanzkrise beinahe erschlagen. Sämtliche Banken des Landes waren pleite, sie wurden nicht vom Staat

aufgefangen, obwohl sie „systemrelevant“ waren. Inzwischen ist Island - aufgrund der fehlenden Euro-Retter und deren Rettungskonzepte - bereits über den Berg. Selbsthilfe zeigt an diesem Beispiel raschere und durchschlagendere Erfolge als Gemeinschaftshilfe.

Bei der Erstellung der Ihnen vorliegenden Ausarbeitung haben mich ganz besonders folgende Persönlichkeiten maßgeblich beeinflusst: Die Träger des Wirtschaftsnobelpreises Paul Krugman und Daniel Kahneman, der ehemalige Arbeitsminister Robert Reich in der US-Regierung unter Bill Clinton, die Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn (Chef des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung), Wilhelm Hankel, Deutschlands weltweit renommiertester Währungsökonom, ehemaliger Chef-Ökonom der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), ehemaliger Präsident der Hessischen Landesbank, Währungsberater der EWG u. v. m., sowie Bernd Lucke, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität in Hamburg und Kopf der neu gegründeten Partei Alternative für Deutschland. Ebenso haben mich gehaltvolle Artikel von aufgeweckten Wirtschaftsjournalisten beeinflusst. Ganz besonders möchte ich den Chefredakteur des Handelsblatts Bernd Ziesemer und den Chefredakteur Claus Vogt von der Zeitschrift „Sicheres Geld“ hervorheben. Auch die Zeitung DIE WELT konnte mit ihren teils sehr fundierten Beiträgen zur Analyse beigetragen. Nicht zu vergessen sind die unzähligen Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Ganz wesentlich für den Inhalt stehen auch mein Studium zum Betriebswirt und meine zwanzigjährige Berufserfahrung, in der mich volkswirtschaftliche Themen in der Anlageberatung und dem Stiftungsmanagement täglich begleiten und herausfordern. Recht herzlich bedanken möchte ich mich bei meiner rechten Hand und Assistentin Annegret Krüger, meinem Schulfreund Jens Leberwurst (Prokurist/Geschäftsführer beim Energieversorger envia Mitteldeutsche Energie AG) und meinen Eltern, die weder über volks- noch betriebswirtschaftliche Vorkenntnisse, stattdessen über einen gesunden Menschenverstand verfügen und ebenso zu dieser kritischen Analyse beigetragen haben.

Sollten Sie in der folgenden Analyse auf einzelne Begriffe oder Passagen stoßen, die Ihnen unverständlich sind, so weisen Sie uns bitte auf diese Umstände hin. Nur so können wir gewährleisten, dass möglichst alle Bevölkerungsschichten die Probleme und die hier aufgezeigten Lösungsvorschläge inhaltlich auch verstehen.

Europa wird es erst wieder besser gehen, wenn es wieder gut, sachbezogen und kompetent regiert wird. Denn alle wissen längst: Ein Endsieg bei der Euro-Rettung ist so wenig in Sicht wie bei Adolf Hitlers wahnwitzigen Verheißungen und Durchhalteparolen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges. **In der globalisierten Welt, in der wir heute leben, dürfen wir nicht müde werden, Höchstleistungen und Hingabe von allen Teilen unserer Gesellschaft zu fordern. Nur das wird unseren Wohlstand auch in der Zukunft sichern. Seit 2005 hat es keine einzige Reform mehr gegeben, die den Standort Deutschland international weiter gestärkt hätte. Ganz im Gegenteil, die Agenda 2010 wird schiebchenweise zurückgedreht.**

Kinder dürfen nicht für die Gutgläubigkeit ihrer Eltern haften!

Heiko Kolodzik, 12. Juni 2013



2. Was unsere Politiker zukünftig besser machen können

STOPP! Kompetenzkreis bitte nicht verlassen! Solch ein derartiges Stoppschild sollte man an der Eingangstür zum Bundestag, zum Parlament aufstellen! Es würde unserer Gesellschaft besser bekommen, wenn einige Berufspolitiker nicht ständig ihren Kompetenzkreis verlassen und sich stattdessen auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren würden.

Warum fragen sich viele unserer Volksvertreter nicht, weshalb man für Volks- und Betriebswirtschaftslehre, genauso wie für Jura, fünf Jahre studieren muss? Man bräuchte ganz bestimmt nicht als Volkswirt fünf Jahre studieren, wenn die Thematik Volkswirtschaftslehre so trivial wäre. Das Problem in der Politik ist, dass Sätze aus ihrem Zusammenhang gerissen, Probleme nur partiell betrachtet werden und dabei das große Ganze außer Acht gelassen wird. Wie soll man auch das große Ganze sehen, wenn man den geschulten Blick dafür nicht besitzt? Was bei derart ausgebildeten Volksvertretern herauskommt, sehen wir: Die Eurozone mit ihren vielen, nicht enden wollenden Problemen!

Bernd Zieseimer, der Chefredakteur vom Handelsblatt, hat mich mit seinem Buch „Eine kurze Geschichte der ökonomischen Unvernunft“ maßgeblich bei meinen nun folgenden Ausführungen beeinflusst. Politiker in Deutschland haben meist keine wirtschaftliche Bildung und verschließen die Ohren für Expertenrat. Die Politik beschäftigt sich nicht mit der ökonomischen Wissenschaft, schon gar nicht mit ihren neueren Erkenntnissen und Empfehlungen. Die ökonomischen Grundkenntnisse des Durchschnittsabgeordneten darf man getrost als dürftig bezeichnen, obwohl doch alle Parlamentarier ständig über wichtigste ökonomische Fragen entscheiden. Deutschlands Ökonomen verstehen sich offensichtlich nicht auf die Methoden einer modernen Politikberatung, wie sie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten zum Regierungsalltag gehört. In den Parlamenten fehlt es deshalb dramatisch an wirtschaftlichem Urteilsvermögen aus der Praxis, von theoretischen Kenntnissen ganz zu schweigen.

Von der Ausbildung her befinden sich in der Bundesregierung (2009-2013) unter der Physikerin Merkel, sieben Juristen, zwei Mediziner, eine Mathematikerin, eine Soziologin, eine Fernsichttechnikerin und ein Verwaltungswirt. Nur ein einziger Volkswirt und ein Betriebswirt komplettieren die Riege. In früheren Bundesregierungen war das Bild nicht sehr viel anders. Nur zwei Bundeskanzler, Ludwig Erhard und Helmut Schmidt, verfügten über tiefere ökonomische Kenntnisse. Deutschland wird traditionell entweder von Berufspolitikern oder von Juristen regiert. Selbst unter den elf letzten Bundeswirtschaftsministern fanden sich nur drei studierte Volkswirte.

Anders als in der Politik gelangt in den großen deutschen Unternehmen jedoch niemand in ein höheres Amt, der sich nicht erhebliche betriebswirtschaftliche Zusatzkenntnisse angeeignet hat. In Deutschland haben sich die Staatswissenschaften (Jura, Politologie, Verwaltungswissenschaft) seit Jahrzehnten immer weiter von den Wirtschaftswissenschaften entfernt. Juristen gehen in den meisten Fällen völlig ohne ökonomische Kenntnisse ins Examen. Für die Politiker gilt das Gleiche wie für die deutsche Elite insgesamt: Weil sie selbst über geringe wirtschaftliche Kenntnisse verfügen, sind sie eigentlich dringend auf ökonomische Beratung durch Fachleute aus den Universitäten und aus der Wirtschaft angewiesen. Doch in der Praxis nutzen sie die vorhandenen Möglichkeiten so gut wie gar nicht - vor allem, wenn es um die ökonomischen Wissenschaften geht.

Alle Experten präsentieren regelmäßig genauso dicke Gutachten wie die fünf Weisen. Der Unterschied: Sie werden von der Öffentlichkeit und den Politikern im Allgemeinen noch weniger beachtet als das Jahresgutachten des Sachverständigenrats. Kanzler Schröder tat ein unliebsames Gutachten des Sachverständigenrates schlicht als "Meteorologie" ab. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement attestierte den Ökonomen verschiedentlich, sie wüssten offenbar nicht, worüber sie reden. Und der Vizevorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ludwig Stiegler, polterte gleich bei mehreren Gelegenheiten, er wolle sich das "Professorengeschwätz" des

Sachverständigenrats nicht länger anhören. Einen wirklich engen Kontakt zwischen ökonomischer Wissenschaft und praktischer Politik gab es nur in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland. Die theoretischen Positionen der Freiburger Schule waren über weite Strecken deckungsgleich mit der Politik Ludwig Erhards, der als ehemaliger Professor der Nationalökonomie in engstem Kontakt mit seinen Kollegen stand.

Die wissenschaftlichen Vorkämpfer einer neuen Wirtschaftspolitik verstanden es niemals, in Deutschland die breite Öffentlichkeit für ihre Thesen zu gewinnen. In der ökonomischen Politikberatung sind die neuen wissenschaftlichen Methoden noch nicht angekommen. Im Gegenteil: Die kreativsten Ökonomen Deutschlands spielen in der öffentlichen Auseinandersetzung so gut wie keine Rolle. Das Handelsblatt veröffentlichte im Mai 2005 die bisher einzige repräsentative Rangliste in Deutschland für Ökonomen. An der Spitze steht der Spieltheoretiker Klaus Schmidt, der in der Fachwelt mit seinen Forschungen über Wettbewerb, Fairness und Kooperation Furore machte. Auf Platz zwei folgt Thomas Lux, der sich als Volkswirtschaftsprofessor in Kiel mit Studien zum Zusammenwirken unterschiedlichster Akteure an den Finanzmärkten profilierte. Platz drei in der Liste der deutschen Topökonomien eroberte Wolfgang Härdle, der sich mit Statistik und Ökonometrie beschäftigt. Was alle drei gemein haben: In der deutschen Öffentlichkeit sind sie so gut wie unbekannt. Kein Politiker dürfte je von ihnen gehört haben.

In der öffentlichen Debatte geben ganz andere Ökonomen den Ton an. Zu den Medienstars gehören Männer wie der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Bert Rürup (Platz 2), der Gesundheitsökonom Karl Lauterbach (Platz 3) oder der Gewerkschaftsökonom Gustav Horn (Platz 7). Für sie alle gilt: In der Rangliste der Topforscher kommen sie überhaupt nicht vor. Sie alle arbeiten kaum noch wissenschaftlich und sind in der internationalen Scientific Community so gut wie unbekannt. Keiner dieser medialen Ökonomen hat die Finanzkrise auch nur ansatzweise kommen sehen. Auf Platz eins schaffte es allerdings Hans-Werner Sinn, der sich auch als Wissenschaftler einen Namen gemacht hat. Nur sehr wenige deutsche Ökonomen wie Hans-Werner Sinn vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung halten sich sowohl in der Spitzengruppe der Wissenschaft wie in der Politikberatung. Doch damit wächst keineswegs ihre Durchsetzungskraft in der deutschen Politik. Sinn machte diese Erfahrung gleich mehrfach: 1991 warnte der Professor mit seinem spektakulären Buch "Kaltstart" vor den verheerenden Folgen einer falschen Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern. Wie wir heute wissen, waren alle seine Warnungen vollkommen berechtigt. 13 Jahre später gehörte Sinn zu den wenigen deutschen Ökonomen, die vor den unberechenbaren Folgen von Hartz IV warnten: Vielen Empfängern des Arbeitslosengeldes II werde die "Lust am Arbeiten vergehen", prophezeite Sinn. Doch in beiden Fällen und vielen anderen hörte die Politik nicht auf seine Ratschläge. Seine Kritik an der Wiedervereinigungspolitik wurde sogar als "unpatriotisch" diffamiert.

Sozialdemokraten und Grüne wollen explizit das "deutsche Modell des Sozialstaats" verteidigen und lehnen schon deshalb einen Blick über die nationalen Grenzen ab. Und auch die CDU/CSU zeigt wenig Neigung zum wirklichen internationalen Benchmarking, wenn es um ökonomische Fragen geht. Die Lebhaftigkeit der ökonomischen Debatte und die Lust an der theoretischen Durchdringung der Wirklichkeit mit ökonomischen Mitteln wie in den Vereinigten Staaten gehen den Deutschen ab. Die wirtschaftliche Vernunft erscheint den meisten Menschen in unserem Lande als blutleer und über weite Strecken wirklichkeitsfern. Viele wittern hinter ökonomischen Einsichten nur die vordergründigen Interessen der Reichen oder der Unternehmen. Die deutschen Medien tragen an dieser Einstellung eine gehörige Mitschuld. Sie dürfen deshalb in einer kurzen Geschichte der ökonomischen Unvernunft keinesfalls fehlen. Wir sollten neben der Gurtpflicht auch die Maulkorbpflicht für bestimmte Gruppierungen einführen.

3. Die Ursprünge der verfehlten EU-Rettungspolitik

Das Denken lässt sich alle Male leichter korrigieren als die Wirklichkeit. Die Erfolge der Nicht-Euro-Länder sollten uns allen zu denken geben! Der Kaufkraftverhalt der DM ist immer nur gestiegen, weil in der Vor-Euro-Zeit die Einkommen in Deutschland stets stärker stiegen als die Preise. Die DM-Besitzer bekamen von Dekade zu Dekade mehr für ihr Geld. Seit sie den Euro haben, stagniert ihr Realeinkommen und geht sogar zurück.

Was nützt diesem Europa eine Zukunft, die es seinen Bürgern wegnimmt? Wie sollen diese künftig für sich und ihre Familien sorgen, wenn ihren Einkommen und Vermögen die reale Kaufkraft laufend entzogen wird? Deutschlands Privathaushalte werden erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu spüren bekommen, was es heißt, sparen zu müssen - die einen mehr, die anderen weniger. Der Lebensstandard und das damit verbundene Ausgabenniveau werden zwangsläufig sinken. Ohne den Euro gebe es weder die Euro-Schuldenberge noch die Euro-Krise. Folglich muss jeder Versuch, die Krise zu lösen und den Euro zu retten, am Euro selbst ansetzen!

3.1. Die EU-Beitrittskriterien

Die Länder, die Mitglied der europäischen Währungsunion sind und somit den Euro einführen wollten, mussten bestimmte Kriterien erfüllen. Unter anderem mussten ein bestimmtes Inflationsziel, Haushaltsdefizit und ein begrenzter Verschuldungsgrad eingehalten werden. Zur Erfüllung der Kriterien mussten insbesondere bei den Südländern erhebliche Reformanstrengungen aktiviert werden. Ich kann mich berufsbedingt noch sehr gut an italienische Geldmarktprodukte erinnern, die aufgrund der Inflation in Italien 14 Prozent Zinsen abwarfen.

3.2. Die Unterschiede vor Einführung des Euro in der EU

Vor der Einführung des Euro gab es in Europa unterschiedliche Währungen und unterschiedlich hohe Leitzinsen, die unterschiedlich hohe Kreditkosten verursachten. Tendenziell waren die Leitzinsen in Deutschland deutlich niedriger als in den Südländern und die DM zählte zu den wenigen weltweiten Hart-Währungen. Mit der Einführung des Euro einigte man sich nicht nur auf eine Währung, man einigte sich auch auf eine gemeinsame Notenbank - die Europäische Zentralbank EZB - und damit auf einen gemeinsamen Leitzins. Vereinfacht gesagt spiegelte der neue Leitzins nun den Durchschnittszins der verschiedenen europäischen Länder vor der Einführung des Euro wieder. Daher wurde die Wirtschaft in Deutschland nach der Einführung des Euro mit höheren Zinsen konfrontiert.

3.3. Die Folgen der Euro-Einführung

Die höheren Zinsen setzten der deutschen Wirtschaft so sehr zu, dass sich Deutschland zum kranken Mann Europas entwickelte. Beim Wirtschaftswachstum bekam Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern die rote Laterne. Deutschland musste erhebliche Reformen und Anstrengungen unternehmen, um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederzuerlangen. In der Folge verbesserten die deutschen Unternehmen ihre Produktivität und es entstand auf politischer Seite unter der rot-grünen Regierung die Agenda 2010 unter Führung von Gerhard Schröder.

Im Gegensatz zu Deutschland profitierten die Südländer besonders stark von der europäischen Währungsunion. So waren beispielsweise die Leitzinsen für südländische Verhältnisse plötzlich deutlich niedriger. Die Finanzierungskosten sanken überdurchschnittlich. Gleichzeitig sank - auch aufgrund der für südländische Verhältnisse zu billigen Kredite - der Reformdruck. Die Regierungen nutzten die Gunst der Stunde und bauten den Sozialstaat, insbesondere ihren

Beamtenapparat aus. Die Wettbewerbsfähigkeit in den Südländern ging verloren, weil der Euro zu viel Kapital dorthin lenkte und eine kreditfinanzierte, inflationäre Wirtschaftsblase entstehen ließ.

So liegt bspw. die durchschnittliche Gemeindegröße in Frankreich bei 1.800 Einwohnern, der EU-Durchschnitt liegt bei 5.500 und in Deutschland haben wir ca. 7.200 Einwohner pro Gemeinde. Wohin diese Art des Wirtschaftens führt, ist uns nun allen bekannt. Die Wettbewerbsfähigkeit der Südländer ist im Laufe der Jahre drastisch gesunken, während Deutschland durch die Agenda 2010 auf den internationalen Märkten wieder zu alter Wettbewerbsfähigkeit zurückfand.

3.4. Die Schuldenkrise isoliert Deutschland in Europa

Die Schuldenkrise untergräbt einer Umfrage zufolge europaweit immer stärker das Vertrauen in die EU. Die schlechte wirtschaftliche Lage führt zugleich zu wachsenden Unstimmigkeiten zwischen großen Mitgliedsstaaten und einer zunehmenden Isolation Deutschlands, wie eine Studie des Pew Research Center ergab. Sie stützt sich auf eine aus dem März 2013 datierende Befragung von 7.600 Bürgern aus acht EU-Staaten.

Die Franzosen haben mittlerweile weniger Vertrauen in die Institution der Europäischen Union als die Italiener oder die Spanier. Während in Deutschland drei Viertel der Befragten die wirtschaftlichen Bedingungen als gut beschrieben, waren es in Spanien nur noch 4 Prozent und in Frankreich nur noch 10 Prozent. In Großbritannien gab es einen Einbruch ähnlichen Ausmaßes. Ein erschreckendes Ergebnis! Die wachsende Kluft zwischen den EU-Ländern lässt Deutschland zunehmend isoliert dastehen. 77 Prozent der Befragten meinen, das wirtschaftliche System in der EU begünstigt die Reichen. Der klassische Nährboden für linke und rechte Extremisten.

Als einen Lichtblick stellen die Autoren das Vertrauen in den Euro heraus, an dem insgesamt mehr als 60 Prozent der Befragten festhalten wollen. Eine positive Haltung zur Europäischen Union äußerten dagegen nur noch 45 Prozent (Frankreich 41 Prozent). Vor einem Jahr betrug die Zustimmungquote noch 60 Prozent. Für eine Spaltung sorgt der Erhebung nach insbesondere die Sparpolitik in Europa. Im Ergebnis heißt das: Europäische Union mehrheitlich NEIN und Euro mehrheitlich JA. Ich schätze, die Mehrheiten für den Euro lösen sich in Staub auf, sobald man erkennt, dass die deutschen Steuerzahler nicht länger bereit sind, für den Luxus und die Fehler, die sich die Südeuropäer leisten, weiterhin zu zahlen. In Frankreich frisst der Staat 56 Prozent der Wirtschaftsleistung, 10 Punkte mehr als in Deutschland. In Frankreich geht man auch deutlich früher in Rente als in Deutschland. Solidarität ist europäische Pflicht. Solidität aber auch.

3.5. Wenn Spannungen nicht mehr ausgeglichen werden können

Entwickelt sich das Wirtschaftswachstum in Ländern mit unterschiedlichen Währungen ungleichmäßig schnell, werden diese Abweichungen durch unterschiedlich hohe Leitzinsen, durch Auf- oder Abwertung der jeweiligen Landeswährung und bestenfalls durch wirtschaftlich sinnvolle Reformen wieder ausgeglichen. Dieser Ausgleich findet jedoch im europäischen Währungsverbund in der gewohnten Form nicht mehr statt. Es kommt zu den uns bekannten Spannungen, welche einen äußerst gefährlichen sozialen Sprengstoff hervorbringen. In den Südländern entwickelt sich teilweise ein Nährboden, der mit dem Nährboden für das Entstehen des Nationalsozialismus, der 55 Millionen Menschen das Leben kostete, durchaus vergleichbar ist. Es gab 6 Mio. Arbeitslose in Deutschland, was in etwa 25 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung entsprach. In Griechenland und Spanien sehen wir uns mit einer Jugendarbeitslosigkeit von knapp 60 Prozent konfrontiert. In Frankreich sind es ca. 25 Prozent. Ich mag es mir nicht vorstellen, welche Art von sozialem Sprengstoff sich dort entwickelt.

Die einen haben sich mit dem gemeinsamen Geld in den Staatsbankrott gewirtschaftet, denn es war für sie zu leicht und zu billig zu bekommen. Den anderen droht der Verlust ihrer hart und mühsam erarbeiteten Ersparnisse, denn diese werden jetzt gebraucht, um den Euro zu retten. Die Bürger des vorläufig noch besser dastehenden Nordens der Eurozone haben nur noch die Wahl, wie und an wen sie ihr Geld verlieren: An die ihnen früher oder später drohende Inflation oder als Steuerzahler über die frisch aus der Taufe gehobenen Euro-Rettungsfonds, einer Bankenunion, Eurobonds und dem angestrebten Fiskalpakt. Den Südstaaten der Eurozone aber ist auferlegt worden, dass sie trotz Krise, rückläufiger Wirtschaftsleistung und sinkender Einkommen vermehrt sparen. Dadurch soll der Staatsbankrott abgewehrt werden, der finanztechnisch längst eingetreten ist. Die einen bezahlen ihre Kosten mit sozialem Elend, das mit jedem Tag zunimmt und weniger zu verantworten ist. Die anderen bezahlen „nur“ mit ihrem Geld, das ihnen zukünftig nicht nur für ihren Luxus, sondern auch für ihre Altersversorgung und für die Zukunft ihrer Kinder fehlt.

Eigentlich müsste die EZB ihre Geldpolitik im Norden straffer führen als im Süden und im Süden lockerer als im Norden. Im Norden müsste sie ihr Geldangebot verknappten und die Zinsen anheben, im Süden ihr Geldangebot lockern und die Zinsen notfalls bis auf Null senken. Nur knappes und teures, reichliches und billiges Geld aus ein und derselben Hand und Quelle ist nicht herzustellen!

Der Rettungsschirm ESM, an dem Deutschland mit 27 Prozent beteiligt ist, wird für Deutschland spätestens dann zur Bedrohung, wenn Frankreich mit seinem Anteil von 21 Prozent ausfällt. Denn im Vertrag zum ESM hat man speziell dafür schon vorgebaut: Alle Anteilseigner haften solidarisch! Also übernimmt Deutschland von denen die Anteile, die ausfallen. Die Mehrheitsbeteiligung am ESM ist Deutschland also sicher. Eine Entscheidungsgewalt über den ESM hat Deutschland damit noch lange nicht. Die Stimmenverteilungsreform zu Gunsten Deutschlands lässt nach wie vor in Brüssel auf sich warten. Auch deshalb sollte Deutschland mit seinen Hilfszahlungen warten.

Seit 2010 hat die EZB ihre Bilanzsumme verdreifacht und dem Finanzsektor des Euroraumes annähernd 5 Billionen Euro neues Geld und Inflationspotenzial zur Verfügung gestellt. Angesichts des realen Wirtschaftswachstums, welches sich im Bereich der Null-Linie im selben Zeitraum abspielte, ist diese hemmungslose Gelddruckerei kaum zu entschuldigen.

Dem Euro-System fehlte von Beginn an der für die innere und äußere Stabilität des echten Goldstandards entscheidende Anpassungszwang. Inflationiert ein Land stärker als die anderen, verlor es über die Defizite seiner sich basierenden Leistungsbilanz Goldreserven und musste zuhause zurückstecken, den Geldumlauf drosseln, die Zinsen und notfalls auch die Steuern erhöhen, weniger konsumieren und mehr privat wie öffentlich sparen. Den Euro-Staaten haben dieser ebenso zwingende wie automatisch funktionierende Anpassungszwang, der Stabilitätsdruck und die Schuldenbremse von der ersten Stunde an gefehlt.

3.6. Was den Frieden in Europa wiederherstellen kann

Ein Währungsraum gilt als optimal, wenn sein inneres Struktur- und Leistungsgefälle, seine Ungleichgewichte im Markt durch hohe Mobilität der beiden beweglichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital selber ausgeglichen werden können. Ein Wechselkursmechanismus steht innerlich, im nationalen Raum nicht zur Verfügung, da Staats- und Währungsraum deckungsgleich sind. Doch das ist im Euro-Raum nicht der Fall. Ihn durchziehen derzeit 17 Staatsgrenzen. Auch wenn diese rechtlich die Wanderungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte nicht aufheben, erschweren und verlangsamen sie diese auch ohne Visumzwang beträchtlich - administrativ, kulturell, sprachlich und sozial. Verglichen mit den USA oder dem vereinten Deutschland ist der Euro-Währungsraum mit seinen 17 derzeit internen Staatsgrenzen eher wenig kompatibel. Dagegen herrschen für die Kapitalmobilität Inlandsbedingungen.

Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwäche brauchen die Südländer zur Genesung eine schwächere Währung, niedrigere Leitzinsen und damit verbunden möglichst viel billige Liquidität und Wirtschaftsreformen. Durch den nicht nachlassenden Anpassungs- und Reformdruck würde Deutschland dagegen steigende Zinsen und eine härtere Währung gut vertragen, um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Höhere Leitzinsen würden Deutschland den Inflationsdruck nehmen und die indirekte Enteignung der Sparer in Deutschland stoppen. Durch die europäische Währungsunion ist ein starres Korsett entstanden. Die Europäische Zentralbank EZB kann nicht so sensibel agieren, wie das die einzelnen Notenbanken vor Einführung der Währungsunion konnten.

Während die derzeitige Euro- und Europapolitik einerseits den Wiederbelebungsversuchen der südländischen Wirtschaft immer wieder die Luft abschnürt, wird das Wirtschaftswachstum in Deutschland andererseits überdimensioniert befeuert, was den Reformdruck und die damit verbundene Reformbereitschaft in Deutschland erlahmen lässt. Das derzeitige Wirtschaftswachstum in Deutschland läuft so gut, dass man es sich scheinbar leisten kann, die Reformen aus der Agenda 2010 Stück für Stück zurück zu drehen. Ich verweise hierbei insbesondere auf die jüngsten Lohnabschlüsse und die weltweit einmalige Energiepolitik. Im Ergebnis einer solchen Entwicklung würde sich die Produktivität, die wirtschaftliche Stärke Deutschlands den Südländern schrittweise annähern. Man würde das wirtschaftliche Ungleichgewicht in der Europäischen Union etwas ausgleichen. Doch wird man mit dieser Art und Weise, mit einem wirtschaftlich geschwächten Deutschland, Europa und den Euro nicht retten können - ganz im Gegenteil!

Deutschland exportiert inzwischen nur noch 39 Prozent in die Europäische Union, 61 Prozent der Exporte werden außerhalb der EU verkauft. Die deutsche Wirtschaft steht also im Wesentlichen nicht in Konkurrenz zu seinen europäischen Nachbarn. Die Konkurrenz der deutschen Wirtschaft befindet sich tendenziell in Amerika und vor allem in Asien. Wird die deutsche Wirtschaft weiter geschwächt und unterbleiben weiterhin die notwendigen zukunftsweisenden Reformanstrengungen, werden der deutschen Wirtschaft Stück für Stück die Absatzmärkte und die damit verbundenen deutschen Arbeitsplätze wegbrechen. Die Lücken würden zukünftig amerikanische und insbesondere asiatische Firmen ausfüllen.

Es kann nicht das europäische Ziel sein, dass sich die Wirtschaften der Südländer und Deutschlands in dem Maße angleichen, dass die Südländer etwas besser werden und die deutsche Wirtschaft etwas schlechter wird. Damit würde Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verspielen und als letzte verbliebene Lokomotive in Europa ausfallen.

Die Wirtschaft, die Produktivität in Frankreich müsste um 35 Prozent günstiger werden, wenn sie mit der deutschen Wirtschaft gleichziehen will. Die Differenz in Höhe von 35 Prozent lässt sich nicht allein durch Reformen, wie zum Beispiel Lohnverzicht, ausgleichen. Für Frankreich wäre eine Währungsabwertung unverzichtbar, was Deutschland im Währungsverbund mit Frankreich jedoch nicht wieder gut zu machende Nachteile bringen würde. Weiter erlahmender Reformdruck und Inflation wären in Deutschland die Folge. Können Sie sich einen Lohnverzicht in oben genannter Größenordnung vorstellen? Von der französischen Regierung kam jüngst tatsächlich die Empfehlung, Deutschland möge seine Löhne soweit erhöhen, bis man mit Frankreich wieder gleichzieht. Welche Konsequenzen das für die deutsche Industrie im internationalen Wettbewerb hätte, brauche ich Ihnen bestimmt nicht näher erläutern.

3.6.1. Flexibilität ist Trumpf

Deshalb brauchen wir eine neue Flexibilität, die mit der jetzigen Einheitswährung für Länder unterschiedlichster Entwicklung, mit unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Niveaus nicht gegeben ist. Aus diesen Gründen ist eine Auflösung des europäischen Währungsverbundes in seiner jetzigen Form ökonomisch betrachtet unumgänglich. Der Euro spaltet Europa. Deshalb brauchen wir eine neue Flexibilität und neue, erweiterte Handlungsmöglichkeiten. Weil Deutschland eine Exportnation ist, ist es unser ureigenstes Interesse, das es in ganz Europa Wirtschaftswachstum und Nachfrage gibt. Die Kritik der anderen Parteien ist falsch und scheinheilig, denn offenbar geht es ihnen gar nicht um die "Rettung" der anderen europäischen Staaten. Als es in der EU noch nationale Währungen gab, konnten alle Staaten wachsen und gedeihen. Gelegentliche Aufwertungen der DM haben Deutschland eher genützt als geschadet, weil die Inflation gebremst wurde und der Wettbewerbsdruck unsere Produktivität erhöht hat.

3.6.2. Auswirkungen auf die deutschen Exporte

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die DM insgesamt 17mal aufgewertet, was die deutsche Wettbewerbsfähigkeit eher befeuert hat. In den achtziger Jahren musste man noch fast vier DM für einen US-Dollar auf den Tisch legen. Der Euro wertete von seinem Tief im Jahr 2001 gegenüber dem US-Dollar um ca. 50 Prozent auf. Trotzdem konnte Deutschland im selben Zeitraum seine Exporte um 30 Prozent steigern. Seit dem Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 sind die deutschen Exporte in die EU-Krisenstaaten um 30 Prozent gesunken.

Ja, Deutschland ist ein Exportland. Aber noch keinem Land hat es auf die Dauer gut getan, seine ganze Wirtschaft nur auf den Export auszurichten und dann noch seine Waren unter Preis (der deutsche Euro ist stark unterbewertet, ähnlich wie der italienische Euro überbewertet ist) zu verkaufen. Außerdem ist es eine Tatsache, dass viele unserer Nachbarn in Europa zum Kauf deutscher Waren auf deutsche Kredite angewiesen sind, deren Rückzahlbarkeit zweifelhaft ist. In diesem Zusammenhang spricht man von den Target-Krediten, die ein beängstigendes Ausmaß in Milliardenhöhe angenommen haben. Target-Kredite sind stark vereinfacht ausgedrückt nichts anderes als Lieferantenkredite, deren Rückzahlung vom Willen und Können des Leistungsempfängers abhängig ist.

Es stellt sich die Frage, ob die anderen Länder ein Interesse daran haben, ihre Waren dauerhaft zu überhöhten Preisen im Ausland (Eurozone und nicht Eurozone) absetzen zu müssen und gegen zu billige Importe ankämpfen zu müssen. Sicherlich nicht! Auf die Dauer wird man auch in Italien und Frankreich erkennen, dass das jetzige System mit enormen Nachteilen verbunden ist. Es sei denn, man kann es erfolgreich als Hebel zum Erzwingen unbegrenzter Transferleistungen einsetzen. Aber wer soll die finanzieren, wenn als Geberländer nur noch das im demographischen Niedergang befindliche Deutschland und die Niederlande und einige kleinere Länder (zum Beispiel Finnland, Estland, Österreich) in Frage kommen?

3.6.3. Sparen an der falschen Stelle

Wir fordern eben nicht den Ausstieg Deutschlands aus dem Euro. Den großen Knall gibt es, wenn es so weitergeht wie bisher. Denn wir leihen aktuell überschuldeten Ländern noch mehr Geld, das diese niemals zurückzahlen können, weil sie mit dem Euro nicht wettbewerbsfähig sind. Durch das fehlende Wirtschaftswachstum in den Südländern brechen den Ländern die Steuereinnahmen weg und die dortige Bevölkerung reagiert mit vermehrter Schwarzarbeit auf Steuererhöhungen. In den Südländern gibt es vor allem massive Ausgabenkürzungen bei Gesundheit, Bildung und die sozialen Auffangnetze bekommen immer größere Löcher.

Sie können ihre Ausgaben nur über neue Schulden abdecken, was ihre Wirtschaftskraft weiter schwächt. Es ist bei diesem System nur eine Frage der Zeit, bis die Eurozone zusammenbricht und das große Chaos ausbricht.

3.6.4. Die Wettbewerbsfähigkeit der Südländer

Tatsächlich fordern wir, dass zunächst die Südländer ausscheiden können. Deutschland wird also keineswegs gegenüber unseren wichtigsten Absatzmärkten unkontrolliert aufwerten. Die Deutsche Bundesbank könnte wieder, wie es aktuell die schweizerische Notenbank im Verhältnis zum Euro praktiziert, Einfluss auf die Entwicklung der Wechselkurse nehmen. Eine verbesserte Wettbewerbssituation der Südländer ist für die deutsche Wirtschaft locker verkraftbar. Die Vorprodukte für die deutsche Wirtschaft würden sich um das Maß verbilligen, um welches Maß die Währung aufwerten würde. „Die Auflösung des Euro-Verbundes kostet angeblich deutsche Arbeitsplätze. Das ist falsch. Man kann deutsche Arbeitsplätze nicht mit einer Währung sichern, die Arbeitsplätze in den europäischen Partnerstaaten zerstört. Wer das will, handelt nationalistisch und anti-europäisch.“ Dr. Bernd Lucke (Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg)

Zunächst einmal wollen wir, dass die Südländer aus dem Euro ausscheiden. Danach muss man aber natürlich auch darüber reden, wie die Rest-Euro-Zone ausgestaltet sein soll. Kann und will ein Land wie Frankreich in einer Währungsunion mit Deutschland bleiben? Falls ja, soll Deutschland für französische Schulden haften müssen oder für belgische? Wenn Haftung für fremde Schulden explizit verboten wird, muss Frankreich entscheiden, ob es sich dem Wettbewerbsdruck des Euro stellen will. Falls ja, soll mir das recht sein. Wenn die Partnerländer hingegen wollen, dass die Schulden weiter vergemeinschaftet werden, dann setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland zur D-Mark zurückkehrt.

3.6.5. Gutes Geld dem schlechten Geld nicht hinterher werfen!

Unter dem Strich sind der geordnete Umbau der Eurozone und die damit verbundene Abwicklung des Euros in seiner jetzigen Form der wesentlich günstigere Versuch, als ihn künstlich mit uneinlösbaren Milliardenkrediten am Leben zu erhalten. Die deutschen und europäischen Steuerzahler werfen in der jetzigen Situation gutes Geld dem schlechten Geld hinterher. Am Ende würde auch Deutschland in einer Sackgasse enden.

3.6.6. Der Euro im internationalen Vergleich

Der Euro hat sich im Vergleich zum US-Dollar hervorragend geschlagen – trotz Krise. Dieser Vergleich hinkt jedoch gewaltig! Hier werden zwei Währungsräume miteinander verglichen, die sich seit Ausbruch der Krise gegenseitig im Schuldenmachen überbieten. Würde man den Euro mit gesunden und wirtschaftlich starken Währungsgebieten vergleichen, muss man leider von einer Weich-Währung sprechen. Dass der Euro eine Weichwährung ist, kann man an der Entwicklung des Goldpreises in Euro und auch an den Benzinpreisen an den Tankstellen sehr gut erkennen.

3.6.7. Das Schweizer Modell

Wie gut es mitten in Europa bei nur 5 Millionen Einwohnern auch ohne Euro und ohne ausufernde Staatsverschuldung wirtschaftlich vorangehen kann, zeigt uns regelmäßig die Schweiz. Auch in diesem Jahr ist das Wirtschaftswachstum in der Schweiz wieder größer als in Deutschland. Die Abgabenquote liegt nur bei 29 Prozent, die Staatsschuldenquote ist nur halb so hoch wie in Deutschland. Deutschland wirtschaftet im Verhältnis zur Schweiz unsolide. Aktuell muss Deutschland deshalb im Verhältnis zur Schweiz mehr als 240 Prozent höhere Zinsen für seine Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit bezahlen.

Die europäische Lokomotive Deutschland kann seiner Bevölkerung trotz Euro, trotz Europäischer Union, nicht den Wohlstand, nicht die Zukunft bieten, die die Schweiz seiner Bevölkerung bieten kann. Die Alternative für Deutschland tritt nicht nur für Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild, sondern auch für eine Staatsverschuldung, Wohlstand, Einkommen und nachhaltiger Beschäftigung nach Schweizer Vorbild an. Auch den Schweden geht es ohne Euro ähnlich gut wie den Schweizern.

3.6.8. Aufstieg und Fall des Goldpreises

Der Goldpreis startete seinen Höhenflug, als der Euro eingeführt wurde und später die Notenbanken ihre Notenpressen anwarfen. Nun setzte parallel zur Parteigründung der Alternative für Deutschland der jüngste Goldpreisverfall ein. Es kam zu den größten Tagesverlusten seit 1980. Den Grund für den Preisverfall könnten wir mit dem Ende der hemmungslosen Gelddruckerei, wofür die neu gegründete Partei AfD steht, rechtfertigen. Wir könnten, tun wir aber nicht!

3.6.9. Wie man sich von der Finanzkrise ohne die EU-Retter besser befreien kann

Am Beispiel Islands kann man sich durchaus orientieren. Eine Reise in den hohen Norden Europas zeigt uns die Realität einer bewältigten Finanzkrise, zwar nicht des Euro, sondern nur der Islandkrone. Das Land wurde von der globalen Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 voll erwischt. Alle isländischen Banken mussten Konkurs anmelden. Sie wurden nicht vom Staat aufgefangen, obwohl sie „systemrelevant“ waren. Auch der isländische Staat stand dicht davor; also widerstanden die Politiker des Landes der Versuchung, ihn mit Rettungsmilliarden weiter zu belasten. Auch nennenswerte Hilfe von außen war nicht zu erlangen: Island war weder in der EU noch Mitglied der Euro-Zone.

Gleichwohl zählte Island im Jahre 2012 nach dem beispiellosen Absturz zu den Ländern mit Europas bester »performance«: Fast 3 Prozent reales Wirtschaftswachstum, Kreditrating an den internationalen Kapitalmärkten bei B+, nachdem es zeitweise ganz ausgesetzt war, und eine Erholung der Islandkrone nach zeitweiliger Abwertung um bis zu 90 Prozent auf wieder annähernd 50 Prozent ihres Vorkrisenstands.

Was hat Island in den Jahren 2009 bis 2012 getan, um seine Totalkrise aus eigener Kraft zu überwinden? Es ist ein Lehr- und Lernbeispiel für alle Euro-Länder, die aus dem Morast ihrer Schuldenkrise nicht herauskommen.

Erstens: Die Abwertung der eigenen Währung. Hat sie ein Land hinter sich gebracht und ist sie überzeugend ausgefallen, kann es für dieses Land nur noch aufwärts, nicht weiter abwärts gehen. Seine natürliche Wettbewerbsstärke und das Vertrauen des Auslands in seinen Neuanfang kehren zurück – seine Schuldentragfähigkeit wird wieder höher veranschlagt, wie die Verbesserung des Ratings zeigt.

Zweitens: Schuldenschnitt, er konnte im Fall Islands kaum radikaler ausfallen. Sämtliche Banken wurden liquidiert; sie mussten neu gegründet werden. Die Auslandsgläubiger isländischer Anleihen verloren de facto alles. Nur die Inlandssparer wurden aus der Staatskasse teilentschädigt.

Drittens: Ein inländisches Reform- und Restrukturierungsprogramm. Selbsthilfe zeigt raschere und durchschlagendere Erfolge als Gemeinschaftshilfe.



4. Politische Fehler führten zur Deindustrialisierung in Ostdeutschland. Aus Fehlern kann man lernen, insbesondere bei der derzeitigen EU-Politik.

Warum macht es Sinn, bei der Bewertung der derzeitigen Wirtschaftspolitik Europas die damalige Wirtschaftspolitik bei der Wiedervereinigung Deutschlands unter die Lupe zu nehmen? Wer nichts macht, kann auch nichts falsch machen. Wer jedoch nichts macht, der schafft auch nichts. Nun bringen Fehler jedoch nicht nur Nachteile. Man hat auch die Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen. Verhängnisvoll wird es nur dann, wenn man Fehler wiederholt. 1990 gab es beim Aufbau Ost in den neuen fünf Bundesländern solche verhängnisvollen Fehler in der Wirtschaftspolitik. Fehler, die jetzt offensichtlich bei der Europapolitik wiederholt werden.

So wie die heute falsche, kurzsichtige Euro-Rettungspolitik noch Mehrheiten in Politik und Wirtschaft findet (im Gegensatz zu den Familienunternehmen in Deutschland befürwortet die Mehrheit der DAX-Konzerne die derzeitige Europapolitik), fanden auch damals 1990 die international aufgestellten DAX-Konzerne, große Bevölkerungsteile und die Mehrheit der Politik die damalige Vereinigungs- und Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland grundsätzlich richtig. Heute wissen wir, dass diese Art von Wirtschaftspolitik die fünf neuen Bundesländer im Wesentlichen deindustrialisiert hat. Bis heute konnten sich die neuen Bundesländer nicht von dieser falschen Wirtschaftspolitik erholen. Sie sind nach wie vor auf die finanzielle Hilfe aus den alten Bundesländern angewiesen. Ein Ende ist nicht absehbar.

So wie 1990 durch die falsche Politik beim Aufbau Ost die fünf neuen Bundesländer in wesentlichen Teilen deindustrialisiert wurden, werden zurzeit auch große Teile Europas - insbesondere Südeuropas und tendenziell auch Frankreich - durch die derzeitige EU- und Euro-Rettungspolitik deindustrialisiert.

Wir sollten uns durchaus die grandiosen Kompetenzen der damaligen und heutigen Politiker in Erinnerung rufen, wenn wir heute Entscheidungen für die zukünftige Europapolitik treffen müssen. Heute, 20 Jahre später, können wir in Ostdeutschland sehr genau sehen, welcher Schaden durch eine falsche Wirtschaftspolitik angerichtet wurde. Hier ergeben sich viele aufschlussreiche Parallelen und Erkenntnisse zur derzeitigen Europapolitik.

Ich möchte folgendes vorweg schicken: Ich möchte hiermit keine Ressentiments zwischen Ost und West schüren, denn letztendlich sind beide Seiten gleichermaßen betroffen. Durch die Deindustrialisierung im Osten wird der Westen mit ebenso hohen Abgaben, beispielsweise durch den Solidaritätszuschlag, über Gebühr belastet. Die Betrachtung fokussiert sich hierbei ausschließlich auf die produzierenden Industriezweige der ehemaligen DDR, die u. a. mit dem westdeutschen Tarifvertragsrecht konfrontiert wurden. Ich möchte hiermit nur herausstellen, welche **verheerenden Konsequenzen** es haben kann, **wenn ganze Volkswirtschaften ohne ausreichende Berücksichtigung der ökonomischen Grundlagen von Entscheidern abhängen, die meinen, ökonomische Grundlagen außer Kraft setzen zu können**. Meine wesentliche Quelle für die nun folgenden Ausführungen ist das 1993 veröffentlichte Buch „Kaltstart“ von Hans-Werner Sinn. Der Autor Hans-Werner Sinn ist Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seit 1999 ist er zudem Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung in München.

Es gibt in der Marktwirtschaft eiserne Regeln: Abholzen geht schneller als Aufforsten! Erst muss die Wirtschaft florieren, dann können die Löhne steigen. Niedrige Löhne locken Investitionen an, die Wirtschaft wächst, es gibt mehr offene Stellen und am Ende werden die Löhne durch den Wettbewerb um die Arbeitskräfte nach oben gezogen. Die Wirtschaft kann den Lohn mitziehen, doch nie kann der Lohn die Wirtschaft mitziehen. Wohlstand verordnen zu wollen, ist ein alter sozialistischer Irrtum, der immer wieder teuer bezahlt werden muss! Wer sich reicher glaubt, als er ist, ist ständig in Gefahr, über seine Verhältnisse zu leben.

Nach dem Mauerfall warnten Gerlinde und Hans-Werner Sinn vor ökonomischen Fehlern bei der Wiedervereinigung. Zwanzig Jahre später ziehen sie Bilanz: Die politische Einigung Deutschlands ist gelungen, die wirtschaftliche nicht. Die Staatsschulden vervierfachten sich in den vergangenen 20 Jahren von 500 auf 2.100 Milliarden Euro. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den Gebieten der ehemaligen DDR liegt bei 69 Prozent des Niveaus der ehemaligen Bundesrepublik. Dieser Wert klingt besser als er ist. Er wird durch die Löhne der Staatsbediensteten, die mittlerweile so hoch sind wie im Westen, künstlich aufgebläht. Das privat erzeugte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt nur bei etwa 66 Prozent des Westniveaus. Selbst die 66 Prozent erreichte man nur, weil sich die Zahl der Köpfe in Ostdeutschland stark verringerte.

Das Nettovermögen der privaten Haushalte, also Ersparnisse und Immobilienbesitz minus Schulden, ist im Osten mit 54.600 Euro nicht einmal halb so hoch wie im Westen, wo es 132.000 Euro beträgt. Immerhin ist der Anteil der neuen Bundesländer am gesamtdeutschen BIP von 7 Prozent 1991 auf 12 Prozent 2010 gestiegen.

Die Lebenshaltungskosten ermöglichen einen Lebensstandard von etwa 72 Prozent des westdeutschen oder 75 Prozent des gesamtdeutschen Durchschnitts. Bezüglich ihres Eigenbeitrags zum Lebensstandard liegen die Ostdeutschen damit schon deutlich hinter Slowenien, das nach den EU-Statistiken zu Kaufkraftvergleichen auf 82 Prozent des gesamtdeutschen Durchschnitts kommt und nur knapp vor der Tschechischen Republik, die bei 71 Prozent liegt (Stand 2010). Beide Länder werden den neuen Bundesländern im Hinblick auf die eigene Leistungskraft zukünftig weit davonlaufen. Auch Ungarn, die Slowakei und Polen sind auf der Überholspur. Die Ursachen hierfür werden wir im Folgenden ausleuchten.

Angesichts des Vorsprungs von mehr als 13 Jahren, den die neuen Bundesländer gegenüber den anderen Ländern bei der Integration in die EU hatten, ist das ein enttäuschendes Ergebnis. Mit der Vereinigung hatte Ostdeutschland zwar die Ostmärkte verloren, doch dafür fast 400 Millionen Westeuropäer als potentielle Kunden gewonnen. Die Chance, sie als Erste zu beliefern und an sich zu binden, wurde vertan. Das Ergebnis ist insbesondere ernüchternd, wenn man die gigantischen Aufbauhilfen bedenkt, die den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt wurden. 2 Billionen Euro haben die Sanierung der maroden DDR-Wirtschaft und die Einbeziehung der Ostdeutschen in die Sozialsysteme der Bundesrepublik bis Ende 2010 gekostet. Und die Rechnung wächst weiter. Rund 400 Milliarden Euro sind als Steuern und Sozialbeiträge zurückgeflossen - bleiben netto rund 1,6 Billionen. Der dadurch bewirkte Anstieg der Staatsverschuldung und die Überlastung der Sozialkassen haben zu höheren Steuern, Gebühren und Sozialabgaben geführt. Mit solchen gigantischen Kosten hatte selbst Kohls Widersacher bei den gesamtdeutschen Wahlen im Dezember 1990, der SPD-Spitzenkandidat Oskar Lafontaine, nicht gerechnet. Er musste sich damals wegen einer Schätzung von 100 Milliarden DM pro Jahr als Schwarzmaler schelten lassen. Heute wissen wir, dass die Rechnung fast doppelt so hoch ausfiel.

Allerdings müssen hier meines Erachtens noch die von den 17 Mio. Bürgern der neuen Bundesländer durch ihren Konsum der westdeutschen Produkte, von der Babywindel angefangen, über Autos bis hin zu westdeutschen Baustoffen verursachten Gewinne bei den westdeutschen Konzernen und den daraus resultierenden Umsatz- und Gewinnsteuern in Abzug gebracht werden. Ebenso müssen der kostenfreie Bildungstransfer von Ost nach West, durch die Umsiedlung der ausgebildeten ostdeutschen Fachkräfte und die Arbeitsplatzsicherung und deren Ausbau im Westen durch die 17 Mio. neuen ostdeutschen Konsumenten, eine entsprechende Berücksichtigung bei der Kostenaufstellung finden.

Die folgenreichste Fehlentwicklung im Prozess der deutschen Wiedervereinigung sind die langfristigen Tarifvereinbarungen, die eine Angleichung der Löhne im Osten an das Niveau im Westen bis 1995 vorsahen. 1990 verdiente ein Facharbeiter in der DDR im Durchschnitt

850 DDR-Mark, während der Facharbeiter im Westen im Durchschnitt 1.900 DM verdiente. Die Löhne in der DDR mussten unmittelbar nach der Wiedervereinigung eins zu eins in DM ausgezahlt werden, entsprechend also 850 DM. Die Steigerung von 850 DM auf 1900 DM in nur 5 Jahren entsprach einer Steigerung von über 200 Prozent. In einer Industrie, die sich international bewähren muss, sind auch schon Bruchteile derartiger Steigerungsgrößen verheerend. Kein westliches Industrieunternehmen, das transportable Güter herstellt und im internationalen Wettbewerb steht, wäre in der Lage, derartige Kostenschübe zu verkraften ohne Konkurs zu machen. Sie sollten in kürzester Zeit von der Produktivität Griechenlands auf die Einkommen Japans und der USA heraufkatapultiert werden. Die Industriebetriebe in den neuen Bundesländern haben durch die Umstellung zur DM zusätzlich große Teile ihrer Ostumsätze und ihrer regionalen Kunden verloren. Die Konsequenz musste sein, dass nur ein Bruchteil der ostdeutschen Industrie ohne massive Subventionen eine Überlebenschance hatte. Selbst der größte Optimist kann nicht erwarten, dass eine solche Politik mit der Fortexistenz industrieller Wirtschaftstätigkeit in Ostdeutschland vereinbar ist. Die Tarifvereinbarungen mit der Anpassung bis 1995 kamen einem Beschäftigungsverbot in den ostdeutschen Industriebetrieben gleich. Man kann selbstverständlich nicht längerfristig ungestraft über die Verhältnisse und die eigene Produktivität leben.

Aus ökonomischer Sicht lag das Hauptproblem darin, dass eine ökonomische Grundregel auf den Kopf gestellt wurde. Will man eine Marktwirtschaft aufbauen, kann man zwar die Erstaussstattungen weitgehend nach Belieben verteilen, doch in das freie Spiel der Preise und Löhne darf man nicht eingreifen. Die westdeutschen Konkurrenten der Treuhandfirmen setzten marktferne Lohnsteigerungen durch. In nur fünf Jahren sollten die ostdeutschen Betriebe Westniveau erreichen. **Die Lohnerhöhungen im Osten halfen vor allem der Konkurrenz im Westen. Sie hatten plötzlich Kosten fast auf Westniveau bei einer Produktivität, die im Schnitt einem Drittel des Weststandards entsprach.** Das konnte nicht gutgehen. Die Leistung der Industrie brach bis 1992 um drei Viertel ein, die der Gesamtwirtschaft im Osten um ein Drittel. **Die ostdeutschen Betriebe verloren damit vollends ihre Rentabilität und ihre Attraktivität für ausländische Investoren.**

Die Differenz des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner zwischen West und Ost betrug 1991 rund 30.500 DM. Hier lag der eigentliche Fehler. Schon im Frühjahr 1991 wurden Lohnverhandlungen nach westdeutschem Tarifrecht durchgeführt, obwohl es damals noch gar keine privaten Unternehmer gab, die sich gegen die Entwertung ihres Kapitals durch Lohnsteigerungen hätten wehren können. Vor der Privatisierung fanden **Stellvertreter-Lohnverhandlungen** statt, **bei denen auf beiden Seiten des Tisches die westdeutschen Konkurrenten der ostdeutschen Betriebe Platz genommen hatten. Deren Devise war, die Löhne schnellstmöglich auf das Westniveau anzuheben, um die eigenen Arbeitsplätze zu schützen.** Falls die ausländischen Investoren, die schon in den Startlöchern saßen, kommen würden, um die Treuhandbetriebe mit ihrem Know-How und ihren Produkten flottzumachen, so sollten sie das gefälligst zu westdeutschen Löhnen ausprobieren. **Was für ein Egoismus auf Kosten der neuen Bundesländer und langfristig auch auf Kosten aller, insbesondere der westdeutschen Steuerzahler!**

Die Investoren wurden abgeschreckt und blieben weg. Die Treuhandbetriebe gingen unter und am Ende waren dann tatsächlich keine Werte mehr da, die man hätte verteilen können. Sony, einer der wichtigen ausländischen Investoren der ersten Stunde, hat sein imposantes Zentrum am Potsdamer Platz inzwischen voller Enttäuschung über den Gang der Dinge wieder verkauft.

Der Verkauf des Treuhandvermögens verkam zu einer Schleuderaktion. Die Vermögenswerte wurden nach dem Zufallsprinzip weit unter Wert verteilt. Während die Treuhand den Wert ihres Vermögens noch im Herbst 1990 mit 600 Milliarden DM beziffert hatte, wurden vier Jahre später, als die Treuhand ihre Tätigkeit beendete, 204 Milliarden DM Verlust bekanntgegeben! Die Treuhandanstalt ist kläglich gescheitert. Einer der Mitverantwortlichen war der Rechtsanwalt Klaus von Dohnanyi. Die Treuhand-Betriebe sollten mit interessierten Investoren aus dem In- und

Ausland Joint Ventures gründen, um so die vorhandenen Belegschaften möglichst rasch in eine moderne Arbeitswelt zu überführen und mit neuen Produkten und Maschinen auszustatten. Viele Treuhandbetriebe wären dann werthaltig gewesen und man hätte der ostdeutschen Bevölkerung verbriefte Anteilsrechte zum Ausgleich für einen etwas langsameren Lohnanstieg zuteilen können.

Aufgrund der astromischen Lohnabschlüsse in der ostdeutschen Industrie, die in keinem Verhältnis - auch nur ansatzweise - zur Produktivität der Betriebe standen, entstanden die Joint Ventures stattdessen in Tschechien, Ungarn und der Slowakei. Die Treuhandanstalt hat damals das Unmögliche versucht und ist kläglich gescheitert. **Drei Viertel der ihr anvertrauten Arbeitsplätze gingen verloren.**

Slowenien und Tschechien haben ohne die Hilfen des großen Bruders mehr Wachstum gehabt. Auch Irland, einst das Armenhaus Europas, hat einen besseren Weg gewählt. Die Arbeitskosten je Stunde in der ostdeutschen Industrie überholten die irischen schon im Jahr 1995, ohne dass annähernd vergleichbare Standortbedingungen hergestellt waren. Spätestens da war allen Investoren klar, dass man in den neuen Bundesländern nicht investieren konnte. Das international mobile Kapital floss beispielsweise nach Irland statt in die neuen Bundesländer. Irland wuchs seitdem um 110 Prozent, und in den neuen Ländern begann ein Siechtum mit gerade mal 17 Prozent Zuwachs in der gleichen Zeitspanne. Inzwischen hat Irland sogar Westdeutschland beim Sozialprodukt pro Kopf weit überholt. Die irischen Löhne liegen über den ostdeutschen, eben weil sie sich im Schlepptau mitziehen ließen, statt vorauszuweichen (Stand 2010).

Die zu Devisenkursen des Jahres 1990 berechneten industriellen Stundenlöhne sollten nach den Vereinbarungen der Tarifpartner in kürzester Frist vom Niveau eines wirtschaftlichen Schwellenlandes auf eine Weltspitzenposition katapultiert werden. Noch im Frühjahr 1990 lag Ostdeutschland im Hinblick auf seine Lohnkosten auf dem Niveau der Türkei, ein Jahr später stand es zwischen Griechenland und Irland und 1993 sollte es Australien und die USA überholen. Im gleichen Jahr wollte man dann sogar Japan aufs Korn nehmen und 1995 wollte man es den skandinavischen Ländern gleichtun. **Maßstab des Erfolgs in den neuen Bundesländern mussten die Fortschritte gegenüber der Vergangenheit sein und nicht der Abstand zum Westen!** Bei ihren Tarifverhandlungen orientierten sich die Verhandlungspartner nur am Westniveau der Löhne und nicht am ostdeutschen Ausgangsniveau. Es war die Folge der politischen Entscheidung, die Löhne eins zu eins von Ost-Mark in D-Mark umzutauschen. So kam es schon 1991 trotz der 1:1 Lohnumstellung zu drastischen Lohnsteigerungen und es wurden ambitionierte Ziele für die baldige Angleichung der Löhne und Gehälter an das Westniveau vereinbart. Der Export der ostdeutschen Firmen nach Osteuropa brach dadurch zusammen. Für westliche Abnehmer waren die meisten angebotenen Waren nicht attraktiv. Im Ergebnis stieg die Arbeitslosigkeit binnen kurzem auf 25 Prozent.

Jeder kennt natürlich das Argument für die schnelle Lohnangleichung: Die von der Politik immer wieder gezeigte Wanderungsgefahr. Aber warum eigentlich? Was ist so schlimm daran, wenn Menschen innerhalb eines Landes dorthin wandern, wo die Arbeitsplätze sind? Welchen Sinn machte es eigentlich, diese Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken und dort untätig auf neue Arbeitsplätze warten zu lassen? **Im Endeffekt wären die neuen Länder ohne die Lohndrängerei schneller gewachsen als bei der gewählten Hochlohnstrategie. Und die meisten Leute wären inzwischen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, die sich zu einem florierenden Wirtschaftsstandort entwickelt hätte.**

Die Massenarbeitslosigkeit, die durch die Politik der vorausseilenden Lohnangleichung verursacht wurde, hat auf die Dauer viel mehr Abwanderung und unterlassene Zuwanderung zur Folge gehabt, als es bei einer nachlaufenden Lohnangleichung der Fall gewesen wäre. Auch die Sozialeinkommen sind dank der Westtransfers deutlich schneller als die Produktivität gestiegen.

Das hat die Löhne weit oberhalb des produktivitätsgerechten Niveaus zementiert. Bis sich die Betriebe in Ostdeutschland von den Fesseln der Tarifverträge befreien konnten, war die Stagnation vorprogrammiert.

Knapp 2 Millionen Menschen haben die neuen Bundesländer auf Dauer verlassen. Sie haben ganz wesentlich dazu beigetragen, den Fachkräftemangel der westdeutschen Industrie in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zu mildern. **Aus der Lohndrängelei wurde ein Programm zum "Abbau Ost" und, wenn überhaupt, zum "Aufbau West" - das Gegenteil von dem, was man verkündet hatte.**

Bei den gegebenen Spannen zwischen Effektiv- und Tariflöhnen hätte man die nominalen ostdeutschen Bruttomonatsverdienste und die Lebenshaltungskosten vorübergehend einfrieren müssen, was angesichts der Progressionsvorteile und der niedrigeren Mieten eine Nettoallohnrelation, ein Lebensniveau von mindestens 60 Prozent bedeutet hätte. Den ostdeutschen Unternehmen bliebe es unbenommen, zur Verhinderung von Abwanderungen höhere Löhne zu bieten. Wenn sich das gelohnt hätte, dann hätten sie es auch getan! **Maßstab des Erfolgs in den neuen Bundesländern hätten die Fortschritte gegenüber der Vergangenheit und nicht der Abstand zum Westen sein müssen!**

Nun erzwingt die wirtschaftliche Not einen neuen Realismus in Deutschland. Die Nettotransfers in die neuen Länder fallen seit ein paar Jahren, die Lohnentwicklung ist moderater geworden und die Verfassung verbietet es den neuen Ländern von 2020 an, ihre ausufernde Schuldenpolitik fortzuführen. **Die Zeit des lockeren Geldes ist vorbei. Nun kann eigentlich die Phase des Wachstums beginnen. Leider kommt sie fast 25 Jahre zu spät.**

Drei weitere Entscheidungen waren besonders umstritten. Das war zum einen der Grundsatz von Rückgabe enteigneten Grundbesitzes vor Entschädigung, dann die Umstellung der Löhne von DDR-Mark in D-Mark im Verhältnis 1:1 und nicht zuletzt die Entscheidung, bei der Wirtschaftsförderung vorrangig auf Investitionsförderung zu setzen, statt auf direkte Förderung der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Dass die dingliche Rückabwicklung von Enteignungen unter der DDR-Regierung dem Aufbau Ost vor allem in den kritischen ersten Jahren schwer geschadet hat, ist heute kaum umstritten. Große Rechtsunsicherheit behinderte Investitionsvorhaben. Immobilien und Grundstücke lagen wegen ungeklärter Eigentumsfragen oft jahrelang brach. Wegen des Streits um die Umstellung der Löhne im Verhältnis 1:1 trat 1991 sogar Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl zurück. Die Gegner der paritätischen Umstellung argumentierten, dadurch würde die Lohnkostenbelastung der ostdeutschen Unternehmen zu stark steigen, weil eine DDR-Mark viel weniger wert gewesen sei als eine D-Mark. Bezogen auf den Wert der DDR-Mark im Außenhandel war die Feststellung unumstritten. Mit der D-Mark brach den alten Ostbetrieben ihre bisherige Kundschaft weg. Sie konnten schlichtweg nicht mit harter Währung bezahlen.

Eine direkte Arbeitsplatzsubventionierung, wie bei der Agenda 2010, fand nicht in nennenswertem Maß statt. Da praktisch die gesamte Wirtschaft in Staatsbesitz war, hätte dies letztlich nicht so viel gekostet, wenn man auf diese Weise Arbeitsplätze subventioniert hätte. Stattdessen hat man den Aufbau einer neuen Infrastruktur im Osten finanziert. Dabei wurde es aber versäumt, die vitalen Kräfte der Wirtschaft zu wecken, z. B. durch die Schaffung von Sonderwirtschaftszonen, mit flexibilisiertem Baurecht, Arbeitsrecht, mit geringeren Steuersätzen im Osten usw., wie es etwa China getan hat. Ein derartiges Experiment wollten die schon verkrusteten Strukturen in den alten Bundesländern jedoch nicht wagen. Besitzstandswahrung stand stattdessen im Vordergrund. Industrie, Politik und Gewerkschaften saßen hierbei vereint in einem Boot. **Das große Ganze, der langfristige Erfolg wurde zu Gunsten des kurzfristigen (Wahl-)Erfolges geopfert.**

Die Volksvertreter und deren Wähler gehen zu häufig den Weg des geringsten Widerstandes. Natürlich war es für den Politiker bequem, den Wählern blühende Landschaften im Osten zu versprechen. Ebenso verlockend war das Angebot, binnen kürzester Zeit Löhne im Osten auf Westniveau zu bekommen und die westdeutschen Produkte zu konsumieren. Wohlstand verordnen zu wollen, ist ein alter sozialistischer Irrtum, der immer wieder teuer bezahlt werden muss! Ich finde, man hätte sich durchaus die Mühe machen und dem Wähler derartiges ökonomisches Grundwissen vermitteln können - insbesondere im Angesicht des riesengroßen sozialistischen, planwirtschaftlichen Scherbenhaufens auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, was allen Wählern noch gegenwärtig war.

Die westdeutschen Konkurrenten der Industriebetriebe in der DDR hätten durchaus mit weniger Egoismus und dafür mit mehr Weitsicht auf das große Ganze glänzen können. Sie hätten sich auf den langfristigen Erfolg für ganz Deutschland fokussieren müssen, anstatt sich nur auf den eigenen kurz- und mittelfristigen Unternehmenserfolg, die eigene Umsatzrendite, zu konzentrieren. So blieb es jedoch nur bei wenigen positiven Einzelfällen, wie zum Beispiel den Opel-Werken in Eisenach. Da die Politik die falschen Anreize schaffte und infolgedessen nicht in der Lage war, ein investitionsfreundliches Klima im Osten zu schaffen, errichteten die meisten westdeutschen Industriebetriebe stattdessen ihre Werke und die dazugehörigen Arbeitsplätze beispielsweise in Tschechien, Polen, Slowenien usw. **Unfassbar, wenn man die verheerenden Konsequenzen aus solch einem kurzfristigen Denken und Profitstreben betrachtet.**

Offensichtlich war man auch bei der Euro-Einführung ähnlich kurzfristig unterwegs. Den südeuropäischen Ländern ist mit der Einführung des Euro die Abwertungsmöglichkeit ihrer Landeswährung genommen worden. Gleichzeitig verführte der anfänglich billige Euro die Südländer zu Fehlanreizen, einem übermäßigen Konsum und zu Investitionen, die sich nicht rechnen konnten. Nun haben die südeuropäischen Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren und ihre Währung können sie zur Wiedergewinnung ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr abwerten. Die südeuropäischen Länder werden in der Konsequenz zunehmend deindustrialisiert, was sich insbesondere an der stellenweisen Massenarbeitslosigkeit abzeichnet. Setzt sich die Transferunion in Europa durch, muss Deutschland pro Jahr zukünftig weit mehr als 100 Mrd. Euro schultern. Ähnlich wie mit Ostdeutschland hätte man dann bereits das zweite Fass ohne Boden. Sobald die EZB ihre monetäre Staatsfinanzierung zur Euro-Rettung weiter ausbaut, wird aus dem Euro systematisch eine Weichwährung. In diesem Zusammenhang wage ich gar nicht erst an die europäische Bankenunion oder Eurobonds zu denken. Ich verspüre ein dringendes Bedürfnis, unsere Volksvertreter ihres Amtes zu entheben, die diese Schäden zu verantworten haben. **Politiker fordern die Managerhaftung. Ich fordere die Politikerhaftung!**

5. Am Anfang das Ende sehen. Die Konsequenzen, die aus der Politik der Alternative für Deutschland entstehen können.

5.1. Ende des schuldenfinanzierten Systems

Die Politik der AfD wird das schuldenfinanzierte System, welches nur auf Sand und zu Lasten unserer Kinder gebaut wurde, in Bedrängnis bringen. Die Bundesrepublik Deutschland war in den letzten 40 Jahren als langjähriger Exportweltmeister nicht einmal in der Lage, seine Staatsschulden zu tilgen. Anstatt zu tilgen, wurden regelmäßig neue Schulden drauf gesattelt.

In Deutschland finden auf Bundes-, Landes- und Kreisebene regelmäßig Wahlen statt. Bei den Wahlen buhlen die verschiedensten Volksvertreter um den Wähler. Anstatt inhaltlich zu überzeugen, wird die Schlacht um den Wähler überwiegend mit der Hilfe von Wahlgeschenken entschieden. Die Wahlgeschenke sind inzwischen seit 40 Jahren nicht durch laufende Staatseinnahmen gedeckt. Deshalb steigt die Neuverschuldung von Jahr zu Jahr.

Aus dieser nun schon über 40 Jahre andauernden Neuverschuldung ist sowohl für den Wähler als auch für den Politiker eine Art Sucht entstanden. Gegen diese Art von Drogenabhängigkeit wendet sich die Politik der Alternative für Deutschland. Der schrittweise Drogenentzug wird bei den Abhängigen zu erheblichen schmerzhaften Entzugserscheinungen führen. Doch der Entzug ist unumgänglich. Ohne Drogenentzug ist der spätere Drogentod bzw. der Staatsbankrott ein Ergebnis, welches für keinen der Beteiligten erstrebenswert ist.

Ein europäisches Haus, welches auf Schulden aufgebaut ist, ist ein Haus ohne Fundament. Der Untergrund wird durch die steigenden Zinsverpflichtungen unterspült, was letztendlich den Einsturz des Hauses unausweichlich macht. Diesem Szenario möchte die Alternative für Deutschland in der Form entgegentreten, dass man das Haus Stockwerk für Stockwerk zurückbaut, den Untergrund durch ein festes, erdbebensicheres Fundament ersetzt und dann von neuem mit dem Hausbau beginnt.

Der Rückbau des Hauses wird inzwischen nicht ohne Kollateralschäden von statten gehen. Die Schäden hätte man 2010 noch auf ein Minimum begrenzen können. Im Jahr 2013 werden die Kollateralschäden, aufgrund der massiv angestiegenen europäischen Staatsschulden und deutschen Staatsbürgschaftszusagen, leider ernstere Dimensionen annehmen. Verzögert man den Rückbau jedoch weiter und setzt stattdessen ein weiteres Schulden-Stockwerk oben drauf, werden die dann anfallenden Schäden entsprechend größer ausfallen. Je größer die Schäden ausfallen, umso schwieriger wird deren Beherrschbarkeit werden.

5.2. Werden wir die Euro-Rettungsgelder jemals wiedersehen?

Nicht wenige Politiker und Journalisten glauben, dass die deutschen Bürgschaften von den Südländern nicht in Anspruch genommen werden und die ausgegebenen deutschen Kredite ebenfalls von Griechenland & Co. zurückgezahlt werden können. Wenn dem so wäre, wäre ein Insolvenzrecht überflüssig. Mit dem Insolvenzrecht verfolgt man insbesondere den Gläubigerschutz. Um die Gläubiger zu schützen, wird jegliche Art von Insolvenzverschleppung hart bestraft. Weshalb in der Europäischen Union bei den überschuldeten Südländern die Insolvenzverschleppung an der Tagesordnung steht, bleibt bisher unbeantwortet. Betrachten wir jedoch die Konsequenzen aus der bisherigen Insolvenzverschleppung, werden die Motive der hierfür Verantwortlichen offensichtlich.

Harvard-Ökonomen sprechen von einer grundsätzlichen Unbeherrschbarkeit der Staatsschulden, wenn deren Anteil 90 Prozent des BIP überschreitet. Ab 90 Prozent Staatsverschuldung wird der Staatshaushalt durch die Schuldenfinanzierung, der Zinslast, zunehmend eingeengt. Zu Recht sind derartige pauschale Aussagen jüngst in die Kritik geraten. Wo die Grenze tatsächlich liegt,

ist individuell verschieden. Das hängt ganz wesentlich von der Wachstumsdynamik und der Bevölkerungsentwicklung ab. Die europäischen Wachstumserwartungen haben sich in den vergangenen 20 Jahren nicht erfüllt. Die Gründe hierfür sind ein erreichter Sättigungsgrad beim Konsum und die negative demokratische Bevölkerungsentwicklung in Europa. Bei derartig schwachen Wachstumsaussichten ist selbst die Maastricht-Schuldengrenze mit 60 Prozent zu hoch angesetzt!

5.3. Warum werfen wir gutes Geld dem schlechten Geld hinterher?

Die Vermutung liegt nahe, dass mit der Insolvenzverschleppung u. a. ein Ziel verfolgt wird: Die Begünstigung der Altgläubiger zulasten der neuen Gläubiger. Wobei in die Position der neuen Gläubiger regelmäßig die europäischen, insbesondere die deutschen Steuerzahler eintreten. So wurden allein bei der Insolvenzverschleppung Griechenlands zwei Drittel der Schulden, die bisher im Besitz der Altgläubiger waren, auf neue Gläubiger, auf die deutschen und europäischen Steuerzahler verschoben. Dieses Unrecht wird man nicht dauerhaft unter den Teppich kehren können. Die Alternative für Deutschland trägt zu deren Aufklärung bei. Die vermögenden Finanzinvestoren der Welt, die dann noch in Staatsanleihen investiert sind, werden ihr Investitionsrisiko nicht mehr auf den Steuerzahler abwälzen können.

5.4. Sicherung der Staats- und Schuldenfinanzierung

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Staatsfinanzierung in seiner bisherigen Form nicht mehr sichergestellt ist. Die weltweiten Finanzinvestoren werden beim Kauf von neuen Staatsanleihen das Ausfallrisiko neu bewerten. Investoren werden entsprechend höhere Risikoaufschläge von den emittierenden Staaten und Banken einfordern. Da die Staaten und Banken sich in relativ kurzen Zeiträumen regelmäßig neu finanzieren müssen, um auslaufende Anleihen bedienen zu können, werden die zukünftigen Finanzierungskosten deutlich ansteigen. Die Kosten für die Finanzierung werden soweit ansteigen, dass ein Schuldenschnitt auch für Deutschland unumgänglich sein wird. Wenn es das Ziel der Bundesregierung ist, mit ihrer Politik die Staatsfinanzierung bis auf Weiteres sicherzustellen, dann hat die Bevölkerung das Recht diese Beweggründe zu erfahren. Schließlich ist der Wähler wahlberechtigt und damit volljährig.

5.5. Wie sicher sind Bankkonten?

Die EU hat Sparguthaben bis zu 100.000 Euro gesetzlich geschützt. Woher das Geld im Falle einer Insolvenz kommt, ist aber unklar, solange die dafür zuständigen Einlagensicherungsfonds nicht ausreichend gefüllt sind. Allein schon bei der Pleite von Lehman Brothers wurde der Einlagensicherungsfonds mit seinem Bestand überfordert. Es mussten Kredite aufgenommen werden. Darüber hinaus haben Sparer keinen einklagbaren Rechtsanspruch bei den freiwilligen Sicherungssystemen. Nebulös bleiben die Rücklagen, die Kreditinstitute bilden müssen, um einen Pleitefall für die Einlagen abzusichern. Dabei geht es um enorme Summen. Laut Bundesbank haben Privatleute in Deutschland allein knapp 2 Billionen Euro auf Tages-, Festgeld- und Sparkonten angelegt. Für eine große Krise sind die Einlagensicherungsfonds schlichtweg nicht ausgelegt.

5.6. Wie kann man den deutschen Staatsbankrott vermeiden?

Wäre man frühzeitig aus der Verschuldungsspirale ausgetreten, hätte man einen Staatsbankrott noch vermeiden können. Ich befürchte aber, aufgrund der uferlos gewordenen Verschuldung, den düsteren Wirtschaftsaussichten in einigen Südländern und den damit verbundenen deutschen Staatsbürgschaften ist die Zeit für die vertragsgemäße Tilgung der Staatsschulden verstrichen. Erfolgreiche Schadensbegrenzung kann nur noch betrieben werden, wenn die europäische Politik zeitnah einen radikalen Kurswechsel vollzieht. Für den zeitnahen radikalen Kurswechsel steht die Alternative für Deutschland.

5.6.1. Zu welchen Bedingungen ließe sich eine deutsche Staatspleite vermeiden?

Ab 90 Prozent Staatsverschuldung wird der Staatshaushalt durch die Schuldenfinanzierung, der Zinslast, zunehmend eingeengt. Schulden lassen sich nur nachhaltig abbauen, wenn das Wirtschaftswachstum die Verzinsung der Staatsschulden deutlich übersteigt. Länder mit Wachstumsproblemen haben geringere Steuereinnahmen und senken ihre Ausgaben in der Regel nur halbherzig, was wiederum zu einem Wachstum der Staatsschulden führt. Da wir in gesättigten Märkten mit einer demographisch alternden Bevölkerung leben, ist ein Wirtschaftswachstum oberhalb der Verzinsung ausgeschlossen. Warum zahlt Deutschland trotzdem so niedrige Zinsen für seine Staatsanleihen, obwohl Deutschland hoch verschuldet ist? Der deutsche Staat kann sich bei seinen Bürgern auf die verschiedenste Art und Weise bedienen und über diesen Weg grundsätzlich seine Gläubiger bedienen.

5.6.2. Das deutsche Privatvermögen wird zur Tilgung der Staatsschulden dienen

Das deutsche Privatvermögen ist etwa vier- bis fünfmal so hoch wie die deutschen Staatsschulden in Höhe von 2,1 Bill. Euro. Dabei sind noch nicht einmal die restlichen europäischen Staatsschulden, wofür Deutschland tendenziell mit Hilfe von Euro-Bonds und ESM-Bürgschaften zukünftig haften soll, berücksichtigt! Im Falle die Krisenländer pleitegehen, liegen die Eventualverbindlichkeiten für Deutschland aktuell bei 688 Mrd. Euro (Stand: März 2013). Eine Staatspleite lässt sich vermeiden, wenn die privaten Vermögenswerte zur Tilgung herangezogen werden. Sogenannte Zwanganleihen und Zwangshypotheken wurden nach dem Zweiten Weltkrieg vom Staat eingeführt und werden heute wieder hinter verschlossenen Türen diskutiert. Die Höhe des zu opfernden Privatanteils eines jeden Einzelnen wird von dem Zeitpunkt des politischen Kurswechsels abhängen. Die Alternative für Deutschland forciert diesen politischen Kurswechsel. Sobald die Bundesregierung die Bankenunion und Eurobonds verabschiedet und Bürgschaften gezogen werden müssen, wird der zu opfernde Privatanteil der deutschen Bevölkerung drastisch ansteigen.

Die Finanzmärkte - die Vermögenden der Welt - kaufen dem deutschen Finanzminister zehnjährige Bundesanleihen für eine jährliche Verzinsung von aktuell nur 1,38 Prozent ab. Daraus können wir ableiten, dass die Finanzmärkte die Inanspruchnahme der deutschen Bevölkerung bei der Tilgung der deutschen Staatsschulden einpreisen. Nur damit lässt sich die derzeit niedrige Verzinsung deutscher Staatsanleihen rechtfertigen. Die deutsche Bevölkerung muss sich bei diesem Szenario auf umfassende Einschnitte und einem damit verbundenen Einbruch ihrer Lebensqualität gefasst machen! Da die Vermögenswerte in Deutschland ungleich verteilt sind, werden die Vermögenden in etwa 30 Prozent ihrer Vermögenswerte zur Bedienung der deutschen Staatsschulden abschreiben müssen. Bei Verabschiedung der Eurobonds, der Bankenunion und des Zahlungsausfalls einiger Südländer werden die Vermögensverluste 50 Prozent deutlich überschreiten. Bei diesem Szenario würde ich auch in Deutschland bürgerkriegsähnliche Verhältnisse grundsätzlich nicht mehr ausschließen.

5.7. Welche Konsequenzen hätte eine deutsche Staatspleite?

Die deutsche Bevölkerung ist im Durchschnitt solvent und nicht überschuldet, sie wäre nicht direkt betroffen. Auch die Unternehmensfinanzierungen sind grundsätzlich von einer Staatspleite losgelöst. Das Ausmaß der Staatspleite hängt im Wesentlichen vom Zeitpunkt der erklärten Zahlungsunfähigkeit, der Aufkündigung der ursprünglich vereinbarten Rückzahlung ab.

Wenn Rücklagen und Sicherheiten schon anderweitig verbraucht sind, wäre der Staat im schlimmsten Fall nicht mehr in der Lage, Verpflichtungen gegenüber seiner Bevölkerung

befriedigend zu erfüllen. Die Beamtgehälter, Beamtenpensionen und andere vom Staat abhängige Finanzierungen sowie staatliche Subventionen könnten nicht mehr in dem vereinbarten Umfang bedient werden.

Im besten Fall kündigt der Staat seine vertraglichen Rückzahlungsverpflichtungen frühzeitig auf, wenn seine Einnahmequellen noch sprudeln und die finanziellen Rücklagen und Sicherheiten noch nicht aufgebraucht sind. Dann kann der staatliche Schuldenschnitt noch relativ schmerzfrei für seine Bürger von statten gehen. Sagen Sie jetzt nicht, Verträge sind heilig und dürfen nicht nachverhandelt werden. Schulden sind schließlich kein physisches Objekt, sondern ein Vertrag, ein Stück Papier, dessen Einhaltung vom Staat überwacht wird. Der Staat ist durchaus in der Lage, diese Verträge zu ändern. Ein ordentlicher Konkurs, in dessen Rahmen Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, ist schließlich fester Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung. Unternehmen leiten oft freiwillig ein Konkursverfahren ein, um im Geschäft zu bleiben und einen Teil ihrer Schulden abschreiben zu können. Auch Privatpersonen können Konkurs anmelden und sich so teilweise entschulden.

So wie der Staat sich zurzeit über das Insolvenzrecht hinwegsetzt und damit einen Teil der Besitzer/Gläubiger von Staatsanleihen begünstigt, kann der Staat auch in umgekehrter Form die Besitzer von Vermögen überdurchschnittlich benachteiligen. Der Staat kann sich offensichtlich über Gesetze hinwegsetzen bzw. Gesetze ändern. Eigentum verpflichtet – steht im Grundgesetz. Einer der bekanntesten Wirtschaftswissenschaftler der Welt und Wirtschaftsnobelpreisträger, Paul Krugmann, kommt zu demselben Ergebnis.

Die Gläubiger wären damit allerdings vor den Kopf gestoßen. Im Jahr 2001 hat sich Argentinien entschieden, seine Schulden zu 70 Prozent nicht mehr zu bedienen. Darüber hinaus bekamen die Gläubiger die verbliebenen 30 Prozent nur dann zugesagt, wenn sie einer deutlich verlängerten Tilgungsstreckung zustimmten. Argentinien hat noch heute Probleme, sich wieder am internationalen Kapitalmarkt zu finanzieren. Die Investoren kaufen argentinischer Staatsanleihen nur, wenn sie entsprechende Risikoaufschläge in Form von Zinsaufschlägen bekommen. Nun ist Argentinien allerdings kein Schwergewicht am Kapitalmarkt und den internationalen Investoren ergeben sich vielfältige Ausweichmöglichkeiten.

Inzwischen sind die meisten Industrieländer überschuldet. Ein zwischen der Europäischen Union, Großbritannien, Amerika und Japan abgestimmter Schuldenschnitt könnte sicher Schlimmeres verhindern. Der Schuldenschnitt würde beinahe einer Währungsreform gleichkommen. Man würde ein paar Nullen am Ende wegstreichen.

Um auf der geschnittenen Gläubigerseite soziale Härtefälle zu vermeiden, kann man beispielsweise Vermögenswerte bis 100.000 Euro schützen. Damit wäre sichergestellt, dass jeder Gläubiger auch nach dem Schuldenschnitt immer noch einen vollen Kühlschrank hat und jeder Gläubiger seine Grundbedürfnisse ohne Einschränkungen befriedigen kann. Ich kann durchaus mit der Vorstellung leben, dass einige Reiche ihren Sportwagen, ihre Yacht oder ihr Flugzeug in der Folge des Schuldenschnitts verlieren. Die eventuell doch ausnahmsweise entstehenden sozialen Härtefälle kann man dann sehr wohl mithilfe des Steuerzahlers auffangen und wieder ausgleichen. Die Alternative dazu wäre sozialer Sprengstoff, der uns in ähnliche Verhältnisse wie zu Zeiten der Französischen Revolution oder in den Nationalsozialismus mit einem griechischen, spanischen oder französischen Hitler katapultiert. Es ist mir lieber, wenn die Leute ihr Geld anstatt ihr Leben verlieren. Die Alternative für Deutschland tritt für eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsraumes ein. Sie möchte den sozialen Sprengstoff frühzeitig entschärfen und unter Kontrolle behalten.

5.8. Die Politik der Illusionen

Die meisten Parteimitglieder, die Unterstützer der neu gegründeten Partei und auch ich würden zu gern zur Tagesordnung zurückkehren und sich wieder voll auf Beruf, Familie und Privatleben konzentrieren wollen, anstatt sich der Parteiarbeit zu opfern. Sollte der Nachweis wider Erwarten doch noch erbracht werden, dass die Politik der Bundesregierung richtig und angemessen ist, würde ich die Parteiarbeit sofort beenden und mich wieder den erfreulicheren Dingen des Lebens zuwenden.

Die Geschichte des Euro ist eine Geschichte verlorener Illusionen. Vor fünfzehn Jahren, im April 1998, stimmte der Bundestag der Einführung des Euro zu. Nur 35 Abgeordnete votierten mit Nein. Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Waigel versicherten, Konvergenz- und Stabilitätskriterien würden strikt eingehalten. „Jedes Land haftet allein für seine Schulden“, betonte Waigel. In einer Broschüre zur Europawahl 1999, die noch heute im Internet kursiert, erklärte die CDU unter der Überschrift „Was kostet uns der Euro?“, „Muss Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen? Ein ganz klares Nein!“ Der Maastricht-Vertrag verbiete dies ausdrücklich.

Eine Betrachtung von außen, losgelöst von innenpolitischen Einflüssen; Steve Keen, der australische Krisenprophet, Inhaber der Auszeichnung „Real World Economics Review“ (mit der er weltweit als derjenige Ökonom ausgezeichnet wurde, der am klarsten vor der Überschuldungskrise frühzeitig gewarnt hatte) und Ökonomie-Professor über die Euro-Misere im Handelsblatt am 15. April 2013:

„**Wie würden Sie Europa aus der Krise holen?** Das Problem ist der Euro. Die Art, wie man glaubte, die Länder Europas in einer Währungsunion zusammenführen zu können, war wahn-sinnig. Man kann eine Wirtschaft von der Größe Europas nicht ohne Wechselkurspolitik und ohne Finanzpolitik führen. Das geht nur, wenn die Wirtschaft von Natur aus stabil ist, so dass Wirtschaftspolitik eigentlich nur stört. So ist es aber nicht. Wirtschaft und Finanzsystem neigen zu zyklischen Krisen.

Können wir nicht Europa in Richtung einer Fiskalunion weiterentwickeln? Wie denn das? Der Euro hat ein Klima des gegenseitigen Misstrauens geschaffen. Ich glaube, er hat die Chance zerstört, zu einer echten politischen Union zu kommen. Die Deutschen würden es hassen, weil sie denken, sie sollen faule Südeuropäer finanzieren, und die Südeuropäer würden es hassen, weil sie glauben, sie werden von machthungrigen Deutschen dominiert.

Wie können wir das noch abwenden? Ich trete dafür ein, Euro-Drachmen und Euro-D-Mark einzuführen, zum Kurs von eins zu eins und dann frei schwanken zu lassen. Alle Schulden würden in die neuen Währungen umgestellt. Die Euro-Drachme würde natürlich stark abwerten, was Griechenland dringend braucht, um wettbewerbsfähig zu werden. Gleichzeitig würde die Schuldenlast geringer. Wenn sich die Wechselkurse eingespielt haben, kann man versuchen, zu einem System fester, aber veränderbarer Wechselkurse zu kommen, wie Europa es vor der Währungsunion hatte.“

5.9. Ausblick in die Zukunft

Langfristig werden wir die bisherige weltweite Wirtschaftspolitik infrage stellen müssen. In absehbarer Zeit werden auch die heutigen Wachstumsmärkte an ihre Wachstumsgrenzen, an eine gewisse Sättigung stoßen. Man muss sich die Frage stellen, wie es weitergehen soll, wenn auch das letzte Dorf in Afrika seine Umgehungsstraße bekommen hat. Die weltweite Produktivität steigt, während die Absatzmärkte aufgrund ihrer zunehmenden Sättigung schrumpfen. Wir werden neue Planeten für unsere Produkte als Absatzmärkte erschließen müssen. Allerdings fällt mir kein Planet ein, der auf unsere Produkte wartet. In der Vergangenheit wurden neue Märkte durch kriegerische Auseinandersetzungen, durch Zerstörung geschaffen. Kein ehrbares Ziel!

Die weltweite Produktivität, die stärker ansteigt als die weltweite Nachfrage an produzierten Gütern, ist nicht unser einziges gravierendes Zukunftsproblem. Schon im letzten Jahr hat der WWF davor gewarnt, dass wir im Jahr 2040 zwei Erden benötigen werden, wenn der Ressourcenverbrauch weiter in demselben Tempo wie bisher zunimmt. Von 1950 (2,53 Mrd.) bis 2100 wird sich die Weltbevölkerung auf 10,12 Mrd. Menschen vervierfachen haben. Bereits bis jetzt hat sie sich mit über 7 Mrd. Menschen verdreifacht! Die Erde wird sich drastisch verändern. Mit diesem Ergebnis schreckt jetzt auch der Club of Rome mit seinem jüngsten Report auf. Die Forscher zeichnen ein noch düsteres Bild von der Zukunft.

Die moderne Zivilisation ist abhängig von Öl, seltenen Erden und Phosphat. Doch diese Rohstoffe kann sie sich bald nicht mehr leisten. Zu diesem Ergebnis kommt der Forscherverbund Club of Rome in seinem neuen Bericht "Der geplünderte Planet", der eine detaillierte Bestandsaufnahme der Rohstoffe des Planeten enthält. Die Forscher warnen darin vor einer Verknappung von Ressourcen und dem Zusammenbruch des Ökosystems. Schon lange bevor der Welt die Rohstoffe ausgehen, wird man sich die Ausplünderung nicht mehr leisten können. Bald müsse man mehr Energie in die Förderung von Öl und Gas investieren, als man herausbekomme. Schon jetzt verbraucht die Bergbauindustrie 10 Prozent des weltweit hergestellten Dieselmotorkraftstoffs. Die Investition in die Energiegewinnung würde sich schließlich nicht mehr rentieren.

Es sind fast nur noch Ressourcen mit geringer Konzentration übrig, für die man immer tiefer bohren und – wie beim Fracking – teurere Technologien anwenden muss. Das "Verglühen des fossilen Feuers" und die Zerstörung des Ökosystems mit hohen Konzentrationen von Treibhausgasen, versauerten Ozeanen und überfluteten Küsten werden die Erde nach Ansicht der Forscher extrem verwandeln. Sie machen uns zu Bewohnern eines neuen Planeten – eines Planeten mit ganz anderen klimatischen Bedingungen und einer geringeren Ressourcenverfügbarkeit. Sollten sich die Menschen nicht rechtzeitig auf die neue Situation einstellen, drohe ein Rückfall in vorindustrielle Zeiten.

Die heutige Generation lebt auf Kosten zukünftiger Generationen. Das zeigt neben der ausufernden Staatsverschuldung auch der ungebremste Ressourcenverbrauch auf unserer Erde zu Lasten des Ökosystems und damit zu Lasten zukünftiger Generationen. Die ungebremste Gier nach Reichtum und Profit wird unsere Gesellschaft und unseren Planeten ins Verderben führen, wenn wir nicht unmittelbar mit einer nachhaltigen Politik gegensteuern! Langfristig orientierte Investoren beabsichtigen aus diesen Entwicklungen Vorteile zu ziehen. Seit dem Jahr 2000 sind insgesamt deutlich mehr als 32 Mio. Hektar, das entspricht der Größe Norwegens, aus Schwellenländern an private Konzerne und Investoren gegangen. Bereits jetzt verhandeln Investoren mit den Regierungen in den Schwellenländern über zusätzliche Landkäufe in ähnlicher Größenordnung, was zusammengenommen der Größe Afghanistans entsprechen würde. Ackerböden, die zur Ernährung der Bevölkerung taugen, werden bei der prognostizierten weltweiten Bevölkerungsentwicklung, den Nährboden für kriegerische Auseinandersetzungen bilden, den diese Konzerne und Investoren durch ihre Spekulation und Profitgier zusätzlich anheizen.

6. Wie wir soziale Spannungen - nicht nur in Europa - abbauen können

Wenn es Europa nicht gelingt, seine wachsenden sozialen Spannungen und die wirtschaftliche Ungleichheit in den Griff zu bekommen, steuert Europa auf eine wirtschaftliche und politische Katastrophe zu. Neben meinen eigenen beruflichen Erfahrungen haben mich die Bücher „Nachbeben - Amerika am Wendepunkt“ von Robert Reich, dem ehemaligen Arbeitsminister unter Bill Clinton, und das soeben erschienene Buch von Hans-Werner Sinn „Verspielt nicht eure Zukunft“ bei den nun folgenden Ausführungen maßgeblich beeinflusst. Durch das Buch nutze ich hier insbesondere US-amerikanische Daten zur Veranschaulichung. Das macht jedoch keinen Unterschied, denn die Problematik in Deutschland und Europa ist letztendlich in wesentlichen Teilen gleich gelagert.

6.1. Die Exporte auf Kosten anderer Nationen nach oben treiben

Der US-amerikanische Präsident Obama hat es sich zum Ziel gesetzt, die amerikanischen Nettoexporte im Laufe der nächsten fünf Jahre zu verdoppeln. Damit will er dazu beitragen, die durch die sinkende Kaufkraft der US-Verbraucher bedingte Lücke in der amerikanischen Gesamtnachfrage zu schließen.

Gewiss, die Märkte in China, Indien und Brasilien befinden sich weiter auf Wachstumskurs. Aber noch sind diese Nationen darauf angewiesen, ihr Wachstum durch Nettoexporte anzukurbeln. Selbst wenn die Mittelschicht in diesen Ländern irgendwann so wohlhabend geworden ist, dass die Nachfrage nicht mehr durch Nettoexporte getragen werden muss, gibt es keinen Grund anzunehmen, dass sie sich innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahrzehnte zu einem Nettoimporteur für Waren aus aller Welt entwickeln wird.

Mit dem Anstieg der globalen Produktionskapazitäten auf ein Niveau, das die Kaufkraft der globalen Verbraucher übersteigt, wird schließlich jede Regierung bemüht sein, Exporte der eigenen Volkswirtschaft zu erhöhen und Importe zu verringern. Es liegt auf der Hand, dass dies unmöglich ist.

6.2. Nährboden für neue und alte Feindbilder

Die zweite Gefahr ist politischer Natur. Die deutsche Geschichte liefert ein tragisches Beispiel dafür, wie anhaltende wirtschaftliche Not zu Wut, Frustration und Angst in der Bevölkerung eines Landes führt. Diese Emotionen können von Demagogen der Rechten wie der Linken mobilisiert werden, um Ressentiments und Feindbilder zu schüren. Extremes Nationalismus, Fremdenhass, Intoleranz und Schlimmeres können die Folge sein. Die Demokratie selbst ist in Gefahr. In der Tat lässt sich weltweit im Gefolge der Finanzkrise ein Erstarken reaktionärer Politik beobachten.

6.3. Ungleiche Gewinnverteilung

Das Problem liegt nicht nur darin, dass die Bevölkerung der entwickelten Länder über ihre Verhältnisse gelebt hat. Vielmehr war die Entwicklung ihrer Einkommen hinter dem zurückgeblieben, was die Entwicklung der Wirtschaft hergegeben hätte, und auch hätte hergeben sollen. Die Gewinne der Konzerne sind kräftig gewachsen. Die Bevölkerungsschichten konnten davon jedoch nur unterdurchschnittlich partizipieren. Anstatt in der Folge der Unternehmensgewinne die sozialen Netze auszubauen, Bildung und Ausbildung zu verbessern, ging die Entwicklung genau in die entgegengesetzte Richtung.

In den späten 1970er Jahren entfielen beispielsweise auf das reichste Prozent der US-Bürger weniger als 9 Prozent des Volkseinkommens. Danach nahm die Konzentration des Einkommens zu. Bis 2007 stieg der Anteil des reichsten Prozents auf 23,5 Prozent. Bezieht man die Inflation mit ein, dann ist das Lohnniveau in den USA in den drei Jahrzehnten vor dem Crash von 2008

kaum gestiegen. Seit dem Jahr 2000 sind die Reallöhne sogar gesunken. Demgegenüber war die amerikanische Volkswirtschaft im Jahr 2007 weitaus produktiver als vor 30 Jahren. Wären die entsprechenden Zuwächse auf alle Bürger gleichmäßig verteilt worden, so hätte im Jahr 2007 der typische amerikanische Arbeitnehmer 60 Prozent mehr Mittel für seinen Lebensunterhalt gehabt, als es tatsächlich der Fall war.

6.4. Auf Kosten der Sparquote

Von 1950 bis in die frühen 80er Jahre hatten die privaten Haushalte im Durchschnitt zwischen 9 und 10 Prozent ihres Einkommens gespart. 2007 betrug die Sparquote nur noch 3 Prozent. Der Rückgang der Sparquote spiegelte sich in der Verschuldung der privaten Haushalte wider. Hatte diese in den 60er Jahren noch 55 Prozent des Haushaltseinkommens entsprochen, so nahm sie bis 2007 auf untragbare 138 Prozent zu. Dass diese Schulden durch die steigenden Marktwerte der amerikanischen Eigenheime abgesichert wurden, sollte sich wenig später als Vorbote des Unheils erweisen. Diese Entwicklung sollte man in Deutschland als Achtungszeichen für den Immobilienmarkt verstehen.

Daraus jedoch zu schließen, die langfristige Lösung der wirtschaftlichen Probleme Amerikas bestehe darin, dass gewöhnliche Bürger weniger Kredite aufnehmen, mehr sparen, ihren Gürtel enger schnallen und nicht über ihre Verhältnisse leben, ist zu kurz gegriffen und verweist auf einen bedenklichen Mangel an wirtschaftlicher Logik. Wäre die große Masse der Amerikaner in angemessenem Umfang an den steigenden Gewinnen der Wirtschaft beteiligt worden, hätte sie ihren Lebensstandard ohne weiteres aufrechterhalten oder sogar verbessern können. Sie wäre in der Lage gewesen, Geld für schlechte Zeiten zurückzulegen und bei vorübergehender Arbeitslosigkeit oder sinkenden Einkommen ihre Ausgaben anhand ihrer Rücklagen zu decken. Sie hätten sich folglich nicht genötigt gefühlt, sich so hoch zu verschulden. Das Problem bestand nicht darin, dass die Mehrheit der Amerikaner über ihre Verhältnisse gelebt hatte. Es bestand vielmehr darin, dass ihre Einkommen nicht Schritt mit den Budgets hielten, die sie angesichts der wachsenden Wirtschaft für sich erwarten durften.

6.5. Sinkende Einkommensquote der Mittelschicht

Wäre die Einkommensquote der Mittelschicht nicht gesunken, hätte die Mittelschicht sich nicht zu stark verschulden müssen, um ihre gewohnte Lebensweise aufrechtzuerhalten. Wäre der Anteil der Reichen kleiner gewesen, hätten die Reichen nicht die Mittel gehabt, um die Preise der spekulativen Vermögensobjekte so stark in die Höhe zu treiben. Es geht letztendlich darum, die Volkswirtschaften so auszubalancieren, dass die erzielten Gewinne wie in früheren Dekaden wieder gleichmäßig verteilt werden.

6.6. Falsche Anreize für die Politik

Es ist für die Regierungen recht einfach, solche Episoden als vorübergehende, durch Schuldenexzesse ausgelöste Finanzkrisen abzutun. Eine hohe Verschuldung ist jedoch stets nur ein Symptom und nicht die Ursache einer Krise. Da Politiker zuallererst an ihrer Wiederwahl interessiert sind, favorisieren sie meist kurzfristige und kurzsichtige Lösungen, die ihre Wiederwahl sicherstellen. Die finanzstarken Interessengruppen, von denen sie immer kostspieligere Wahlkampagnen finanziert bekommen, unterstützen sie dabei.

Die Ende 2007 einsetzende Finanzkrise, zog keine Neuordnung der Wirtschaft nach sich. Stattdessen griffen die Regierungen rasch ein und stellten genügend Liquidität zur Verfügung, um den Abschwung in Grenzen zu halten. Wenn sich Teile der Nachfrage verflüchtigen, muss die Regierung als letzte Instanz einspringen und für begrenzte Zeit das Vakuum füllen, das die Konsumenten durch ihre Rückzugsmanöver hinterlassen. Die Regierungen legten die umfangreichsten Konjunkturprogramme aller Zeiten auf und weiteten das Geldangebot massiv aus. Doch jede

Medaille hat zwei Seiten. Der unmittelbare Schaden im Finanzsektor wurde begrenzt und ein Zusammenbruch der Realwirtschaft verhindert. Zugleich verlor die Politik jedoch das eigentliche Problem aus den Augen. Wenn die Effekte der Konjunkturprogramme und des billigen Geldes auslaufen, dann dürfte sich auch das Wachstum der Wirtschaft nicht mehr weiter fortsetzen. Die Industrieländer müssen sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf eine lange Reihe von Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit gefasst machen. Die grundlegende Tendenz der letzten Jahre wird sich fortsetzen.

6.7. Soziale Unruhen

Die Einkommen des Mittelstandes werden stagnieren oder zurückgehen und die wirtschaftliche Lage der meisten Familien wird unsicher bleiben. Die Ungleichheit wird weiter zunehmen. Folglich wird die Mittelschicht kaum genügend Kaufkraft haben, um die Wirtschaft in Gang zu halten. Weder ihre finanziell besser gestellten Mitbürger noch die Verbraucher im Ausland werden die Nachfragerlücke schließen. All dies wird den Boden für ausgeweitete soziale Unruhen schaffen. Diese Unruhen könnten einen politischen Rückschlag bewirken: Bewegungen gegen den Freihandel, gegen Einwanderung, gegen ausländische Investoren, gegen die Großunternehmen, gegen die Banken und gegen die Regierung. Sie könnte aber auch den Anstoß zu weitreichenden Reformen geben, die den grundlegenden Trend umkehren.

Sind die Löhne unangemessen niedrig, dann produziert eine Volkswirtschaft mehr Waren und Dienstleistungen, als die Bevölkerung kaufen kann. Anstatt die Vermögen breiter zu verteilen, setzen die Reichen unterdessen ihr immer größeres Vermögen für Spekulationen ein. Das macht die Wirtschaft noch anfälliger für Blasen und Zusammenbrüche. Wenn sich das Einkommen auf eine relativ kleine Gruppe konzentriert, nimmt die allgemeine Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen ab, da die sehr reichen Leute auch nicht annähernd all das ausgeben, was sie an Einkünften erzielen. Sie horten ihre Ersparnisse, spekulieren damit und legen es aufgrund des niedrigen Zinsniveaus lieber im Ausland an.

6.8. Abgehobene Managergehälter

Betrachten wir beispielsweise den Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im Jahr 2007. Man darf sicherlich zu Recht folgern, dass sich dem Vorstandschef Richard Fulds mit Bezügen von 500 Mio. US-Dollar in diesem Jahr kein angemessener Anreiz für Entscheidungen und Handlungen zum Wohle der Anteilseigner und Kunden der Bank bot. Auch ist kaum anzunehmen, dass eine noch höhere Summe bessere Ergebnisse bewirkt hätte. Umgekehrt ist die Wahrscheinlichkeit wohl gering, dass Fulds Leistung schlechter gewesen wäre, wenn er nur 10 Mio. oder gar nur läppische 2 Mio. US-Dollar verdient hätte.

6.9. Besteuerung - Wohlstand verpflichtet

Der Grenzsteuersatz auf Spitzeneinkommen hat während des Krieges zwischen 79 und 94 Prozent geschwankt. Unter Präsident Eisenhower, den wohl kaum jemand als linksradikal bezeichnen würde, lag er bei 91 Prozent. 1964 sank er auf 77 Prozent. Ein Wert, der auch 1969 erreicht wurde, als Richard Nixon das Präsidentenamt übernahm. Berücksichtigt man alle denkbaren Ermäßigungen und Vergünstigungen, so hatte der gut verdienende ehrliche Steuerzahler im Normalfall deutlich mehr als 50 Prozent seiner Einkünfte an den Staat abzuführen. Doch entgegen den Vorhersagen konservativer Kommentatoren beeinträchtigten die hohen Steuersätze das Wirtschaftswachstum keineswegs. Vielmehr ermöglichten sie den zunehmenden Wohlstand von Amerikas Mittelstand, der wiederum das Wachstum antrieb.

In der Phase des großen Wohlstands zwischen 1947 und 1975 hatte die grundlegende Übereinkunft dafür gesorgt, dass Produktivität und Einkommen der amerikanischen Erwerbstätigen miteinander verknüpft waren. Tatsächlich wurde die große Masse der Bevölkerung zunehmend

an den Gewinnen des wirtschaftlichen Wachstums beteiligt. Doch seit den späten 70er Jahren entwickelten sich die beiden Kurven auseinander. Der Output pro Stunde, ein Maß der Produktivität, stieg weiterhin an, während die Stundenlöhne zurückgeblieben.

Es ist leicht, die Globalisierung für das Abflachen der Mittelstandseinkommen verantwortlich zu machen. Entgegen der landläufigen Meinung haben Globalisierung und Automatisierung die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze jedoch nicht verringert. Problematisch war nicht der Verlust der alten Arbeitsplätze, sondern die schlechte Bezahlung der neu entstandenen Stellen. Das ist der Hauptgrund, warum die mittleren Einkommen zwischen 1980 und 2007 inflationsbedingt abnahmen.

Warum haben es die Regierungen unterlassen, die Steuern für Reiche zu erhöhen und für Ärmere zu senken? Man hätte mit den höheren Steuereinnahmen den Etat von Forschung, Bildung und Entwicklung aufstocken können. Um zu verhindern, dass die Gehälter von Topmanagern auf das 300fache des Gehalts eines durchschnittlichen Arbeiters answollen, wurde nichts unternommen.

6.10. Exzesse in der Finanzindustrie

Es ist bemerkenswert, dass die Regierungen einerseits die gesetzlichen Vorschriften für die Finanzindustrie lockerten, sie andererseits jedoch gegen größere Verluste absicherte. Von Finanzmanagern, Händlern und Experten eingeheimste Gewinne machten fast zwei Drittel des Wachstums des Bruttosozialproduktes aus. Im Jahr 2009 strichen die 25 bestbezahlten Hedgefonds-Manager zusammen 25,3 Mrd. US-Dollar ein, das heißt im Durchschnitt 1 Mrd. US-Dollar bei einem Steuersatz von im besten Fall nur 15 Prozent.

Manche vertreten die Auffassung, es habe überhaupt keine Notwendigkeit für ein Eingreifen der Regierungen bestanden. Die Wirtschaft funktioniere besser ohne staatliche Eingriffe und ohne hohe Steuern für die Reichen. Ihre Verfechter weigern sich anzuerkennen, welche Konsequenzen es für eine Volkswirtschaft hat, in der die Mittelschicht es sich nicht mehr leisten kann, das zu kaufen, was sie produziert.

6.11. Breite Bevölkerungsschichten haben ihr Limit erreicht

Die Bevölkerungsschichten versuchen die Stagnation ihrer Einkommen auszugleichen, indem sie länger arbeiten, ihre Ersparnisse aufbrauchen und letztendlich ihren Wohlstand mit Krediten finanzieren. Diese Bewältigungsstrategien sind inzwischen ausgereizt. Weder jetzt noch in absehbarer Zukunft wird es genug Arbeitsplätze geben, um Frauen und Männern die Möglichkeit zu verschaffen, noch mehr zu arbeiten. Darüber hinaus werden - wenn der gegenwärtige Trend anhält - die Löhne der meisten Europäer und Amerikaner real weiter sinken. Gleichzeitig werden sich die Haushalte nicht mehr so leicht Geld leihen können, denn nach den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit werden Banken und andere Kreditinstitute künftig vorsichtiger sein. Die Regeln für die Kreditvergabe sind bereits schärfer geworden.

Die Folge ist, dass die amerikanischen und insbesondere die südeuropäischen Privathaushalte in einem gewaltigen Entschuldungsprozess Billionenbeträge an ausstehenden Darlehen tilgen, abzahlen oder aussetzen werden. Ein Prozess, der vermutlich Jahre in Anspruch nehmen wird. Selbst wenn die Wirtschaft wieder anzieht, werden sich die Leute kaum durch zusätzliche Schulden belasten wollen. Gleichzeitig erreichen Millionen Angehörige der Baby-Boom-Generation, deren Ersparnisse durch die Finanzkrise und das beinahe Null-Zinsniveau erheblich geschrumpft sind, das Rentenalter. Diese Babyboomer müssen nun wie verrückt sparen, um die aufgerissenen Rentenlücken zu schließen. Viele werden den Zeitpunkt ihrer Pensionierung verschieben, sodass für jüngere Arbeitssuchende weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden.

All dies bedeutet, dass die Mittelschicht auf lange Zeit weniger konsumieren wird als vor der Finanzkrise. Obwohl die Verbraucher natürlich defekte oder verschlissene Autos, Geräte und andere Konsumgüter ersetzen und die Unternehmen ihre Bestandslager wieder auffüllen müssen, reichen die Wiederbeschaffungsmaßnahmen nicht aus, um eine kraftvolle und nachhaltige wirtschaftliche Genesung einzuleiten. Der Staat kann eine Nachfragerückgang vorübergehend schließen, aber er kann die Wirtschaft nicht unbegrenzt über kreditfinanzierte Ausgabenprogramme oder das Drucken von Geld stimulieren. Manche Experten und Entscheidungsträger glauben, die Lösung bestünde darin, den Export umso mehr anzukurbeln. Aber sie irren sich.

6.12. Die Grenzen des Wachstums in den Schwellenländern

Im Jahr 2050 werden 1 Mrd. Autos über die Straßen Chinas rollen - fast 50 Prozent mehr als derzeit weltweit. Doch die Früchte des chinesischen Wirtschaftswachstums werden bei Leibe nicht postwendend unter das Volk verteilt. Die Ausgaben der Verbraucher nehmen deutlich langsamer zu als die Wirtschaftsleistung insgesamt. Die Unternehmen Chinas verwenden ihre Gewinne zunehmend zur Erweiterung der eigenen Produktion. Die chinesischen Investitionsausgaben werden in absehbarer Zeit die der vereinigten Staaten übertreffen. Die Konsumausgaben in China erreichen indes kaum ein Sechstel ihres Vergleichswerts in den USA. Im Jahr 2009 steigerte General Motors seine Autoverkäufe um 67 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Unternehmen verkaufte mehr Autos in China als im eigenen Land, aber fast alle abgesetzten Fahrzeuge stammten aus chinesischen Fabriken.

Tendenziell werden die Schwellenländer ihren Bedarf an Konsumprodukten mit eigener Produktion und eigenem Know-How abdecken wollen. Sie verfolgen dabei ein ganz natürliches Interesse: Sie wollen die Wertschöpfungskette im eigenen Land binden. Damit werden die etablierten Industriekonzerne der alten Welt immer weiter zurückgedrängt. Das sind keine guten Aussichten für Beschäftigungswachstum und Steuereinnahmen in der alten Welt.

6.13. Wir wissen jetzt, was schiefgelaufen ist. Was ist die Folge daraus?

Arme Familien mit geringem Bildungsniveau werden am härtesten betroffen sein. Die Mittelschicht wird sich auf vielerlei Weise an die neue Situation anzupassen versuchen. Immer mehr junge Leute werden bei ihren Eltern wohnen bleiben und die Familiengründung hinausschieben. Die Bevölkerung wird sich zunehmend auf Schnäppchenjagd begeben, sich im Supermarkt mit billigerem Fleisch und anderen Billigprodukten begnügen. Sie werden häuslicher werden und weniger in den Urlaub fahren. Viele werden auf den Zweitwagen und allerlei Luxus verzichten. Ein stärkerer Rückgang des Lebensstandards ist die Folge. Alles zusammen sind das in den alten Industrieländern äußerst bedenkliche, wachstumshemmende Tatbestände.

Gesellschaften mit sinkendem Lebensstandard sind einem höheren Stressniveau ausgesetzt als Gesellschaften, die von vornherein nicht viel besessen haben. Je tiefer der Lebensstandard sinkt, desto höher ist der Stress. Diese sozialen und psychischen Belastungen gehen mit gravierenden ökonomischen Verlusten einher. Der vermutlich härteste Verlust für die Mittelschicht wird die schwindende Hoffnung darauf sein, dass die Zukunft stets materielle Verbesserung mit sich bringt. Eine weiter ungleiche Einkommensverteilung verstärkt den Boden für soziale Unzufriedenheit. Früher oder später kommt es zu sozialen Unruhen, die im Extremen - in Anschlägen, Umsturzversuchen und gewalttätigen Massendemonstrationen - ihren Ausdruck finden. Die Gefahr ist insbesondere dann groß, wenn breitere Bevölkerungsschichten feststellen, dass sie nur deshalb keine Chance haben, weil mit gezinkten Karten gespielt wird und die Politik unehrlich zu ihnen ist. Die Verlierer in einem abgekartierten Spiel können sehr, sehr wütend werden! Aus einem ähnlichen Nährboden wuchs der deutsche Nationalsozialismus hervor.

Das vielleicht überzeugendste Indiz dafür, dass die Karten nicht gerecht verteilt sind, ist das eise Schweigen über all diese Missstände. Warum unternehmen die Politiker nicht mehr? Die

für Wahlkampfzwecke gebildeten Finanzkomitees der meisten Politiker werden inzwischen so gut wie ausschließlich von Reichen dominiert, da nur sie über die erforderlichen, jederzeit leicht anzuzupfenden Netzwerke wohlhabender Freunde und Geschäftspartner verfügen.

6.14. Wie können wir der Entwicklung eine neue, bessere Richtung geben?

Es gibt etliche ärmere Länder mit gleichmäßigerer Verteilung der Vermögen, deren Einwohner im Durchschnitt gesünder sind als jene in reicheren Ländern mit ungleicher Verteilung. Nach dem Fall der Berliner Mauer nahm der Lebensstandard der Einwohner der früheren DDR sprunghaft zu, während zugleich ihre Unzufriedenheit anstieg. Der Grund dafür ist, dass sie ihre eigene Situation zunehmend mit jener der Westdeutschen verglichen, anstatt sie wie zuvor mit den Menschen im ehemaligen Ostblock zu vergleichen.

6.14.1. Höhere Grenzsteuersätze für die wirklich Reichen

Höhere Grenzsteuersätze für die wirklich Reichen sind überfällig, wenn wir den sozialen Frieden erhalten wollen. Das sollte sogar auch im Interesse der Reichen liegen, wenn sie nicht unter die Räder des Volkszorns kommen wollen. Umgekehrt müssen niedrigere Einkommen und die Mittelschicht steuerlich entlastet werden. Im internationalen Wettkampf um die Arbeitsplätze ist das Bildungsniveau der Bevölkerung entscheidend. Je nach Familieneinkommen können gestaffelte Bildungsgutscheine ausgegeben werden. Die Rückzahlung der Studienkredite kann einkommensabhängig gestaltet werden.

6.14.2. Abbau sozialer Spannungen

Die Unternehmen können keine Gewinne machen, wenn die Bevölkerungsschichten sich die Waren und Dienstleistungen nicht leisten können, die sie anbieten. Wenn die Unternehmen sich jeder dem Wohle aller dienenden Veränderung widersetzen, dann könnten sie Gefahr laufen, im Sog sozialer Rückständigkeit unterzugehen, den sie selbst mit erzeugt haben! Die ungleiche Vermögensverteilung wird auch das Kräfteverhältnis innerhalb der politischen Klasse zu Ungunsten der Unternehmen verändern. Die Gräben zwischen den Unternehmen und dem zunehmend außer sich geratenen Volk - das wild entschlossen sein wird - würden immer tiefer werden.

6.14.3. Beachtung ökonomischer Grundregeln

Es gibt in der Marktwirtschaft eiserne Regeln, die man naturbedingt nicht außer Kraft setzen kann. An die halten wir uns, im Gegensatz zu den nach links gerichteten politischen Strömungen. Wachstum lässt sich nicht verordnen. Es kann aber dauerhaft geschwächt werden, wenn man ein paar elementare Grundsätze außer Acht lässt. Wohlstand verordnen zu wollen, ist ein alter sozialistischer Irrtum, der immer wieder teuer bezahlt werden muss! Wer sich reicher glaubt, als er ist, ist ständig in Gefahr, über seine Verhältnisse zu leben.

Erst muss die Wirtschaft florieren, dann können die Löhne steigen. Die Wirtschaft kann den Lohn mitziehen, doch nie kann der Lohn die Wirtschaft mitziehen. Unternehmer werden nur dann in Arbeitsplätze investieren, wenn sich die Verlustrisiken in Grenzen halten und attraktive Gewinnmöglichkeiten gegenüberstehen. Die Rechnung ist einfach: Am Ende müssen für den Unternehmer die Einnahmen höher sein als die Ausgaben. Er muss nach der Gewinnbesteuerung in der Lage sein, sich und seine Familie zu versorgen. Er muss in der Lage sein, seine eigene Arbeitskraft marktgerecht zu vergüten und er muss darüber hinaus eine attraktive Prämie einstreichen können, die ihn auch zukünftig ermuntern wird, weiterhin die Unternehmerhaftung und unternehmerische Risiken einzugehen.

6.14.4. Können Mindestlöhne Arbeitsplätze schaffen?

Als letzte Partei spricht sich nun auch die FDP für einen Mindestlohn aus. Gerade in Vorwahlkampfzeiten ist die Bereitschaft gering, den Wählern nackte Tatsachen zu vermitteln. Stattdessen werden die Wähler - wie schon so oft - wieder getäuscht. Die Rechnung dafür werden nicht unsere Volksvertreter bezahlen, sondern die schlechter ausgebildeten Bevölkerungsschichten, denen damit der Zugang zum Arbeitsmarkt weiter verbaut wird. Mit Mindestlöhnen legt man unserer Volkswirtschaft eine weitere Fessel an.

Der Eingriff zu Gunsten einer bestimmten Form von Nachfrage hat in erster Linie Umschichtungen zwischen Konsum, Investitionen und Staatsnachfrage zur Folge. Qualität, Innovation und Preisbildung entziehen sich jedoch dem unmittelbaren Einfluss staatlicher Wirtschaftspolitik. Die staatliche Wirtschaftspolitik kann lediglich auf die Qualifikation der Arbeitnehmer, auf Forschung und Entwicklung und auf die Kosten der Produktion Einfluss nehmen.

Die Kosten der Produktion werden ganz wesentlich von den Arbeitskosten beeinflusst. Kein Unternehmer wird einen Job anbieten können, der die Lohnkosten nicht erwirtschaftet. Darüber hinaus wird die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern zukünftig vermehrt auch mittlere bis hohe Qualifikationsprofile des deutschen Arbeitsmarktes erfassen und damit die internationale Konkurrenz am Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Was nützen uns Mindestlöhne, wenn durch diese letztendlich mehr Arbeitsplätze abgebaut statt geschützt werden?

Anders als die Industrieunternehmen können Arbeitsplätze im Dienstleistungsgewerbe nicht nach Polen oder China ausgelagert werden. Trotzdem werden auch hier Mindestlöhne mehr Schaden als Nutzen bringen. Rechnen sich bestimmte Dienstleistungen für den Unternehmer nicht mehr, wird er sie auch nicht mehr erbringen und in der Folge Arbeitsplätze abbauen. Andere werden in die Schwarzarbeit ausweichen müssen, wenn die Kunden nicht bereit sind, höhere Preise infolge der neuen Mindestlöhne zu bezahlen. Anstatt Lohnersatzleistungen wie Sozialhilfe und Arbeitslosengeld auszubauen, sollte die Politik besser zu Lohnzuschüssen wechseln und den Fokus auf die Ausbildung, Weiterbildung und Qualifikation ausrichten. Ebenso kann Forschung und Entwicklung bezuschusst werden.

Heute sorgt der Sozialstaat dafür, dass man lieber auf die Mitarbeit vieler Arbeitswilliger verzichtet und sie stattdessen alimentiert. Mit einem Mindestlohn wird sich diese Gruppe deutlich vergrößern. Die Hürden von Mindestlöhnen können insbesondere von vielen Berufseinsteigern nicht genommen werden. Belegt wird das durch die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien, Italien und Frankreich, die entgegen jeglicher ökonomischer Vernunft Mindestlöhne eingeführt haben. Infolge dessen haben wir in Spanien und Griechenland inzwischen eine Jugendarbeitslosigkeit von knapp 60 Prozent, in Frankreich liegt sie bei 27 Prozent.

Lohnuntergrenzen sind keine Chance für die Schwächsten, sondern sie sind eine Beschäftigungshürde, die etliche Menschen nie überspringen werden können. Die Gewerkschaften interessieren sich indes keineswegs für die Schwächsten am Arbeitsmarkt, sondern für ihre Klientel, die in Lohn und Brot stehenden Facharbeiter. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nimmt seit Jahren ab. Deshalb geht es den Arbeitnehmervertretern nicht zuletzt darum, ihre Macht in den Betrieben wieder zu vergrößern, notfalls auch zum Preis steigender Arbeitslosigkeit.

Die deutsche Arbeitslosenquote fiel von ca. 12 Prozent im Jahr 2005 auf nur noch 6,8 Prozent im Jahr 2012. Wir haben trotz aller Fortschritte immer noch knapp 3 Mio. Arbeitslose zu viel. Um das Jahr 1970 hatten wir gerade einmal 200.000 - 300.000 Arbeitslose in Deutschland. Im Sinne der Reformideen, die zur Agenda 2010 geführt haben, sollte man noch stärker als bisher auf Lohnzuschüsselemente setzen, also die Hinzuverdienstmöglichkeiten verbessern. Das gilt für den Bereich der gering Qualifizierten ebenso wie für den Frührentner. Motto einer so verstandenen

konsequenter Weiterentwicklung der Reformen der Agenda 2010 muss sein, dass jeder, der arbeiten will, arbeiten kann und dann - unterstützt durch Lohnzuschüsse - genug zum Leben hat. Nur eine solche Unterstützung der Menschen ist menschenwürdig. Eine Unterstützung allein außerhalb der Arbeit ist hingegen eine Sünde gegen unsere Kinder.

Unternehmer haben immer viele Ideen für Geschäftsmodelle im Kopf. Aber viele lohnen sich für sie nicht, weil die Kosten die Erträge übersteigen. Fällt der Lohn, dann rutschen mehr von diesen Ideen in den Rentabilitätsbereich hinein und werden realisiert. Deshalb führt eine Lohnsenkung zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die politische Propaganda hat uns eingebläut, dass man Arbeit zu einem Lohn, von dem man nicht leben kann, verbieten müsse. Das klingt gut, ist aber schlecht. Wenn man den Lohn für einfache Arbeit erhöht, steigt die Arbeitslosigkeit, weil sich ein Teil der Stellen dann nicht mehr rentabel bewirtschaften lässt. Das verschweigen diejenigen, die fordern, dass jeder von seiner Hände Arbeit leben können muss. Es ist menschenunwürdig, die Anreize in einem Sozialsystem so zu strecken, dass Lohnansprüche erst oberhalb der Produktivität entstehen sollen. Mit der Arbeitslosigkeit, die man dadurch verursacht, versündigt man sich an den Familien, insbesondere an den Kindern, die den Weg in ein geregeltes Berufsleben gar nicht erst kennen lernen. **Jeder, der arbeiten will, muss arbeiten können und dann - gegebenenfalls durch einen Lohnzuschuss - genug zum Leben haben!**

Nach OECD-Definition, der auch die deutsche Statistik folgt, gibt es keine Armut bei Personen, die dauerhaft in Deutschland ansässig sind und insofern Anspruch auf Sozialleistungen haben. Nach dieser Definition ist man arm, wenn man weniger als 40 Prozent des mittleren Einkommens zum Leben zur Verfügung hat. Das gilt in Deutschland für niemanden, der hier ein Daueraufenthaltsrecht hat, weil die staatliche Grundsicherung einschließlich der Übernahme der Unterkunftskosten bereits 44 Prozent des mittleren Einkommens absichert. Viele Leute verwechseln Armut mit der Armutsgefährdung. Letztere fängt nach der von den OECD-Staaten vereinbarten Definition bei 60 Prozent des mittleren Einkommens an. Natürlich ist ein Hartz IV-Empfänger armutsgefährdet, wenn er keine Arbeit hat. Gewisse Einkommensunterschiede zwischen den Arbeitenden und den Nichtarbeitenden werden immer bleiben müssen. Aber jeder der arbeitet, kommt in Deutschland über die Grenze der Armutsgefährdung hinaus, eben weil er ergänzendes Arbeitslosengeld II erhält.

Letztendlich sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass uns die mit der Agenda 2010 verbundene Lohnflexibilisierung von einer Rekordarbeitslosigkeit von mehr als 5 Mio. Erwerbslosen erlöst hat. Man klagt zu Recht über den gewachsenen Niedriglohnsektor. Anstatt durch Mindestlöhne den Niedriglohnsektor abzuschaffen und damit die Agenda 2010 zurückzudrehen und somit wieder die Erwerbslosenzahl nach oben zu treiben, sollte man lieber den Niedriglohnsektor mit Lohnzuschüssen stützen. Das ist immer noch besser als Lohnersatzleistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und subventionierte Frührenten.

Niedrige Löhne locken Investitionen an, die Wirtschaft wächst, es gibt mehr offene Stellen und am Ende werden die Löhne durch den Wettbewerb um die Arbeitskräfte nach oben gezogen. Die Wirtschaft kann den Lohn mitziehen, doch nie kann der Lohn die Wirtschaft mitziehen! Der Wurm muss dem Fisch schmecken, Unternehmer müssen einen Anreiz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze haben! Solange wir uns in einer globalisierten Welt dem Arbeitsmarktwettbewerb stellen müssen, sehe ich keine andere Chance zur Arbeitsplatzsicherung. Auch wenn der Dienstleistungssektor häufig nicht direkt im internationalen Wettbewerb steht, so wissen wir doch alle, dass eine Gesellschaft vom Dienstleistungssektor allein nicht leben kann.

6.14.5. Anreize für Investoren für den Arbeitsplätzeausbau

Dass der Staat nicht der bessere Investor ist, haben uns der wirtschaftliche Untergang der ehemaligen DDR und die anderen sozialistischen Ostblockstaaten eindrucksvoll bewiesen. Wenn Geld nicht unter Berücksichtigung aller möglichen Risiken rentabel investiert werden kann, werden die erhofften Investitionen ausbleiben. Die durch die Notenbanken verordnete Null-Zinspolitik enteignet die Zinssparer. Die Sparer müssen zu Investoren werden, wenn sie der Enteignung durch Inflation entgehen wollen. Hier wäre der Staat gefordert, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Aktuell geht die von Brüssel diktierte Politik jedoch genau in die entgegengesetzte Richtung. Bürgerbeteiligungen werden derart überreguliert, dass das Zusammenbringen vom kreditsuchenden Unternehmer mit aussichtsreicher Firmenidee und dem Sparer, der zum Investor werden will, beinahe unmöglich, zumindest unattraktiv macht.

6.14.6. Rolle rückwärts bei der Energiewende

Im Jahr 1997 wurde im Kyoto-Protokoll eine rechtlich bindende Obergrenze für die Emissionen der reichen Länder vereinbart. Doch Kyoto und all unsere wunderbaren Programme haben nicht wirklich etwas erreicht. Kyoto legte als Ziel seit 1990 einen Anstieg der weltweiten Emissionen um 36,6 Prozent fest. Tatsächlich sind sie aber um 45,4 Prozent gewachsen. Ganz ohne Kyoto lägen sie nur etwa einen halben Prozentpunkt höher bei 45,9 Prozent. In einfachen Worten: Die globale Klimapolitik ist nichts als Wunschdenken.

Allein im letzten Jahr sind die gesamten Energiekosten um 10 Prozent gestiegen. Laut der Europäischen Zentralbank wird dadurch das Wirtschaftswachstum um 0,4 Prozent zurückgehen und somit zusätzliche jährliche Kosten von 13,6 Milliarden Euro verursachen. Diese Kosten dürften mit ehrgeizigeren Zielsetzungen noch steigen. Der Durchschnitt aller makroökonomischen Modelle deutet für Deutschland auf einen jährlichen Wohlfahrtsverlust von 50 Milliarden Euro bis 2020 hin. Das ist teuer und macht die Energiewende auf lange Sicht untragbar.

Bei der Energiewende hat man sich leichtfertig und aus wahltaktischen Gründen dem Zeitgeist gebeugt, anstatt ihn zu formen. Die Folgen werden wir langfristig zu tragen haben. Die deutsche Energiewende führt nach dem Unglück von Fukushima zu gewaltigen Vermögensverlusten. Die steigenden Energiekosten sind für viele Firmen ein Schock. Die deutsche Industrie muss inzwischen 40 Prozent mehr für Strom zahlen als die Konkurrenz in Frankreich. Der Gaspreis in Deutschland ist schon heute drei- bis viermal so hoch wie in den USA. Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie ist das eine bedenkliche Entwicklung. In Washington besteht Einigkeit über alle politischen Grenzen hinweg: Man will durch die Ölförderung vor der Küste im Meer und durch die Gasförderung mit Fracking möglichst unabhängig vom Ausland werden. Die Chancen dafür stehen gut. Die USA werden für europäische Unternehmen mit hohem Energiebedarf als Produktionsstandort sehr interessant. Das ist wie eine Sogwirkung. Jene Unternehmen, die Deutschland verlassen, melden sich ja nicht beim Einwohnermeldeamt ab. Wir reden hier über schleichende Prozesse - über Jahre hinweg. Zunächst wird in Deutschland weniger investiert und am Ende kann es sein, dass ganze Produktionsstätten dichtgemacht werden. Für manche Branchen sind Energiekosten weitaus wichtiger als Arbeitskosten. Für Arbeit und Soziales gab es die Agenda 2010. Deutschland braucht dringend eine Agenda 2020 für bezahlbare Energie. In Deutschland haben wir 800 Stunden im Jahr Sonnenschein, in Zentralspanien dagegen 2.000. Die Förderanreize müssen die jeweils besten Standorte aufwerten. Für Windstrom ist das die Nordsee, für Sonnenstrom Südeuropa.

Wenn man sich umschaute, sieht man viele Solar- und Windkraftanlagen. Allein für Solaranlagen werden in Deutschland am Ende insgesamt rund 100 Milliarden Euro an Subventionen ausgegeben, obwohl sie nur 0,5 Prozent der deutschen Stromproduktion ausmachen. Dadurch sind die Strompreise in Deutschland in schwindelerregende Höhen geklettert. Seit dem Jahr 2000 sind

die Strompreise preisbereinigt um 61 Prozent nach oben geschneilt. Ein Viertel des Preises setzt sich aus direkten Subventionen der erneuerbaren Energien zusammen. Die Preissteigerungen sind mit ein Grund dafür, dass mehr als 800.000 Haushalte in Deutschland nicht mehr in der Lage sind, ihre Stromrechnungen zu bezahlen.

Doch Deutschland zahlt nicht nur die Subventionen für Solar- und Windanlagen. Es gibt auch noch Folgekosten. Mit dem wachsenden Anteil der Wind- und Sonnenenergie an der Stromgewinnung steigen auch die Schwankungen in der Energiegewinnung besorgniserregend. Wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint, benötigt Deutschland zusätzliche Energiequellen. Daher müsste man eigentlich für jede neue Windkraftanlage ein Gaskraftwerk bauen, um den Wind bei Flaute ersetzen zu können.

Trotzdem versteht sich Deutschland als Vorbild auf dem Weg zu einer in Zukunft nachhaltigeren Energiegewinnung. Man ist der Meinung, dass dies andere dazu anregen werde, zu folgen. Aber das Land ist kein Vorbild für die Welt. Auf den Punkt gebracht: Im Rahmen der momentan geltenden gesetzlichen Regelungen zahlen wir viel zu viel für ein viel zu schlechtes Ergebnis. Es lässt sich leicht nachweisen, dass selbst einzelne Klimaprogramme nichts als Unsinn sind. Betrachten Sie etwa den Schaden, den eine zusätzliche Tonne CO₂ anrichtet. Der letzte von Wissenschaftlern nach dem "Peer Review"-Verfahren überprüfte Überblick über 311 veröffentlichte Schätzungen zeigt, dass die Gesamtkosten für die am wahrscheinlichsten eintretenden zukünftigen Schäden bei etwa vier Euro pro Tonne liegen. Vergleichen Sie das mit den 622 Euro, die Deutschland ausgibt, um mit Solarenergie die Emission einer Tonne CO₂ zu vermeiden.

Deutschland steht mit seinem Ausstiegsbeschluss aus der Atomenergie mutterseelenallein auf der ganzen Welt da. Selbst die Japaner setzen wieder voll auf Atomenergie, nachdem sie ihre Kernkraftwerke überholt und sicherer gemacht haben. 430 Atomkraftwerke gibt es heute, 60 weitere Kraftwerke sind derzeit im Bau, 160 weitere sind geplant und für über 300 gibt es Vorplanungen. Etwa 100 der neuen Atomkraftwerke dienen dem Ersatz alter Kraftwerke. Der Rest kommt zum schon vorhandenen Bestand hinzu. Jeden Monat wird in China ein neues Atomkraftwerk in Betrieb genommen. China will nun auch den in Deutschland entwickelten Kugelhaufenreaktor bauen, bei dem eine Kernschmelze prinzipiell ausgeschlossen ist. Atomkraftwerke sind gefährlich, keine Frage. Aber wie gefährlich sind die Alternativen, etwa Kohlekraftwerke? Kohlekraftwerke stoßen zum einen im laufenden Betrieb gefährliche Stäube und wesentlich mehr radioaktive Substanzen aus als Kernkraftwerke. Zum anderen sind sie die beinahe perfekten Klimakiller. In Relation zu den unermesslichen Schäden, die sie für die Natur und unsere Nachkommen hervorrufen, hinterlassen die Atomkraftwerke die kleineren Spuren in der Natur, die wir unseren Kindern vererben. Anstatt aus der Atomenergie auszusteigen, hätten wir die Forschung und Entwicklung für die Sicherung der Atomkraftwerke und für die Endlagerung intensivieren müssen. Nun haben wir auch dieses Know-How aus der Hand gegeben.

Für die Energiewende müssen wir nunmehr den Stromnetzausbau erheblich intensivieren. Das größte Problem liegt beim Neubau der dringend benötigten Stromtrassen. Ja, die Mehrzahl der Bürger will die Energiewende, deren Erfolg vom Netzausbau abhängt. Trotzdem sträubt sich ebenso die Mehrzahl der Bürger gegen den Netzausbau über Land. Weitere Strommasten würden die Landschaft verunstalten und außerdem die Grundstückspreise der jeweiligen Eigentümer abwerten. Stattdessen sollen die Kabel in der Erde verlegt werden, was jedoch wiederum die Kosten für den Netzausbau vervierfachen würde. Wer A sagt muss auch B sagen. Immer nur die Rosinen herauspicken funktioniert im wirklichen Leben nicht!

Obwohl in China wegen der kürzeren Entfernung zum Äquator die Sonne mehr scheint, wird der Großteil der chinesischen Solarzellenproduktion nicht dort, sondern bei uns installiert. Das ist geradezu grotesk. Nach Schätzung des rheinisch-westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung liegen die auf Dauer vom Verbraucher zu tragenden Subventionen des Sonnenstroms bei den bereits installierten Anlagen schon über 100 Mrd. Euro. Allein im Jahr 2012 mussten die

Verbraucher zusätzlich 10 Mrd. Euro für Strom zahlen, um die Zuschüsse für Solar und Windenergie zu finanzieren. Bundesumweltminister Peter Altmaier hat im Februar 2013 sogar mitgeteilt, dass eine Fortsetzung der Energiewende nach bisherigem Muster insgesamt 1 Billion Euro kosten würde. Das sind zwei Drittel dessen ist, was die deutsche Wiedervereinigung gekostet hat. Der Betrag entspricht in etwa dem Auslandsvermögen der Deutschen, von dem uns durch die Euro Rettungsaktionen ein erheblicher Teil verloren gehen wird. Mit all diesen Experimenten, der Euro-Rettung und der Energiewende, werden die Belastungsgrenzen der deutschen Volkswirtschaft ausgetestet.

Vernünftiger wäre es, das weltweite Budget für Forschungs- und Entwicklungsarbeit um das 10fache auf 100 Milliarden Dollar jährlich aufzustocken. Das entspräche 0,2 Prozent des weltweiten BIP und bedeutete für Deutschland eine jährliche Verpflichtung von 6,8 Mrd. Euro. Natürlich kann man einen Erfolg der Forschungs- und Entwicklungsprogramme nicht garantieren. Es könnte sein, dass wir Milliarden ausgeben und in 40 Jahren trotzdem mit leeren Händen dastehen. Aber Forschungsarbeit hat deutlich bessere Erfolgsaussichten als eine Fortsetzung der derzeitigen wirkungslosen Versuche, die wir seit 20 Jahren unternehmen.

6.14.7. Niedrigste Geburtenraten in Deutschland bedrohen unsere Zukunft nachhaltig

Wir bräuchten über 40 Mio. Zuwanderer, um den Rentenbeitragssatz und das Rentenniveau von heute dauerhaft zu halten. Diese an sich schon astronomische Zahl zeigt uns die großen demokratischen Probleme auf, mit denen wir uns zukünftig konfrontiert sehen. Mit Geburtenzahlen von 8,3 Neugeborenen pro 1.000 Einwohner ist Deutschland immer noch das Schlusslicht unter allen entwickelten Ländern der Erde. Selbst Japan hat in Relation zur Bevölkerungsgröße mehr Neugeborene als wir. Die Folgen werden dramatisch sein. Die Babyboomer (jetzt Ende 40) werden in 15 bis 20 Jahren in Rente gehen und von ihren Nachkommen Zahlungen für ihren Lebensunterhalt verlangen, soweit das angesichts des Defizits an Nachkommen überhaupt möglich ist. Die Belastungen für die wenigen existierenden Kinder sind immens. Sie werden unter ihrer Steuer- und Abgabenlast regelrecht zusammenbrechen. Derzeit stehen wir noch gut da. Die Babyboomer stehen noch in Saft und Kraft und sie verdienen viel. Ihnen geht es auch deshalb fantastisch, weil sie einerseits selbst noch viele Geschwister haben, mit denen sie sich die Versorgung ihrer Eltern teilen können, aber andererseits weniger eigene Kinder ernähren. Das schlägt aber in 15 bis 20 Jahren in das genaue Gegenteil um. Diese Babyboomer, denen es jetzt besonders gut geht, werden bei der Rente, bei der Pflege und vielem mehr unter dem Fehlen der Kinder leiden. Im Jahr 2000 legte der Staat jedem Kind allein schon über das Rentensystem einen Schuldschein von etwa 140.000 Euro in die Wiege. Das war nämlich der damalige Gegenwert der Nettoeinzahlungen eines durchschnittlichen Kindes und seiner Nachkommen in die Rentenversicherung. Hinzu kommen rund 70.000 Euro netto Einzahlungen in die gesetzliche Krankenversicherung und 21.000 Euro in die Pflegeversicherung. Selbst wenn man den Wert der freien Schulausbildung und der Geld- und Sachleistungen der Gesellschaft für die Kinder abzieht, kommt man immer noch auf erhebliche Vorteile für den Rest der Gesellschaft. Neutral wäre der Staat im Hinblick auf die Familienplanung nur dann, wenn er diese Vorteile durch einen Gutschein in gleicher Höhe kompensieren würde. Bezüglich des Wertes eines solchen Schuldscheines kommt man je nach Rechnung auf Werte von mindestens etwa 50.000 Euro pro Kind. Dass dieser Betrag bei einem Vielfachen selbst der kühnsten Forderung der Familienpolitiker liegt, zeigt nur, wie tief verwurzelt die Diskriminierung der Kinder in unserer Gesellschaft ist.

Ein Kindersplitting nach französischem Muster wäre nur gerecht. Bei der Berechnung des steuerlichen Einkommens wird das Einkommen auf die **gesamte** Familie verteilt. Denn je mehr Menschen in einer Familie leben, desto geringer ist ihr Pro-Kopf-Einkommen und desto geringer fällt die anteilige Steuerlast aus. In Frankreich wird auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mustergültig gelöst. Praktisch alle Kinder kommen ab dem Alter von zweieinhalb Jahren in die Vorschule und im Anschluss daran in die Ganztagschule. Diese grundsätzlich anderen Möglichkeiten erlauben den französischen Müttern die Berufstätigkeit, ohne dass den Kindern daraus

messbare Nachteile erwachsen. Die typische französische Frau in geordneten bürgerlichen Verhältnissen hat drei Kinder und einen Beruf. Während Deutschland nur auf 8,3 Neugeborene pro 1.000 Einwohner kommt, belegt Frankreich mit 12,8 Neugeborenen pro 1.000 Einwohner den elften Platz von den 34 entwickelten Ländern der Erde.

Eine wesentlich stärkere Berücksichtigung der Kinder in der Rentenformel ist unerlässlich, wenn Deutschland eine Zukunft haben will. Warum zum Beispiel erhalten Eltern kein Wahlrecht für ihre noch unmündigen Kinder? Ökonomisch betrachtet würde das sofort eine längerfristige Perspektive in ihre Wahlentscheidungen einbringen.

6.14.8. Warum wir unsere bisherige Einwanderungspolitik dringend ändern müssen

2010 musste ich mich berufsbedingt viel mit Australien auseinandersetzen. Währenddessen musste ich feststellen, dass 70 Prozent der dortigen Einwanderer einen gehobenen Schulabschluss haben und 40 Prozent der Einwanderer in Deutschland überhaupt keinen Schulabschluss nachweisen können. Die Alternative für Deutschland setzt sich auch für eine andere Einwanderungspolitik ein. Die derzeitige Zuwanderungspolitik in der EU hat für Länder wie Deutschland fatale Folgen. Die tickende Zeitbombe in der Zuwanderungspolitik innerhalb der EU muss entschärft werden. Jeder EU-Bürger hat heute das Recht, in den deutschen Sozialstaat einzuwandern. Wer kommt, muss sich nur fünf Jahre lang selbst versorgen und selbst für seine Krankenversicherung aufkommen. Allein das Kindergeld steht gleich zur Verfügung. Nach Ablauf der fünf Jahre hat der Emigrant ohne Antrag automatisch das Daueraufenthaltsrecht und Anspruch auf alle nicht beitragsfinanzierten sozialen Leistungen, wie sie auch einem deutschen Staatsbürger angeboten werden. Wenn also ein 60jähriger Rumäne seinen Wohnsitz in Deutschland nimmt, kann er - da er dann als nicht mehr arbeitsfähig gilt - ab dem 65. Lebensjahr Sozialhilfe, eine freie Wohnung und einen freien Krankenversicherungsschutz beanspruchen, quasi eine Rente auf Lebenszeit. Im Durchschnitt sind das etwa 1.050 Euro, denn Wohnkosten und Sozialhilfe allein liegen zusammen schon bei knapp 750 Euro und eine private Krankenversicherung kostet mindestens 300 Euro. Das ist mehr als das Doppelte eines normalen Arbeitseinkommens in Rumänien oder nahezu das Dreifache desjenigen in Bulgarien. Allein 2012 hatten wir 415.000 Zuwanderer aus den Ostblock-Staaten. Nur 140.000 kamen aus dem krisengebeutelten Südeuropa nach Deutschland. Man muss kein Ökonom sein, um die Auswirkungen auf die Migration vorherzusagen. Nicht das Wohnsitzland, sondern das Heimatland des Immigranten sollte für soziale Leistungen zuständig sein. Die Regel kann natürlich nicht für Drittländer gelten, insbesondere nicht für politisch verfolgte, die in ihrem Heimatland keine Unterstützung erfahren.

6.14.9. Überfällige Investitionen in die marode Infrastruktur

Interessengruppen wie der ADAC fordern von der Politik seit Jahren höhere Ausgaben für den Straßenbau ein. Schließlich trügen die Straßennutzer über ihre Steuern und Abgaben jährlich mit 53 Milliarden Euro zum Bundeshaushalt bei. Davon werden lediglich 5 bis 6 Milliarden Euro wieder in die Straßen-Infrastruktur reinvestiert. Nötig wären mindestens 7,5 Milliarden pro Jahr, sagen ADAC und Bauindustrie. Doch die Mahnungen bleiben ohne Erfolg. Die Bruttoinvestitionen für den Verkehr stagnieren in Deutschland seit etwa 20 Jahren. Berücksichtigt man die Preisentwicklung, sind sie sogar um 24 Prozent rückläufig.

"Unser Land zehrt von der Substanz", warnt deshalb der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Es sei "unverantwortlich, einen der bedeutendsten Standortfaktoren weiterhin auf Verschleiß zu fahren." Für die Unternehmen ist die Verkehrsinfrastruktur die Lebensader der Exportnation Deutschland. Und weil diese Ader immer stärker verstopft, steigt das Infarktisiko für die gesamte Volkswirtschaft.

„Die Infrastruktur-Investitionen in Deutschland sind von rund 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Anfang der 90er Jahre auf heute unter zwei Prozent gefallen“, warnt die Unternehmensberatung McKinsey.

Der Zustand der Straßen, Schienen- und Wasserwege verschlechtert sich. Auch für den Erhalt der Energie- und Kommunikationsnetze muss mehr getan werden. In Deutschland war und ist die Infrastruktur das Fundament für eine der produktivsten Volkswirtschaften der Welt und ein Garant für den Wohlstand. Dieses Fundament aber ist mürbe geworden. Der ADAC meldete im vergangenen Jahr durchschnittlich 800 Staus pro Tag auf den Schnellstraßen. Jeder Autofahrer verbringt im Verlaufe eines Jahres im Schnitt acht Arbeitstage in aufreibendem Stop-and-go oder totem Stillstand.

Das Institut für Urbanistik spricht bereits von einer Zeitbombe. Schon 1999 warnte die sogenannte Pällmann-Kommission vor einer Instandhaltungskrise in Deutschland und forderte eine Aufstockung des Etats. Je später man investiere, desto höher seien die Folgekosten. Wer Schlaglöcher heute nicht stopfe, müsse morgen die Straße komplett neu aufreißen. Die Bundesregierung erwartet, dass die Verkehrsleistung bis 2025 im Vergleich zu 2004 um rund 18 Prozent steigt. Der Gütertransport wird der Prognose zufolge sogar um 70,2 Prozent zunehmen. Ein durchaus dramatischer Wert vor dem Hintergrund, dass ein Lastwagen eine Straße in etwa so stark beschädigt wie 40.000 Pkw. Der Hafen Hamburg ist das größte zusammenhängende Industrie- und Gewerbegebiet Deutschlands. Stillstand auf den Straßen ist für den Hamburger Hafen ein Albtraum. "Wir dürfen keinen langsamen Infrastruktur-Tod sterben", sagt Lobbyist Bonz, der zugleich Manager beim Hafentreiber Eurogate ist.

Zerbröselnde Brücken und Engpässe gibt es auch auf den Schienen. In ganz Deutschland hat etwa ein Drittel der Stellwerke das Ende der technischen Lebensdauer bei Weitem überschritten. Es handelt sich im Wesentlichen um Anlagen der Baujahre 1885 bis 1935. Das Durchschnittsalter beträgt 93 Jahre. Und die Stellwerke sind nur ein Beispiel für die Vergreisung der deutschen Schienenwege. Wie prekär die Situation in bestimmten Regionen sein kann, zeigt das Beispiel des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB). Der hat in seinem Zustandsbericht für 2012 festgestellt: "Insgesamt sind 9,4 Prozent des Netzes nicht mit der eigentlichen Streckengeschwindigkeit befahrbar."

Wenn die Prognosen der Bundesregierung stimmen, wird allein der Schienengüterverkehr zwischen 2004 und 2025 um 65 Prozent zulegen. Und in den Personenzügen drängeln sich dann noch ein Viertel mehr Menschen als heute. Was nicht wächst, ist das deutsche Schienennetz. Rein rechnerisch ist es seit der Bahnreform von 1994 sogar ein wenig geschrumpft. 2,5 Milliarden Euro zahlt der Bund jedes Jahr nur für Ersatzinvestitionen in das Netz. Hinzu kommen die Eigenmittel der Bahn. Aus Expertensicht reicht das hinten und vorne nicht. "Nur um den Anstieg des Durchschnittsalters aller Anlagen im Netz zu stoppen, wären seitens des Bundes pro Jahr 3,5 Milliarden Euro nötig", sagt VDB-Hauptgeschäftsführer Pörner. Und an eine dringend nötige Neugestaltung der fünf wichtigsten Bahnknoten Köln, Frankfurt, Hannover, München und Berlin ist mit den derzeit vorhandenen Mitteln schon gar nicht zu denken. Die Daehre-Kommission, die lange über dem Schienenproblem brütete, kam zu dem Ergebnis, dass pro Jahr 7,2 Milliarden Euro fehlten, um das Schienennetz in einen bedarfsgerechten Zustand versetzen zu können.

Die Gründe für die Vernachlässigung der Infrastruktur haben mit Politik und Psychologie zu tun. Die Beratungsgesellschaft McKinsey diagnostiziert bei deutschen Entscheidungsträgern eine Neigung zu Optimismus und eine Veranlagung, negative Resultate nicht zu berücksichtigen, verhängnisvoll gepaart mit unvollkommenen Prognosetechniken und einem Mangel an Erfahrung und Fähigkeiten.

Dass dieser Befund zutrifft, zeigt unter anderem auch das Beispiel der deutschen Abwasser-Infrastruktur. Während die öffentlichen Kanäle mehr oder weniger gut in Schuss sind, liegt auf

privaten Grundstücken in Deutschland eine Zeitbombe vergraben. Rund eine Million Kilometer lang sind die Grundstücksentwässerungsanlagen, die von den deutschen Hausbesitzern gewartet und gegebenenfalls saniert werden müssten. Experten und Behörden schätzen, dass zwischen 75 und 90 Prozent der Rohre schadhaft sind, sodass Abwasser in den Boden sickert. Die Sanierungskosten bei durchschnittlich 330 Euro pro Meter summieren sich deutschlandweit auf einen dreistelligen Milliardenbetrag.

Die Kosten solcher Projekte werden von den ewig optimistischen Politikern stets unterschätzt: Im Bereich Schiene laut McKinsey im Schnitt um 45 Prozent, bei Brücken und Tunneln um 34 Prozent und im Straßenbau um 20 Prozent. Zugleich schätzen die Berufsoptimisten in den Parteien, Ministerien und Landesregierungen den Nutzen der Projekte fast immer zu hoch ein: Bei 84 Prozent aller Schienenprojekte und der Hälfte aller Straßenprojekte liegt die Erwartung ihrer Nutzung mehr als 20 Prozent zu hoch. Das schlimmste derzeitige Negativbeispiel ist das Desaster rund um den Berliner Großflughafen BER. So verstellt das Planungsdesaster um den Berliner Großflughafen Willy Brandt den Blick auf die Tatsache, dass Deutschland insgesamt über eine schlecht geplante, kostenträchtige Überausstattung an Regionalflughäfen verfügt, die eigentlich niemand braucht. Ein Beispiel ist der Flughafen Kassel-Calden: 271 Millionen Euro Steuergeld wurden für den Airport verbaut, für eine Nachfrage, die es nicht gibt. Nur sechs nennenswerte Starts pro Woche stehen in Calden auf dem Flugplan.

Vom Nutzen der Neubauten geblendet, neigen Entscheidungsträger dazu, alle resultierenden Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben zu ignorieren. Die werden kommenden Generationen überlassen. Die Wasserwege sind da keine Ausnahme. 30 Millionen Euro hat der Staat nach der Wende in die Ertüchtigung des Hafens Halle investiert. Zwölf Binnenschiffe können hier gleichzeitig beladen werden. Das Problem am Hafen Halle ist, dass er an der Saale liegt – und die ist nicht durchgängig schiffbar. Nahe der Mündung in die Elbe ist der Fluss mitunter nur 80 cm tief. Viele Schleusen sind in Deutschland nicht nur völlig überaltert, sondern schlichtweg zu klein. In die Schleusenbecken passen nur maximal 105 Meter lange Schiffe, obwohl die Standardgröße der Container- und Massengutfrachter inzwischen bei 135 Metern liegt.

6.14.10. Senkung der Pro-Kopf-Ausgaben für die medizinische Versorgung

Die Pro-Kopf-Ausgaben für die medizinische Versorgung können gesenkt werden, indem man den Lobbyismus der Pharmaindustrie zurückdrängt und beispielsweise billigeren Medikamenten den Marktzugang erleichtert. Die Verwaltungskosten, die durch die Vielzahl der Krankenversicherungsanbieter entstehen, können durch eine entsprechende Verschlankung der Anzahl und des damit verbundenen Verwaltungsapparates erheblich gesenkt werden.

6.14.11. Bürokratieabbau

„Nachdem wir das Ziel endgültig aus den Augen verloren hatten, verdoppelten wir unsere Anstrengungen.“ (Mark Twain, 1884) Bürokratie kostet Wachstum und vernichtet Jobs. Die Bundesregierung lobt sich dafür, den Verwaltungsaufwand seit Jahren zu senken. Fakt ist aber: Unsinnige Gesetze kosten die Wirtschaft pro Jahr weiter 37 Milliarden Euro. Zehntausende Selbstständige und Angestellte benötigen jeden Tag viel zu viel Zeit, um Belege abzuheften, Anträge fertigzustellen und Genehmigungen zu beantragen. Der bürokratische Ballast verursacht bei den Betrieben Kosten in Höhe von 37 Milliarden Euro - und das jedes Jahr. Wo auch immer die Politik es schafft, Bürokratie abzuschaffen, baut sie an anderer Stelle neue auf. Was die Wirtschaft ganz besonders quält: Die Steuergesetze versteht niemand mehr. Manche Steuergesetze sind so kompliziert, dass selbst Steuerberater unsicher sind, was der Fiskus gemeint haben könnte. Daher ermöglicht es das Finanzamt dem Steuerzahler, eine "verbindliche Auskunft" einzuholen. Darin muss sich das Amt bekennen, wie es einen Sachverhalt beurteilen würde und der Steuerzahler kann entsprechend agieren. Das klingt gut. Wer aber meint, er könne mal eben mit seinem Sachbearbeiter den Fall klären, der irrt. Denn zuvor muss er sich

durch den § 89 der Abgabenordnung kämpfen, der die Auskunft in sieben Absätzen mit 439 Worten haarklein regelt. Darin ist auch festgelegt, was die Auskunft kostet: 50 Euro je angefangene halbe Stunde. Lediglich einfache Anfragen sind umsonst. Ein fragwürdiges Geschäftsgebaren: Erst erlässt der Fiskus unverständliche Gesetze, dann verlangt er Geld für die Erklärung.

6.14.12. Änderungen in der Steuergesetzgebung

Steuerehrlichkeit vs. Steuergerechtigkeit: Die Politik beklagt sich über seine vielen unehrlichen Steuerbürger, deren Lust zum Steuern zahlen scheinbar nicht richtig ausgeprägt ist. Die Bürger beklagen sich wiederum über ihre Politiker, die ihre mühselig erarbeiteten Steuergelder verprassen bzw. viel zu häufig sprichwörtlich aus dem Fenster werfen. Aktuellste Beispiele hierfür sind die in ihrer Größe nicht endenden Euro-Rettungsfonds, der neue Berliner Flughafen, Stuttgart 21, das Debakel um die Euro-Hawk-Drohne u. v. m. Das Geben und Nehmen zwischen dem Staat und seinen Bürgern muss sich in der Balance halten. Sobald der Staat sinnvoll und behutsam mit den Steuergeldern umgeht, werden seine Bürger gern Steuern zahlen!

Auch wir fordern drastische Steuervereinfachungen – keine Steuersenkungen. Deutschland ist überschuldet. Die Schuldenquote liegt bei mehr als 80 Prozent, obwohl höchstens 60 Prozent zulässig sind. Wir fordern aber in erster Linie eine Steuervereinfachung durch die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen. Damit wird ein niedrigerer Steuersatz ermöglicht, ohne dass damit geringere Steuereinnahmen verbunden sind. Steuersenkungen im Sinne von Mindereinnahmen des Staats wären nicht zu verantworten. Wir sind Realisten. Die FDP ist populistisch, da sie immer wieder aufs Neue völlig irrealer Steuerentlastungen verspricht.

Höchste Priorität müssen internationale Steuerabkommen haben. Nur über diesen Weg können Steueroasen trockengelegt werden, die die Steuergerechtigkeit nur torpedieren. Erst wenn die Steuerschlupflöcher gestopft sind, können Vermögende entsprechend ihrer Wertschöpfung für die Gesellschaft und ihrer Leistungskraft angemessen besteuert werden. Den Begriff Vermögende könnte man anhand der Reichensteuer, die Einkommen ab 250.000 Euro bzw. 500.000 Euro erfasst, fest machen. Ob die zusätzliche Reichensteuer in Höhe von 2 Prozent für Einkommen oberhalb dieser Grenzen angemessen ist, muss neu diskutiert werden.

Anhand der ausufernden Staatsverschuldung sollte man allen Beteiligten reinen Wein einschenken, anstatt sie über die Hintertür zu enteignen. Sie haben ein Recht darauf. **Den Leistungsträgern unserer Gesellschaft muss man in jedem Fall den Anreiz zur weiteren rentablen Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen erhalten. Nur unsere Leistungsträger mit ihrem überdurchschnittlichen Einsatz, ihren Innovationen und Ideen sind in der Lage, nachhaltige Arbeitsplätze und den damit verbundenen Wohlstand in unserer Gesellschaft zu schaffen und zu erhalten.** Der Staat ist der schlechtere Investor, wie beispielsweise die ehemalige DDR eindrucksvoll bewiesen hat. Das chinesische Modell, welches augenscheinlich sehr erfolgreich ist, ist mit einer Demokratiegesellschaft wie der unsrigen leider nicht kompatibel.

6.15. Was sich in der Politik grundlegend ändern muss

Auf Sicht fahren, also eher kurzfristig agieren, genügt mit Blick auf die bevorstehenden Herausforderungen einfach nicht. Die uns derzeit alle beschäftigende europäische Finanzkrise kann das in keinem Fall entschuldigen. Die Dinge müssen rechtzeitig angegangen werden, weil es Zeit braucht, bis die gewünschten Änderungen in der Folge eintreten. Bei näherer, auch nur kurzer Betrachtung ist es wirklich interessant, wie viele wirtschafts- und sozialpolitische Hausaufgaben in den letzten Jahren nicht erledigt wurden.

6.15.1. Die Entscheidungsgewalt in Brüssel zurückdrehen

Man sollte sich hüten, einen Rettungsmechanismus in Gang zu setzen, bei dem andere Kräfte bestimmen oder mitbestimmen können, wie viel man selbst geben muss. Hilfen müssen freiwillige Leistungen bleiben. Sobald sie einer Automatik unterliegen, die zudem noch vom demokratischen Entscheid in Brüssel abhängen, in denen die Profiteure der Hilfen die strukturelle Mehrheit haben, wird die Sache problematisch. Dann wird der Helfende plötzlich in die Rolle des Missetäters gedrängt, weil er nicht so viel geben will, wie die Begünstigten mehrheitlich fordern.

6.15.2. Volkswirte und Ökonomen in zentraler Verantwortung

Es ist bedauerlich, dass politische Entscheidungsträger kritische Wissenschaftler häufig nur auf der persönlichen, emotionalen Ebene wahrnehmen, ohne sich gedanklich mit ihrer Argumentationsführung auseinander zu setzen. Indem der Rat solcher Wissenschaftler nicht angenommen oder zumindest nicht ernsthaft diskutiert wird, machen Politiker Fehler, für die wir als Bürger langfristig zu bezahlen haben. Das gilt für die Politik zur Rettung des Euro, das gilt aber auch für andere wirtschaftspolitische Aufgaben.

6.15.3. Politikerhaftung

Politiker sollten nicht nur abgewählt werden können, sie sollten sich auch einer Art politischer Haftung, die die ökonomische Haftung mit einbezieht, unterziehen. Aufsichtsratsmitglieder sind ebenso wie Vorstände von Aktiengesellschaften mit ihrem Privatvermögen haftbar zu machen und dagegen versichert. Mit einer Versicherung, die allerdings bei grober Fahrlässigkeit oder kriminellen Verhalten nicht zahlt. Die Art und Weise der Entscheidungsfindung unsere Volksvertreter ist in vielen Fällen zumindest grob fahrlässig.

6.15.4. Veröffentlichung der Kosten- und Nutzenrechnung für Wahlgeschenke, Reformen und Gesetzesänderungen

Eine Idee aus den Niederlanden: Bei unseren Nachbarn gibt es eine stärkere wissenschaftliche Kontrolle politischer Maßnahmen durch das so genannte Zentralplanungsbüro. Alle holländischen Parteien müssen dort ihre Wahlvorschläge im Hinblick auf die finanziellen Konsequenzen durchrechnen lassen und die Ergebnisse werden dann veröffentlicht. Die Ergebnisse sind ganz wichtig für die Wahlen und den Wahlkampf in Holland, denn dieses Verfahren und seine möglichen Ergebnisse bestimmen auch im Vorhinein das Verhalten der Politiker. Unrealisierbare Wunschvorstellungen, die noch dazu langfristig unseriös sind, schreibt man in den Niederlanden besser gar nicht erst in sein Parteiprogramm hinein.

6.15.5. Risikoanalyse

Man sollte vor jeder politischen Entscheidung erst einmal die Risiken durchrechnen und die Regierungen zwingen, auch die daraus entstehenden möglichen Eventualverbindlichkeiten auszuweisen. Risiken müssen klar benannt werden. Risiko heißt ja nicht, dass ein Risiko zwingend eintritt. Man muss aber wissen, was passiert, wenn es eintritt. Jede Versicherungsgesellschaft hat eine vergleichbare Risikoanalyse zu machen, damit sie existieren und erfolgreich wirtschaften kann! Ein jedes Unternehmen muss dem Aufsichtsrat über den so genannten Value at Risk berichten, also über entstehende Verluste, falls ungünstige Konstellationen zusammentreffen. Es sollte ein regelmäßiger Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht werden, der darlegt, welche Belastungen zukünftigen Generationen aufgebürdet wird.

6.15.6. Haftungspegel

Am ifo Institut für Wirtschaftsforschung wird seit längerem im Zusammenhang mit der Euro-Krise der mögliche Haftungspegel errechnet. Das ist ein Maß für die Verluste Deutschlands, wenn die Krisenländer pleitegehen und ihren Verpflichtungen gegenüber den Rettungssystemen und der EZB nicht mehr nachkommen. Derzeit liegt dieser Pegel bei 688 Mrd. Euro (Stand: März 2013). Dieser Haftungspegel würde unsere Politiker dazu zwingen, langfristiger zu agieren und über unsere Kontrolle wären sie dazu auch verpflichtet. Wir müssen im politischen Raum alles dafür tun, dass die Entscheidungen einen längeren Zeithorizont berücksichtigen. Nur so können sie besser werden und belasten uns selbst und unsere Kinder und Kindeskiner nicht in dem Maße, wie es sich derzeit abzeichnet.

6.15.7. Volksentscheide

Die repräsentative Demokratie versagt, wo die Politiker systematisch andere Interessen als die Bürger haben und nicht ausreichend von ihnen kontrolliert werden. Dazu zähle ich die Besoldung und Versorgung der Politiker, die Parteienfinanzierung, die Zahl der Ministerposten und Abgeordnetensitze, den Umfang und die Besoldung des öffentlichen Dienstes, Subventionen und Marktzutrittsbeschränkungen zugunsten gut organisierter Interessengruppen, die Machtausübung durch staatliche Regulierungen und Besteuerung und die Zentralisierung der Politik auf der Ebene des Bundes und der Europäischen Union. In diesen Bereichen sollten Volksbegehren und Volksabstimmungen möglich sein, ebenso bei allen Verfassungsänderungen.

Eine gewonnene Wahl ist für den Politiker so gut wie ein Blankoscheck. Deshalb sieht das Grundgesetz in Artikel 20 Volksabstimmungen vor. Die Abgeordneten haben sich im eigenen Machtinteresse bisher geweigert, dem Verfassungsauftrag nachzukommen und ein Ausführungsgesetz über Volksabstimmungen vorzulegen und zu beschließen. Die Euro-Haftungsunion wäre von den deutschen Wählern mehrheitlich abgelehnt worden. Daran lassen die Meinungsumfragen keinen Zweifel.

Volksentscheide bringen im Gegensatz zur uns bekannten Politiklandschaft in Deutschland zentrale Vorteile. Wie es sich für eine Demokratie gehört, liegt die Entscheidungsmacht auch tatsächlich in den Händen des Volkes. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen, auch die negativen, können nicht mehr einzelnen Politikern angelastet werden. Politik und Wissenschaft stehen in der Pflicht, ihre Argumente auf ein allgemein verständliches sprachliches Niveau herunter zu brechen. Bei weitreichenden Gesetzesentscheidungen muss erst das Volk gefragt werden. Damit hätten es die Lobbyisten ungleich schwerer, die Politik zu ihren Gunsten, zu Lasten anderer zu beeinflussen. Damit würde Politik wieder volksnah, sachlich und verständlich werden. Die Bürger würden sich wieder in die Gestaltung der Politik unserer Volkswirtschaft einbezogen fühlen. Der Anteil der Nichtwähler in Höhe von derzeit 40 Prozent würde sich in Folge dessen erheblich reduzieren.

6.15.8. Stimmrecht für Kinder

Unsere heutige Gesellschaft lebt auf Kosten unserer Kinder. Deshalb ist eine wesentlich stärkere Berücksichtigung der Kinder bei Wahlentscheidungen unerlässlich, wenn Deutschland eine Zukunft haben will. Warum zum Beispiel erhalten Eltern kein Wahlrecht für ihre noch unmündigen Kinder? Ökonomisch betrachtet würde das sofort eine längerfristige Perspektive in ihre Wahlentscheidungen einbringen.



7. Was lernen wir aus der Zypern-Rettung?

7.1. Der Anfang - Ausstieg aus dem Bretton-Woods-Währungssystem

Die abstruse Staatsverschuldung, die in den vergangenen 40 Jahren stattgefunden hat, erblickte im August 1971 durch US-Präsident Richard Nixon das Licht der Welt. Er brach das Versprechen, auf dem das Bretton-Woods-Währungssystem basierte und kündigte die letzte noch bestehende Bindung des Dollars an Gold auf. Seitdem überbieten sich die Staaten im Geld drucken und Schulden machen, was letztendlich in der uns heute bekannten Finanz- und Staatsschuldenkrise endete.

7.2. Kontoinhaber haften für ihre Bank

In Zypern drohen den Sparern je nach Bank Verluste von mehr als 50 Prozent. Auf Zypern werden **erstmalig die Gläubiger an der Rettung maroder Banken beteiligt**. Als Vorbild für andere Eurostaaten taugt das Beispiel allerdings nur bedingt. Stattdessen wird die Europäische Zentralbank einspringen, um die anfälligen Banken in der Eurozone zu stabilisieren. Die Sparer sollten sich aber nicht allzu sehr darüber freuen. Der Preis, den sie für den Einsatz der Notenbank zahlen, ist hoch - insbesondere für die Deutschen.

Selbst die gesetzliche **Einlagengarantie für Beträge bis zu 100.000 Euro ist alles andere als garantiert**. Sie wird nur eingelöst werden können, wenn ein Staat über ausreichende finanzielle Mittel verfügt oder von den anderen Euroländern gestützt wird. Sicher ist diese Solidarität nicht. Um einen Sturm auf die Einlagen - den gefürchteten „Bank Run“ - zu verhindern, wird schlussendlich die EZB als Retter der letzten Instanz auftreten und die angeschlagenen Staaten und ihre Banken mit den nötigen Mitteln versorgen müssen.

Das wiederum bedeutet nichts anderes, als dass es vor allem die Sparer in den vergleichsweise stabilen Euroländern sein werden, die für die Kosten der Krise aufkommen, auch wenn der Staat dort nicht direkt auf die Konten zugreift. **Die Enteignung erfolgt diskreter, beinahe unbemerkt über negative Realzinsen**. Auf diesem Wege werden die Ersparnisse der Deutschen langsam aber sicher entwertet. Sparen kann riskant sein – nicht nur auf Zypern.

„Alle Finanzinstitute und Investoren werden gezwungen, über ihre Risiken nachzudenken, weil sie jetzt erkennen müssen, dass diese Risiken Schmerzen bereiten können“, sagte etwa Jeroen Dijsselbloem, niederländischer Finanzminister und Chef der Eurogruppe. Das Beispiel Zyperns taugt durchaus als Blaupause für weitere Rettungsaktionen.

Bankforderungen (Anleihen, Zertifikate und Einlagen von mehr als 100.000 Euro) sind dann **riskant, wenn:**

- a) die Bank Verluste erleiden kann, die das haftende Eigenkapital übersteigt,
- b) die Bank nicht systemrelevant ist,
- c) das Einlagensicherungssystem, dem das Institut angehört, für den Haftungsfall nicht ausreichend dimensioniert ist,
- d) das Land, in dem die Bank oder deren haftende Muttergesellschaft sitzt, die Rettung nicht aus eigener Kraft stemmen kann und
- e) die Euro-Staatengemeinschaft eine vollumfängliche Haftungsübernahme ablehnt.

Sind diese Kriterien erfüllt, muss der Anleger davon ausgehen, dass seine Bankforderungen schon heute im Falle einer Bankenpleite Teil der Insolvenzmasse wären.

7.2.1. Rangliste der Staaten mit Bank-Risiken

Mittlerweile beträgt die Summe der Bankbilanzen in der Eurozone rund 274 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und liegt damit über dem internationalen Durchschnitt. Die Größe des Bankensektors ist ein Problem für die gesamte Staatengemeinschaft und damit auch für den Euro.

Luxemburg führt bedenkliche Bankensektor-Rangliste an:

Land	Bilanzsumme in Mrd. €	BIP in Mrd. €	Bilanzsumme in % des BIP
Luxemburg	961,5	44,2	2174
Malta	53,5	6,8	792
Hongkong	14.858,7	2.001,1	743
Zypern	128,1	17,9	716
Irland	1.170,0	163,6	715
Schweiz	2.857,7	592,9	482
Großbritannien	6.994,0	1.547,9	452
Niederlande	2.493,1	601,1	415
Frankreich	8.068,1	2.029,9	397
Spanien	3.572,5	1.048,5	341
Dänemark	6.139,1	1.820,0	337
Portugal	557,2	165,4	337
Schweden	1.702,7	3.631,4	322
Deutschland	8.225,5	2.643,9	311
Italien	4.219,0	1.565,9	269
China	13.250,0	51.900,0	255
Griechenland	442,0	193,7	228
Slowenien	50,8	35,5	143
Norwegen	3.950,7	2.956,9	134
Estland	19,7	17,0	116
USA	13.254,7	1.5681,5	85

Was viele unterschätzen: Banken leben zuallererst vom Vertrauen ihrer Einleger. Wenn die Kunden glauben, ihr Geld sei auf dem Konto nicht mehr sicher und es eilig abziehen, können selbst gesunde Institute in Schwierigkeiten geraten. Keine Bank ist in der Lage, alle ihre Kunden auf einmal auszubezahlen. Die Spieltheorie lehrt uns, dass selbst Gerüchte über mögliche Solvenzprobleme einer Bank ausreichen, um einen „Bank Run“ auszulösen. Es werden auch Anleger vorsorglich ihre Konten räumen, die diesen Gerüchten wenig Substanz beimessen, um zu vermeiden, dass ihnen die anderen zuvorkommen. Die Anfälligkeit einer Bank für einen „Bank Run“ kann also ebendiesen auslösen.

Die starke Vernetzung der Banken untereinander vergrößert das Problem noch. Fällt ein Kreditinstitut, fallen auch andere. Ein solcher Dominoeffekt hatte bereits zur Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 geführt. Damals bekamen besonders große, global vernetzte Banken das Etikett „systemrelevant“ aufgeklebt, was letztlich einer Staatshaftung gleichkam. Die mit einem Persilschein ausgestatteten Großbanken verschmolzen mit den Staaten zu einem Haftungsklumpen.

Dies wiederum führte zur Staatsschuldenkrise, die 2010 in Griechenland ihren Ursprung nahm. Wir hatten hiervor schon Anfang 2010 mit der Frage „Wer rettet die Retter?“ gewarnt. Drei Jahre später ist die Antwort relativ eindeutig. **Da den meisten Rettern mittlerweile die Mittel fehlen, um den Banken im Notfall beizuspringen, bleibt allein die Europäische Zentralbank, um das nach wie vor fragile Bankengebilde zu stabilisieren.**

7.2.2. Neue Eigenkapitalrichtlinien

Die neuen Eigenkapitalrichtlinien nach **Basel III** gelten nach aktueller Planung erst ab 2019. Die Anforderungen an die Banken sind zudem relativ locker. Das Eigenkapital muss lediglich 3 Prozent der Bilanzsumme und 7 Prozent der risikogewichteten Aktiva betragen. Das reicht bei Weitem nicht aus, um neuerliche Turbulenzen schadlos zu überstehen. Genau denen wäre der Banksektor aber ausgesetzt, sollte die Gläubigerhaftung tatsächlich offiziell proklamiert und nicht nur als Möglichkeit erwogen werden. In einem solchen Falle würden die Menschen eilig ihre Konten räumen – Zypern wäre plötzlich überall.

7.2.3. Risiko Zentralbanken

Die EZB wird die Banken deshalb mit zusätzlicher Liquidität versorgen und die Staaten stützen müssen, die mit der Rettung ihrer Kreditinstitute überfordert wären. Damit dies im Notfall schnell und reibungslos funktioniert, dürften die Notenbanker künftig darauf verzichten, dass sich die betroffenen Staaten zunächst offizielle bereiterklären, unter den Rettungsschirm ESM zu schlüpfen.

Eines steht unseres Erachtens jedenfalls fest: **Ohne die EZB als Retter der letzten Instanz droht der Bankensektor in der Eurozone im Falle erneuter Solvenzprobleme zu kollabieren.** Das kleine Zypern hat gezeigt, was passiert, wenn es kein starkes Einlagensicherungssystem gibt oder der Staat als Helfer ausfällt. Dann müssen die Sparer zahlen. **Auf die Rettung durch die Euro-Staatengemeinschaft ist nur bedingt Verlass. Solidarität ist endlich.** Das gilt insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes. Ohne den Beistand der EZB wäre das fragile Banksystem der Eurozone dem nächsten Sturm schutzlos ausgeliefert und anfällig für einen „Bank Run“. Das weiß nicht allein Mario Draghi.

Doch der Preis ist hoch, den die Sparer dafür zahlen müssen. Wenn die Notenbanken auf der ganzen Welt zum Geld drucken gezwungen sind, um Banken sicherer, die Wirtschaft stabil und die Staatsschulden finanzierbar zu machen und dazu den Schutz der Gläubiger über den Schutz des realen Geldwertes stellen, wird dies langfristig zwangsläufig zu einem massiven Vertrauensverlust in den Wert des Geldes führen.

Ben Bernanke, Chef der amerikanischen Zentralbank, der das gerade genannte absurde Ziel „Senkung der Arbeitslosigkeit per Gelddruckmaschine“ ausgegeben hat, wird nach seiner aktuellen Amtsperiode wahrscheinlich nicht mehr als Fed-Präsident zur Verfügung stehen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird ihn Janet Yellen beerben, die ehemalige Präsidentin der Federal Reserve Bank of San Francisco. Sie ist bereits seit 2010 seine Stellvertreterin. Aus Yellens öffentlichen Auftritten geht klar hervor, dass sie das nahezu Unmögliche wahr machen kann: Sie will noch stärker inflationieren als Helikopter-Ben. Dessen Glauben an die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Gelddruckmaschine teilt sie natürlich. Sie hält aber nichts von seinem Plan, bei Erreichen einer Arbeitslosenquote von 6,5 Prozent die geldpolitischen Zügel zu straffen. Sie hat sich stattdessen dazu bekannt, die Druckmaschine so lange laufen zu lassen wie nur irgend möglich. Verglichen mit Zentralbankern wie Janet Yellen oder Haruhiko Kuroda, dem Chef der Bank of Japan, erscheint Mario Draghi ja fast schon seriös.

7.3. Enteignung durch Inflation

Noch ist die Inflation niedrig. Möglicherweise geht sie sogar wegen des schwachen Yens, der die japanischen Exportgüter zunehmend verbilligt, oder wegen der schwachen Konjunktur in weiten Teilen der Eurozone kurzfristig weiter zurück. Allerdings wirkt die Inflation wegen des niedrigen Zinsniveaus schon jetzt wie eine **Enteignung auf Raten**. Anders als auf Zypern verläuft die Enteignung der Sparvermögen in Deutschland **schleichend und nahezu geräuschlos**. Schon 2 Prozent Inflation führen bei einem Nettozinsersparnis von 0,5 Prozent zu einer jährlichen Entwertung des Vermögens von knapp 1,5 Prozent. So ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich die Sparvermögen halbieren. Das eigentliche Risiko solcher Anlagen wird aber erst dann existenziell, wenn das Vertrauen in den Wert des Geldes durch die anhaltende Liquiditätsflut der Notenbanken schwindet, möglicherweise sogar völlig erodiert. **Sparer sollten deshalb zu Investoren werden, denn Eigentum an Sachwerten ist realer, nicht nominaler Natur.**

Die Zeit des billigen Geldes ist noch lange nicht vorbei. Im ersten Quartal hat die Bank of Japan ihre Geldpolitik erneut kräftig gelockert. EZB und US-Fed ziehen nach. Sie werden das Zinsniveau noch Jahre künstlich drücken. Weltweit liefern sich Investoren deshalb einen Wettlauf um die verbliebenen attraktiven Anleihen. Alles, was einen Kupon hat und noch ein bisschen Rendite bringt, wird gekauft. Die Aussicht wirkt verlockend, noch einen zeitweisen Kursgewinn erzielen zu können, der die niedrige Fälligkeitsrendite aufpoliert. Dummerweise werden bei einer zehnjährigen Anleihe, die 1,3 Prozent Rendite per Endfälligkeit aufweist, auch nur 1,3 Prozent pro Jahr zu verdienen sein. Das reicht nicht aus, um die Inflationsrate auszugleichen.

Trotzdem scheint gerade den Deutschen die Vorliebe für verzinsliche Anlagen in den Genen zu liegen. Die Berg- und Talfahrt an den Börsen mit insgesamt vier Crashes in gerade einmal 15 Jahren hat die Abneigung gegenüber Aktien zementiert. Sie werden zuallererst als Spekulationsobjekt betrachtet und nicht als Form langfristiger Geldanlage. Die Privatanleger sind nicht allein. Auch institutionelle Investoren wie Versicherungen, Versorgungswerke und Pensionskassen mögen sich nicht so recht für Aktien und andere Sachwerte erwärmen. Dabei wären sie ob ihres langfristigen Anlagehorizonts eigentlich prädestiniert dafür. Bei Versicherungen ist dies wegen der rigiden Eigenkapitalvorschriften noch verständlich. Bei Pensionskassen und Stiftungen dagegen ist die Zurückhaltung kaum nachvollziehbar.

In den vergangenen Jahren war das kein Problem. Die Kursgewinne am Anleihemarkt haben dafür gesorgt, dass die Durchschnittsrendite 2011 und 2012 beachtliche 7 Prozent betrug. Künftig werden mit einer solchen Portfoliostruktur aber kaum mehr als 3 bis 4 Prozent zu verdienen sein. Anleihen guter Schuldner werfen zumeist nur noch 1 bis 2 Prozent Rendite ab. **Zu wenig, um das Vermögen fürs Alter dauerhaft zu mehren.**

7.4. Verhinderung von Bankpleiten auf Kosten der Steuerzahler

Die völlig beliebige Verteilung von Verlusten nach politischem Gutdünken, der schamlose Griff in die Brieftasche des Bürgers hat begonnen. Die letzten Hemmungen sind gefallen. Der amerikanische Analyst James Grant hat die neue Realität, an die sich Bankkunden nach der Zypernkrise gewöhnen und anpassen müssen, sehr anschaulich beschrieben:

1. Der Eigentümer von Bankeinlagen ist Kreditgeber der Bank.
2. Die Bank, der er sein Geld geliehen hat, ist ein hoch gehebelter Spekulant in diversen Kreditprodukten, die zu einem Großteil illiquide oder von schlechter Bonität sind oder beides.
3. Viele Banker, die in der Ära der staatlichen Bankenrettungen („Bail-out“) groß geworden sind, dürften fachlich kaum auf die neue Ära der Bankensanierung („Bail-in“) vorbereitet sein.

Wenn Banker darauf vertrauen können, vom Steuerzahler gerettet zu werden, sobald sie sich verspekulieren, haben sie natürlich einen Anreiz, sehr viel höhere Risiken einzugehen, als wenn sie ihre Verluste selbst tragen und im Fall der Fälle den schweren Gang zum Konkursrichter antreten **müssen**.

Die gut gemeinte Absicht, den Bankensektor in jedem einzelnen Krisenfall durch die Verhinderung von Bankenpleiten zu stabilisieren, hat die systematische Wirkung, einen immer instabileren Bankensektor zu erzeugen. „Gut gemeint“ reicht als Grundsatz einer sinnvollen Ordnungspolitik leider nicht aus. Was kurzfristig und im Einzelfall sinnvoll erscheinen mag, kann langfristig verheerende Wirkungen entfalten.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Sie wurde in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aber immer häufiger auf dem politischen Altar kurzfristig orientierter Wählerstimmenoptimierung geopfert – so auch bei der Konzeption und Einführung der Europäischen Währungsunion. Und je länger die falsch gesetzten Anreize Bestand haben und die ihnen anhaftenden Wirkungen entfalten, umso größer werden die darauf basierenden Fehlentwicklungen. Am Ende steht in dem uns interessierenden Fall der Banken ein extrem fragiles System, das sich permanent am Rande des Zusammenbruchs befindet.

Natürlich waren die Bankenpleiten der 1930er Jahre schlimm. Aber immerhin 73 Prozent der US-Banken, die es vor dem den Auftakt zur Weltwirtschaftskrise markierenden spektakulären Börsencrash von 1929 gab, gingen nicht pleite. **Die große Mehrheit der Banken überstand also einen Wirtschaftsabschwung**, der im August 1929 begann und erst 43 Monate später im März 1933 endete. In dessen Verlauf schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt nominal um 27 Prozent und real sogar um 45 Prozent.

„**Welcher Prozentsatz der heutigen Banken würde eine solche Feuerprobe überstehen?**“, so Grants zum Nachdenken anregende Frage. Ich glaube, dass nur noch ein sehr geringer Teil der US-Banken und ein noch kleinerer Teil der europäischen Banken diese Prüfung überstehen würde. Darüber hinaus würden allerdings auch die meisten hochverschuldeten Staaten – inklusive der USA – dieses Szenario nicht ohne Staatsbankrott bewältigen können.

Ist die heutige Generation von Bankern und Politikern denn so viel dümmer als die Generation ihrer Groß- oder Urgroßväter? Nein, natürlich nicht. Aber sie operieren in einem völlig anderen System. **Ein System, das es ihnen nicht nur ermöglicht hat, sehr viel größere Risiken einzugehen, sondern ihnen geradezu unwiderstehliche Anreize dazu gegeben hat.**

Wenn das Bankensystem eines Landes sehr groß ist, gemessen an der Bilanzsumme in Relation zur Wirtschaftskraft, müssen sich die Banken zu einem großen Teil im Ausland refinanzieren. Es entsteht also eine Abhängigkeit vom Ausland und von Refinanzierungsmitteln, die wahrscheinlich weniger verlässlich sind als heimische Gelder und außerdem stärker ausländischen Einflussfaktoren unterliegen. Außerdem macht ein allzu großer Bankensektor die Regierung des betroffenen Landes gewissermaßen erpressbar, weil eine Bankenkrise in diesem Fall unverhältnismäßig starke negative Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft ausübt.

7.5. Alternativen zum Bank- bzw. Tages- und Festgeldkonto

Es ist nicht mehr möglich, sich ein Bild von der Risikosituation einer Großbank zu machen. Deshalb spreche ich die Empfehlung aus, kurzlaufende Bundesanleihen zu halten, anstatt sich mit Fest- oder Tagesgeld dem Risiko eines Gläubigers potenziell maroder Banken auszusetzen. Diesen Rat, bei dem Sicherheit eindeutig vor Rendite geht, halte ich mehr denn je für richtig.



8. Wie der Staat die amtlich ausgewiesene Inflationsrate manipuliert

Die Geldelite muss die Finanzmärkte im Griff behalten, sonst sind neue Schuldenexzesse nach den bekannten Geldschöpfungsregeln in unserem Schuldgeldsystem kaum möglich. Ein freies Spiel der Kräfte ist generell an den Finanzmärkten ebenso wenig dafür geeignet wie im speziellen eine ungebremste Goldhausse. Die größte aller Manipulationen findet allerdings nicht direkt an den Märkten statt, sondern quasi im Hintergrund bei einem viel beachteten, monatlich veröffentlichten Datensatz: Der Inflationsrate!

Weltmeister in der „Verfremdung“ dieser nicht nur für die Finanzmärkte wichtigen Determinante sind natürlich die USA. Doch auch anderswo hat man an den „Gestaltungsmöglichkeiten“ inzwischen Gefallen gefunden.

8.1. Was ist eigentlich Inflation?

Bevor ich auf die massiven Manipulationen zu sprechen komme, muss zuvor der Begriff Inflation noch definiert werden. Und da fangen die Probleme schon an. So sieht die Österreichische Schule der Nationalökonomie Inflation stets als rein monetäres Problem an.

Steht einem unveränderten bzw. leicht wachsenden Güter- bzw. Dienstleistungsangebot eine stärker wachsende Geldmenge (Geldschöpfung) gegenüber, so herrscht bereits Inflation. Die möglichen Preissteigerungen im Einzelhandel, also auf Konsumentenpreisebene, sind nach dieser Auffassung lediglich eine Folge dieser (monetären) Inflation. Auch ich bin ein Anhänger dieser absolut sinnvollen Definition. Allein in der realen Welt findet sie keine Beachtung.

Sowohl die Notenbanken als auch sämtliche Investorengruppen, darüber hinaus noch die gesamte Bevölkerung vom Arbeiter bis zum Rentner, macht die Inflation allein von den durchschnittlichen Preissteigerungen an der Ladentheke abhängig, bzw. von möglichen Erhöhungen bei kommunalen Abgaben und indirekten Steuern. Die Geld- bzw. die Kreditschöpfung bleibt unberücksichtigt.

8.2. Massive Schummelei bei der Datenerfassung und Verarbeitung

Während die Ausweitung der verschiedenen Geldmengenaggregate durch die Notenbanken zumindest teilweise noch akkurat aufbereitet und veröffentlicht wird, finden die Preisveränderungen des der Inflationsberechnung zu Grunde liegenden Warenkorb mehr oder minder unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Die Zusammensetzung des Warenkorb ist zudem natürlich Geschmacksache, kann schon in der Theorie nur irgendwelche durchschnittlichen Gewohnheiten der Bevölkerung berücksichtigen. Die Praxis sieht allerdings deutlich schlimmer aus. So werden die Warenkörbe fast überall auf der Welt ununterbrochen angepasst.

Mal ist es die Quantität eines Gutes, mal seine Qualität, mal die „hedonische Komponente“ (z. B. wird die Prozessor-Geschwindigkeit von Computern erhöht, aber der Preis bleibt konstant - für diese Qualitätssteigerung wird nun das Preisniveau gesenkt, da man für gleiches Geld mehr bekommt), die den Warenkorb beliebig verzerren kann und auch soll. Das Ziel ist immer das gleiche: Die Inflationsrate soll möglichst niedrig ausfallen!

8.3. Permanent niedrige Inflationsraten durch willkürliche Anpassungen

Seit Beginn der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wird - von den USA ausgehend - an der Inflationsrate herum gedoktert. Im Ergebnis werden all jene Komponenten des Warenkorb, die eine stärkere Geldentwertung andeuten, gedrückt und all jene Dinge, die dem technischen Fortschritt unterliegen, massiv überbewertet bzw. im Preis künstlich herabgesetzt.

Doch der Reihe nach: Mengenmäßige Anpassungen fanden in der Vergangenheit zum Beispiel häufig bei frischen Nahrungsmitteln oder im Energiebereich statt. Teure Lebensmittel wurden im Warenkorb in der Menge herabgesetzt, ebenso der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch. Auch die qualitativen „Anpassungen“ betrafen bisher vor allem „food and energy“. So wurden beispielsweise frisches Obst und Gemüse langsam gegen Konserven und Tiefkühlkost ausgetauscht, gutes Rindfleisch gegen qualitativ minderwertiges Hackfleisch. Ferner kletterte die Menge an Fertiggerichten im Warenkorb.

Den größten Witz erlauben sich die Statistiker allerdings mit der Hedonik. Sie soll berücksichtigen, dass einzelne Produkte - vor allem Elektroartikel - steten Qualitätsverbesserungen unterliegen. Diese werden dann „berechnet“ und vermindern den heutigen Preis einer Waschmaschine, eines Autos oder eines Computers.

So ist zum Beispiel ein CD-Spieler mit 16fachem „Oversampling“ natürlich „besser“ als einer mit nur 4fachem. Oder ein Laptop mit aktueller schneller Grafikkarte kann ja viel mehr als das Gerät vor 4 Jahren. Diese Sicht der Dinge mag durchaus richtig sein. Doch was hat das mit der Höhe der Preise zu tun, zumal nicht jede neue technische Spielerei überhaupt eine Verbesserung für den Anwender darstellt!

8.4. Die Vorgabe: Es gibt keine Inflation!

Angesichts dieser Eingriffe in die Erstellung der Inflationsrate tut es Not, sich über alternative Berechnungen zu informieren. Bei shadowstats.com können Sie sehr leicht erkennen, wie sich die heutige Inflationsrate darstellen würde, wenn entweder ab 1990 oder bereits 1980 keine Anpassungen vorgenommen worden wären, die Berechnungen folglich direkt vergleichbar wären.

Je nach Geschmack ergibt sich dadurch eine jährliche Geldentwertung in den USA, die im Durchschnitt zwischen 5 und 8 Prozent liegt. Da die offizielle Rate aber nur bei rund 2 Prozent verharrt, die Tendenz in den kommenden Monaten sogar leicht rückläufig ist, ist die US-Realverzinsung auf 10jähriger Basis nur leicht negativ.

Die Wahrheit sieht allerdings anders aus. Die Anleger verlieren in Wirklichkeit in nur 3 Jahren mindestens 10 Prozent der Kaufkraft – eine beispiellose Enteignung! Doch so gut wie keiner geht gegen diesen durchaus bekannten Betrug vor.

Bitte machen Sie sich klar, dass die Inflationsrate nicht nur für Sparer oder Investoren wichtig ist. Auch Lohn- und Gehaltsabschlüsse orientieren sich an ihr. Rentenerhöhungen werden teilweise sogar automatisch an die Inflationsentwicklung gekoppelt.

Ein Grund für die im Durchschnitt seit Jahren steigenden Gewinne der Unternehmen ist eben auch der, dass die Preiserhöhungen für die Produkte größer sind als die Lohnzuwächse, mit der sich die Arbeiterschaft zufrieden gibt.

8.5. Größte Enteignung aller Zeiten

Im Ergebnis führt die künstlich niedrig gehaltene Inflationsrate zu einer spürbaren Enteignung der Bevölkerung, deren Kaufkraft immer deutlicher absackt. Gerade Sparer trifft dies angesichts der lächerlich geringen Haben-Zinsen massiv, aber eben auch alle abhängig Beschäftigten. Doch die Masse muckt nicht auf, lässt sich weiterhin täuschen.

Am Rande notiert: Auch die deutsche Inflationsrate wird entsprechend manipuliert, allerdings wohl etwas geringer als jene in den USA. Doch das Ergebnis ist fast das gleiche. Denken Sie doch einmal bei der nächsten Veröffentlichung der deutschen Inflationsrate darüber nach, ob die von Ihnen bezogenen Waren und Dienstleistungen samt kommunalerer Zuschläge bei den Abgaben in den vergangenen 12 Monaten wirklich nur um 1,6 bis 2,4 Prozent teurer geworden sind.

Allein den jüngsten Zahlen des Verbands Deutscher Pfandbriefbanken zufolge verteuerte sich beispielsweise selbst genutztes Wohneigentum im ersten Quartal des laufenden Jahres bundesweit um 3,4 Prozent. Noch stärker erhöhten sich die Mieten: Laut dem Beratungsinstitut Empirica verlangten Vermieter zwischen Januar und März 2013 für freie Wohnungen eine um 4,3 Prozent höhere Miete als ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Vorjahr sind die Energiekosten um satte 10 Prozent gestiegen! Was haben wir davon, wenn die Anschaffung eines Computers, den wir im Durchschnitt nur alle fünf Jahre erneuern, im Preis gefallen ist? Die Politik veröffentlicht eine Inflationsrate von nur 1,2 Prozent für den April 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat! Noch Fragen?

Kinder dürfen nicht für die Gutgläubigkeit ihrer Eltern haften!



9. Alternative für Deutschland

Die alten Industriestaaten werden sich für grundlegende Reformen entscheiden müssen, wenn sie nicht im Chaos untergehen wollen. Die derzeitigen volkswirtschaftlichen Herausforderungen erfordern eine völlig neue Politikkultur, die sich durch qualifizierten Sachverstand und eben nicht durch kurzfristige Wahlgeschenke auszeichnen muss. Für diese neue Politik tritt die Alternative für Deutschland zur Wahl an.

9.1. Die Alternative zur politisch verkommenen Knetmasse

Die Alternative für Deutschland sollte sich besser gleich von dem Gedanken verabschieden, es allen Wählern Recht machen zu wollen. Der Anspruch sollte vielmehr sein, Rückgrat zu bewahren! Alle Alt-Parteien sind inzwischen mit beliebiger Knetmasse vergleichbar. Auch die FDP beugt sich inzwischen dem Mainstream, womit sie letztendlich ihre Existenzberechtigung verlieren wird. Große Bevölkerungskreise und Wählermehrheiten suchen inzwischen vergeblich nach einer berechenbaren und konstanten Partei. Diese Lücke könnte die AfD schließen, wenn sie sich nicht auf Mehrheiten sondern stattdessen auf Inhalte konzentriert. Diese Inhalte müssen mit Geradlinigkeit, Unbeugsamkeit, Konsequenz und Verlässlichkeit flankiert sein - unabhängig vom jeweiligen Stimmungsbild des Mainstreams. Bei den uns bevorstehenden schwierigen Zeiten wird sich letztendlich auch der Mainstream der Konstante zuwenden. Die AfD darf allein schon aufgrund ihrer Inhalte darauf vertrauen, dass ihr langfristiger Erfolg unaufhaltsam ist, wenn sie Ruhe, Konsequenz, Härte und Nachhaltigkeit bewahrt und ihre politischen Ziele nicht zugunsten des nächstbesten Wahlerfolges opfert. Die Alt-Parteien spiegeln nur noch beliebige Knetmasse wider. Mit langfristigem Erfolg lassen sich breite Bevölkerungsmehrheiten nur mit Geduld, eiserner Unbeugsamkeit, eiserner Disziplin und damit einhergehender Vorbildwirkung gewinnen.

9.2. Bankenunion und Eurobonds

Sobald die schon seit langem diskutierte Bankenunion und die Eurobonds eingeführt werden, ist das Kind vollends in den Brunnen gefallen. Zu Beginn einer neuen Legislaturperiode wagen Regierungen mehr und machen nicht selten das genaue Gegenteil von dem, was sie vor ihrer Wahl versprochen haben. Sollte es nach den Bundestagswahlen im September zu einer großen Koalition aus CDU und SPD kommen, könnte ein Großprojekt, wie die Vergemeinschaftung der europäischen Schulden durch Eurobonds, angegangen werden. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die notwendigen Änderungen der Verfassung ist dann ebenfalls kein Problem mehr. Und die Grünen haben ohnehin schon längst gesagt, dass es mit der Vergemeinschaftung der Schulden gar nicht schnell genug gehen kann. Die Alternative für Deutschland ist die einzige Partei, die sich klar gegen die Bankenunion und gegen Eurobonds aufstellt.

9.3. Die Alternative für Deutschland wird unterstützt von:

- Dr. Konrad Adam, Journalist (FAZ, Die Welt) und Publizist.
- Walther Adler, Oberregierungsrat, Statistisches Bundesamt, Diez.
- Prof. Dr. Hans-Günter Appel, Beiratsvorsitzender Nationale Anti-EEG-Bewegung.
- Prof. Dr. Ronald Asch, Geschichtswissenschaften, Freiburg.
- Dr. Bruno Bandulet, Journalist und Verleger, Bad Kissingen.
- Prof. Dr. Charles Blankart, Volkswirtschaftslehre, Berlin.
- Prof. Dr. Ulrich Blum, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle a. D.
- Prof. Dr. Ursula Braun-Moser, Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU) 1984-1994.
- Prof. Dr. Michael J. J. Brück, LL.M., Rechtsanwalt und Attorney at Law (New York), Kronberg im Taunus.
- Peter Christ, vormals Leiter der Wirtschaftsredaktion "Die Zeit" und Chefredakteur von Stuttgarter Zeitung, Manager Magazin, Sächsische Zeitung u. a., Luzern.

- Prof. Dr. Ludwig Cromme, Mathematiker, Mitbegründer der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und dort Universitätsprofessor.
- Dr. Ebenhöf, Orthopädie, Chefarzt a. D., Bad Orb.
- Wolfgang von Eichborn, Richter, vormals Referent der SPD–Bundestagsfraktion, Ebersberg.
- Dieter Farwick, Brigadegeneral a. D. und Publizist, Sigmaringen–Laiz.
- Prof. Dr.–Ing. Thomas Albert Fechter, Maschinenbau, Wiesbaden.
- Prof. Dr. Herbert Frohnhofen, Systematische Theologie, Mainz.
- Dr. Alexander Gauland, Staatssekretär a. D., Potsdam.
- Ass. Jur. Albrecht Glaser, Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt/Main a. D., Bürgermeister a. D., Niedenstein
- Prof. Dr. Carola Groppe, Erziehungswissenschaft, Hamburg.
- Prof. Dr. Andrea Gubitz, Volkswirtschaftslehre, Frankfurt.
- Prof. Dr. Gernot Gutmann, Volkswirtschaftslehre, Rektor Universität zu Köln a. D.
- Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Präsident der Hessischen Landesbank a. D., Königswinter.
- Michael Heendorf, Kriminalbeamter a. D., Magdeburg.
- Prof. Dr. Burkhard Heer, Volkswirtschaftslehre, Universität Augsburg.
- Prof. Dr. Ing. E.h. Hans–Olaf Henkel, Präsident der IBM Europa, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Leibniz–Gemeinschaft a.D.
- Prof. Dr. Carsten Herrmann–Pillath, Volkswirtschaftslehre, Frankfurt.
- Prof. Dr. Stefan Homburg, Volkswirtschaftslehre, Hannover.
- Dr. Wolfgang Hönig, Generalbevollmächtigter a. D. der Commerzbank AG, Frankfurt.
- Dr. Johannes Hüdepohl, Sprecher Bündnis Bürgerwille, Ahrweiler.
- Gerhard Koning, Bankvorstand a. D., Kelkheim.
- Wolfgang Kräher, Dipl.–Ing. Werkstofftechnik, Bad Dürkheim.
- Caroline Kreuzler, Klipp+Klar Unternehmenskommunikation, Hamburg.
- Prof. Dr. Jörn Kruse, Volkswirtschaftslehre, Hamburg.
- Dr. Klaus–Peter Last, freiberuflicher Softwarespezialist, 1991–1998 Landesschatzmeister von Bündnis90/Die Grünen Mecklenburg–Vorpommern.
- Vera Lengsfeld, MdB 1990–2005, Bündnis 90/Die Grünen und CDU.
- Prof. Dr. Bernd Lucke, Hochschullehrer, Universität Hamburg.
- Prof. Dr. Helga Luckenbach, Volkswirtschaftslehre, Gießen.
- Prof. Dr. Lothar Maier, Verbraucherschutz, Stuttgart.
- Dagmar Metzger, wordstatt GmbH, München
- Prof. Dr. Dirk Meyer, Volkswirtschaftslehre, Hamburg.
- Klaus Müller, Horländer GmbH, Speyer.
- Dr. Frauke Petry, Geschäftsführerin purinvent GmbH, Leipzig.
- Prof. Dr. Manfred Philipp, City University of New York.
- Prof. Dr. Hayo Reimers, Wirtschaftswissenschaften, Gießen.
- Martin Renner, Cosmed Marketing und Kommunikation GmbH, Wuppertal.
- Prof. Dr. Christian Rennert, Betriebswirtschaftslehre, Köln.
- Prof. Dr. Gisbert Richard, Direktor der Universitäts–Augenklinik, Hamburg.
- Dr. Thomas Rietzschel, Autor und Journalist, Roßbach.
- Dr. Oliver Safarowsky, Chemiker und Betriebswirt, Köln.
- Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Öffentliches Recht, Hamburg.
- Bodo Schmidt, Kölnische Haus– und Grundstücksverwaltung, Köln.
- Prof. Dr. Peter Schneider, Erziehungswissenschaft, Paderborn.
- Hansjörg Schrade, ecofit, Stellv. Vorsitzender Aktionsbündnis Direkte Demokratie, Reutlingen
- Prof. Dr. Wolfgang Schöhl, Wirtschaftsjournalismus, Darmstadt.
- Wolf–Joachim Schünemann, ASS Versicherungsmakler GmbH.
- Prof. Dr. Wolfgang Seeger, Neurochirurgie, Freiburg.
- Dr. Bernhard Seitz, Aktionsbündnis Direkte Demokratie, Stuttgart.

- Dr. Dieter Spethmann, Vorstandsvorsitzender Thyssen AG a. D.
- Prof. Dr. Michael Stahl, Geschichtswissenschaften, Darmstadt/Berlin
- Prof. Dr. Joachim Starbatty, Volkswirtschaftslehre, Tübingen.
- Dr. Norbert Stenzel, Geschäftsführer Wetterauer Lieferbeton, Bad Nauheim.
- Beatrix von Storch, Zivile Koalition, Berlin.
- Prof. Dr. Roland Vaubel, Volkswirtschaftslehre, Mannheim.
- Dr. Katharina Vocke–Schöhl, Geschäftsführerin und Dozentin, Darmstadt.
- Prof. Dr. Adolf Wagner, Volkswirtschaftslehre und empirische Wirtschaftsforschung, Universität Leipzig.
- Prof. Dr. Franz–Ulrich Willeke, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Heidelberg.
- Prof. Dr. Heiner Willenberg, Didaktik der deutschen Sprache und Literatur, Hamburg.

9.4. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (Stand: 21. März 2013)

9.4.1. Währungspolitik

- Wir fordern eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes. Deutschland braucht den Euro nicht. Anderen Ländern schadet der Euro.
- Wir fordern die Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabilerer Währungsverbünde. Die Wiedereinführung der DM darf kein Tabu sein.
- Wir fordern eine Änderung der Europäischen Verträge, um jedem Staat ein Ausscheiden aus dem Euro zu ermöglichen. Jedes Volk muss demokratisch über seine Währung entscheiden dürfen.
- Wir fordern, dass Deutschland dieses Austrittsrecht aus dem Euro erzwingt, indem es weitere Hilfskredite des ESM mit seinem Veto blockiert.
- Wir fordern, dass die Kosten der sogenannten Rettungspolitik nicht vom Steuerzahler getragen werden. Banken, Hedge-Fonds und private Großanleger sind die Nutznießer dieser Politik. Sie müssen zuerst dafür geradestehen.
- Wir fordern, dass hoffnungslos überschuldete Staaten durch einen Schuldenschnitt entschuldet werden.
- In der Schuldenkrise müssen Banken ihre Verluste selbst tragen oder zu Lasten ihrer privaten Großgläubiger stabilisiert werden.
- Wir fordern ein sofortiges Verbot des Ankaufs von Schrottpapieren durch die Europäische Zentralbank. Inflation darf nicht die Ersparnisse der Bürger aufzehren.

9.4.2. Europapolitik

- Wir bejahen ein Europa souveräner Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.
- Wir bestehen auf dem uneingeschränkten Budgetrecht der nationalen Parlamente. Eine Transferunion oder gar einen zentralisierten Europastaat lehnen wir entschieden ab.
- Wir werden dafür sorgen, dass Gesetzgebungskompetenzen zurück zu den nationalen Parlamenten verlagert werden.
- Wir werden uns für eine Reform der EU stark machen, um die Brüsseler Bürokratie abzubauen und Transparenz und Bürgernähe zu fördern.
- Das europäische Parlament hat bei der Kontrolle Brüssels versagt. Wir unterstützen nachdrücklich die Positionen David Camerons, die EU durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zu verschlanken.

9.4.3. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

- Wir fordern, den Rechtsstaat uneingeschränkt zu achten. Staatliche Organe dürfen sich selbst in Einzelfällen nicht über Gesetze und Verträge hinwegsetzen. Vielmehr sind diese nach ihrem Buchstaben und nach ihrem Geist zu respektieren.
- Das Handeln jeder deutschen Regierung findet seine Beschränkungen im Völkerrecht, im Grundgesetz und in den Europäischen Verträgen. Diese sind für unsere Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung und strikt zu befolgen.
- Wir fordern eine Stärkung der Demokratie und der demokratischen Bürgerrechte. Wir wollen Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild einführen. Das gilt insbesondere für die Abtretung wichtiger Befugnisse an die EU.
- Parteien sollen am politischen System mitwirken, es aber nicht beherrschen.
- Wir fordern mehr direkte Demokratie auch in den Parteien. Das Volk soll den Willen der Parteien bestimmen, nicht umgekehrt.
- Wir fordern, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass auch unkonventionelle Meinungen im öffentlichen Diskurs ergebnisoffen diskutiert werden, solange die Meinungen nicht gegen die Werte des Grundgesetzes verstoßen.

9.4.4. Staatsfinanzen und Steuern

- Wir fordern, die Schuldenbremse zu achten und die Schuldenberge abzubauen. Auch Deutschland hat viel mehr Schulden als zulässig.
- Wir fordern, dass die Haftungsrisiken aus der Euro-Rettungspolitik endlich in der Finanzplanung berücksichtigt werden. Derzeit wird den Bürgern bewusst Sand in die Augen gestreut.
- Wir fordern eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts in Anlehnung an das progressiv wirkende Kirchhof'sche Steuermodell. Der Bürger muss verstehen können, warum er in welcher Höhe besteuert wird.

9.4.5. Alterssicherung und Familie

- Die Eurokrise gefährdet alle Formen der Altersvorsorge durch Überschuldung und minimale Zinsen. Die Schulden der Eurokrise dürfen nicht zu einer Rente nach Kassenlage führen.
- Wir fordern, Kinder stärker bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen.
- Deutschland hat zu wenige Kinder. Renten- und Krankenversicherung stehen deshalb auf tönernen Füßen. Deutschland muss kinder- und familienfreundlicher werden.
- Wir stehen für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft. Eine solidarische Förderung der Familien ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft und wesentlicher Teil des Generationenvertrages.

9.4.6. Bildung

- Wir fordern bundesweit einheitliche Bildungsstandards, orientiert an den besten Schulsystemen Deutschlands.
- Wir fordern, Bildung als Kernaufgabe der Familie zu fördern. Kitas und Schulen müssen dies sinnvoll ergänzen. Nichts ist für unsere Zukunft wichtiger als die Bildung unserer Kinder.

- In erster Linie sind die Eltern für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Der Staat muss ihnen dabei helfen, diese Aufgabe zu erfüllen. Frühkindliche Bildungsangebote sollen unabhängig vom Familienhintergrund verfügbar sein.
- Wir fordern ein qualitativ hochwertiges Universitätssystem, das den Studenten angemessene Betreuungs- und Fördermöglichkeiten bietet. Auch eine Rückkehr zu bewährten Diplom- und Staatsexamensstudiengängen muss möglich sein.

9.4.7. Energiepolitik

- Wir fordern ein nachhaltiges Energiekonzept für bezahlbare Energie. Es ist unzumutbar, dass die Bevölkerung mit drastisch steigenden Preisen für die kopf- und konzeptionslose Politik der Bundesregierung büßen muss.
- Wir fordern eine Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG). Es ist unsozial, Subventionen für Sonnen- und Windenergie durch die Strompreise zu finanzieren.
- Wir fordern, dass Subventionen für erneuerbare Energien stattdessen aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Es muss offengelegt werden, welche Energieart wie stark subventioniert wird.

9.4.8. Integrationspolitik

- Wir fordern eine Neuordnung des Einwanderungsrechts. Deutschland braucht qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung.
- Wir fordern ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild. Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden.
- Ernsthaft politisch Verfolgte müssen in Deutschland Asyl finden können. Zu einer menschenwürdigen Behandlung gehört auch, dass Asylbewerber hier arbeiten können.



10. Stiftungen und Deutsches Stiftungsrecht – Ethische Vorbildwirkung für unsere Politiker

Jeder darf im Rahmen der gegebenen Regeln Vermögen erwerben. Gerade bei einem erheblichen Vermögenserwerb geht dieser häufig bis regelmäßig zu Lasten Dritter. Bei genauer Betrachtung ist offensichtlich, dass das Vermögen nur im Rahmen der gesellschaftlichen Gegebenheiten und regelmäßig nur mit Hilfe anderer erworben werden konnte. Mit der Entscheidung, Teile des Vermögens in eine Stiftung einzubringen, die der Allgemeinheit zugutekommt, nutzt der Stifter die Gelegenheit und gibt der Gemeinschaft etwas von dem zurück, was sie dem Stifter gegeben hat. Damit sorgen Stiftungen strukturell für ein bisschen mehr Gerechtigkeit in unserer Welt.

Es ist ein festzustellender Trend in unserer heutigen Gesellschaft, Wachstum und Wohlergehen dadurch zu erkaufen, dass wir immer mehr Schulden zu Lasten der zukünftigen Generation anhäufen und uns somit an dieser vergehen. Dem steht der Stiftungsgedanke, das Deutsche Stiftungsrecht entgegen. Deutsche Stiftungen stehen dafür, dass nicht der Konsum und schon gar nicht der schuldenfinanzierte Konsum unsere Gesellschaft voranbringen. Stiftungen sind auf Dauer angelegt. Deshalb machen sie möglichst erst gar keine Schulden, sondern sparen den gewünschten Konsum an und sorgen für magere Jahre vor, indem sie (so weit möglich) Überschüsse bilden, die sie sinnvoll und kapitalerhaltend anlegen und verwalten.

Die Stiftung wirtschaftet grundsätzlich nur mit den Zinserträgen, ohne dass das Stiftungskapital in seiner Substanz angegriffen wird. Plötzlich ist es möglich, Gutes zu tun, das Leben zu fördern, ohne gleichzeitig zukünftige Generationen zu belasten. Das wird zu Recht von der Bevölkerung als absolut lobenswert angesehen und der Stifter somit in Ehren gehalten. Wann werden wir wieder vermehrt Politiker antreffen, die ihr Andenken in Ehren halten wollen?